

**Brandenburg
voranbringen –**

**Bewährtes sichern.
Neues schaffen.**

Entwurf eines gemeinsamen
Koalitionsvertrages von

**BRANDENBURG
SPD**

Bündnis
**Sahra
Wagenknecht**

BSW Landesverband
Brandenburg

1	Inhaltsverzeichnis	
2	1 Präambel	3
3	2 Wirtschaft, Arbeit, Energie und Bürokratieabbau	6
4	2.1 Wirtschaft	6
5	2.2 Arbeit und Fachkräfte	10
6	2.3 Energieversorgung	13
7	2.4 Bürokratieabbau	15
8	3 Bildung, Jugend und Sport	17
9	3.1 Bildung	17
10	3.2 Kinder- und Jugendpolitik	23
11	3.3 Sportland Brandenburg	24
12	4 Wissenschaft, Forschung und Kultur	26
13	4.1 Wissenschaft und Forschung	26
14	4.2 Kultur	28
15	5 Inneres, Kommunales, öffentlicher Dienst und Digitalisierung	31
16	5.1 Inneres	31
17	5.2 Kommunales	33
18	5.3 Öffentlicher Dienst	34
19	5.4 Digitalisierung	35
20	6 Justiz und Europa	38
21	6.1 Justiz	38
22	6.2 Europa	38
23	7 Soziales, Gesundheit, Migration, Integration und Verbraucherschutz	41
24	7.1 Soziales	41
25	7.2 Gesundheit	43
26	7.3 Migration und Integration	45
27	7.4 Verbraucherschutz	47
28	8 Infrastruktur und Landesplanung	48
29	8.1 Landesplanung und Regionalentwicklung	48
30	8.2 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	49
31	8.3 Mobilität	51
32	9 Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	53
33	9.1 Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft	53
34	9.2 Klimawandel und -anpassung, Umwelt, Naturschutz und Wasser	57

35	10 Toleranz, Demokratie, Ehrenamt und Medienpolitik.....	60
36	10.1 Toleranz, Demokratie und Ehrenamt.....	60
37	10.2 Medienpolitik und Lokaljournalismus	61
38	11 Haushalt und Finanzen	63
39	12 Zusammenarbeit und Organisatorisches	64
40		
41		

42 1 Präambel

43 Die Menschen in Brandenburg haben in den letzten Jahrzehnten unter schwierigen
44 Bedingungen hart angepackt, viel geschafft und auch klare Fortschritte erzielt.
45 Brandenburg hat sich besser als andere Bundesländer entwickelt. Die Wirtschaft ist
46 modern aufgestellt, die Arbeitslosigkeit liegt auf niedrigem Niveau, Menschen ziehen
47 zu uns. Gleichzeitig befindet sich Deutschland in einer Rezession. Unternehmen
48 drohen abzuwandern. Deswegen stehen wir auch in Brandenburg vor großen
49 Herausforderungen – unter anderem wegen Kaufkraftverlusten und hohen Preisen,
50 besonders für Energie. Diese überfordern nicht nur viele Unternehmen, sondern auch
51 Menschen mit geringen Einkommen oder Renten. Wir werden unseren Bürgerinnen
52 und Bürgern zur Seite stehen, ihre Ängste und Alltagssorgen ernst nehmen und dafür
53 sorgen, dass niemand zurückgelassen wird.

54 Der Erfolgsgeschichte Brandenburgs wollen wir in der zweiten Hälfte dieses
55 Jahrzehnts neuen Schwung verleihen. Es muss einen Vorrang für Investitionen geben.
56 So können wir zu spürbaren Verbesserungen und einer zuversichtlichen Zukunft für
57 die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg beitragen, Wohlstand ausbauen und
58 sichern. Ziel ist u. a. die Senkung der Energiekosten. Gleichzeitig bedarf es einer
59 besseren Bildungspolitik und mehr Blick auf eine gute Entwicklung in den ländlichen
60 Räumen.

61 Bedrohungen von Frieden, Wohlstand und Zusammenhalt nehmen zu. Der
62 völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine erschüttert Europa.

63 Brandenburg ist durch Artikel 2 Absatz 1 seiner Verfassung dem Frieden verpflichtet
64 und strebt die Zusammenarbeit mit anderen Völkern an. Dazu gehört, aktiv zur
65 Sicherung des Friedens beizutragen und ein Bekenntnis zur internationalen
66 Zusammenarbeit. Dieses politische Ziel besteht losgelöst von der Zuständigkeit des
67 Bundes für die Außen- und Verteidigungspolitik.

68 Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst, dass sich der Krieg
69 ausweitete und damit das Risiko besteht, dass auch Deutschland in eine sich immer
70 schneller drehende Kriegsspirale hineingezogen wird. Der Krieg wird nicht durch
71 weitere Waffenlieferungen beendet werden können.

72 Wir sind übereingekommen, dass wir uns im Sinne der Charta der Vereinten Nationen
73 und des Budapester Memorandums auf Bundesebene und auf Ebene der
74 Europäischen Union dafür einsetzen, eine diplomatische Lösung des Ukraine Konflikts
75 und den Abbau der damit verbundenen Spannungen innerhalb Europas durch
76 Verhandlungen mit den Konfliktparteien mit dem Ziel von Waffenstillstand und
77 dauerhaftem Frieden voranzutreiben. Wir sehen vor diesem Hintergrund die geplante
78 Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden
79 kritisch. Es braucht konkrete Angebote, um wieder zu Abrüstung und
80 Rüstungskontrolle zu kommen.

81 Wir setzen uns für eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte zu diesen Themen
82 ein. Wir stimmen darin überein, dass für Frieden und Sicherheit die

Kommentiert [VP1]: Deutschland geht den Bach runter. Aber das Land Brandenburg befindet sich, der SPD sei Dank, auf Erfolgskurs. Das mag für die Tesla-Ansiedlung (bedingt) stimmen. Aber wie sieht es in der Fläche des Landes und in den drei großen Städten (Potsdam, Cottbus und Frankfurt) aus?

Kommentiert [VP2]: Deutschland geht den Bach runter. Aber das Land Brandenburg befindet sich, der SPD sei Dank, auf Erfolgskurs. Das mag für die Tesla-Ansiedlung (bedingt) stimmen. Aber wie sieht es in der Fläche des Landes und in ih

Kommentiert [VP3]: Aber Sven Hornauf soll wegen seiner Kritik aus der BSW-Fraktion geschmissen werden und möglicherweise auch aus der Partei!

83 Verteidigungsfähigkeit unseres Landes von großer Bedeutung ist und die Fähigkeit der
84 Bundeswehr zur Verteidigung gestärkt werden muss. Deswegen stehen wir zur
85 Bundeswehr und ihren Brandenburger Standorten.

Kommentiert [VP4]: Hatte denn die Bundeswehr nicht auch „am „Hindukusch die Freiheit und die Demokratie verteidigt.“? Mit Krieg und in einem fremden Land!!

86 Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Politik für die Menschen im Land zu
87 machen. Sie erwarten Verlässlichkeit und Sicherheit – im Dorf, wie in der Stadt, im
88 Alter, wie in der Jugend. Neuer Wohlstand muss geschaffen und bestehender gesichert
89 werden. Die Menschen haben die klare Erwartung, dass der Staat funktioniert, dass er
90 für sie, die Bürgerinnen und Bürger, da ist. Wir wollen, dass alle Brandenburgerinnen
91 und Brandenburger von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. In der
92 Verkehrspolitik wollen wir gute Anbindungen auch der ländlichen Regionen. Wir
93 unterstützen alle Verkehrsmittel.

Kommentiert [VP5]: „alle Brandenburgerinnen und Brandenburger“. Im Koalitionsvertrag von 2019 wurde da noch ganz genau unterschieden, wer dazu gezählt werden kann.

94 Wir müssen Brandenburg in der Bildung nach vorn bringen und die Qualität in Kita und
95 Schule verbessern. In der Grundschule legen wir einen Schwerpunkt auf die
96 Vermittlung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Wir führen
97 verbindliche Lehrpläne ein und stärken die Berufsorientierung in der Schule. Die
98 Beitragsentlastung aus dem Brandenburg-Paket entfristen wir.

99 Wir bauen Bürokratie in allen Bereichen ab und digitalisieren die Verwaltung effektiv.
100 Wir werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Industrie, Mittelstand,
101 Handwerk und Landwirtschaft gute Entwicklungschancen erhalten. Wir wollen
102 praktikable Lösungen ermöglichen, die den Bedürfnissen gerecht werden und
103 verständlich, funktional und dienlich sind.

104 Die Krankenhausplanung ist und bleibt Sache des Landes. Wir wollen alle
105 Krankenhausstandorte erhalten und die wohnortnahe Gesundheitsversorgung
106 stärken. Um aus den Maßnahmen zur Abwehr der Corona-Pandemie für die Zukunft
107 die richtigen Schlüsse zu ziehen, setzen wir eine Enquetekommission ein. Sie soll
108 herausarbeiten, wie staatliche Eingriffe in die Freiheitsrechte unter dem Grundsatz der
109 Verhältnismäßigkeit so gering wie möglich gehalten werden können, wie unser
110 Gesundheitssystem für die Bewältigung von Pandemien aufgestellt ist und welche
111 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zum Schutz der Menschen erfolgreich waren.
112 Dazu gehören auch Beratungen über ein Corona-Amnestiegesetz.

113 In Brandenburg leben und arbeiten Menschen aus der ganzen Welt. Sie sind hier
114 willkommen. Es braucht die Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften.
115 Asylberechtigten Personen bietet es Schutz. Brandenburg unterstützt alle geeigneten
116 und rechtssicheren Maßnahmen zur Eindämmung, Verhinderung und Zurückweisung
117 von irregulärer Migration. Wir bekräftigen die „Gemeinsame Erklärung der
118 Landrätekonzferenz zum Thema Migration und Sicherheit“ vom 6. September 2024 und
119 werden diese konsequent umsetzen.

120 Wir wollen Polarisierungen und gesellschaftliche Gräben überwinden. Dafür wollen wir
121 bestehende Dialogformate fortsetzen und neue schaffen. In Brandenburg diskutieren
122 wir offen und unvoreingenommen miteinander.

Kommentiert [VP6]: Dazu passt, dass die Opposition im Landtag von der Mitwirkung ausgeschlossen wird?

Kommentiert [VP7]: Also weiter Geld ausgeben, dass nur der SPD und ihren Mitläufern etwas bringt, aber nicht der breiten Masse und schon gar nicht erfolgreich eingesetzt wird.

123 Wir streben eine Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks mit schlankeren,
124 effizienteren Strukturen mit dem Ziel eines stabilen Rundfunkbeitrages für die nächsten
125 Jahre an.

126 Wir gestalten eine verantwortungsbewusste und seriöse Finanzpolitik, die dem
127 Interesse der Allgemeinheit dient. Der Landeshaushalt steht nach mehreren
128 Krisenjahren vor großen Herausforderungen. Für die politische Handlungsfähigkeit ist
129 eine dauerhaft tragfähige Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben unabdingbare
130 Voraussetzung. Die politischen Vorhaben werden hinsichtlich des Umfangs und
131 Zeitrahmens der Umsetzung entsprechend priorisiert. Ziel ist immer, spürbare
132 Verbesserungen für die Menschen im Land zu schaffen.

Kommentiert [VP8]: Allgemeiner kann es bei dem wichtigsten Thema der Landespolitik nicht gehen. Deshalb sollte ganz genau beobachtet werden, wie man die Absicht konkret umzusetzen beabsichtigt.

2 Wirtschaft, Arbeit, Energie und Bürokratieabbau

2.1 Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung geht in Brandenburg seit vielen Jahren voran. Unsere Heimat Brandenburg hat sich besser als andere Bundesländer entwickelt. Die Wirtschaft ist modern aufgestellt, die Arbeitslosigkeit liegt auf niedrigem Niveau. Gleichzeitig befindet sich Deutschland in einer Rezession. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat weitreichende Sanktionen zur Folge. Diese bringen auch Nachteile für unsere Wirtschaft. Diplomatische Friedensbemühungen müssen auch die Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ziel haben.

Kommentiert [VP9]: Auch hier wieder: Brandenburg ist top. Als ob die Rezession hier nicht wirkt und Brandenburg nicht mit den gleichen Problemen zu kämpfen hat, wie viele andere Teile Deutschlands auch?

Aus diesen Gründen ist heute ein klares Bekenntnis zu Industrie und Wirtschaft und dem Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen im Land notwendig. Ohne erfolgreiche Industrie und Wirtschaft können wir unseren Wohlstand weder sichern noch steigern. Die Koalition steht daher für eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik. Die 2024 beschlossene Industriestrategie wird weiter umgesetzt und bei Bedarf sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Brandenburger Wirtschaft. Wir fördern Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft als Verbindung zwischen Produzenten, weiterverarbeitender Ernährungswirtschaft und den Verbraucherinnen und Verbraucher.

Dabei ist es besonders wichtig, – neben der anhaltend strukturprägenden Grundstoffindustrie – auch den Mittelstand und das Handwerk mit ihrer besonderen wirtschaftspolitischen Bedeutung im Blick zu behalten. Deshalb wird die Koalition die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Industrie, Mittelstand, Handwerk und Gewerbe gute Entwicklungschancen erhalten.

Kommentiert [VP10]: Wurden unter SPD-Regierungen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand sowie Handwerk und Gewerbe nicht immer schlechter?

Um die wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich fortzusetzen, braucht Brandenburg genügend Fachkräfte. Dafür müssen wir allen Menschen in Brandenburg den Weg in stabile Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen. Wir müssen ebenso Fachkräfte aus anderen Regionen für ein Leben und Arbeiten in Brandenburg gewinnen.

Die Kooperation mit unseren polnischen Nachbarn als unserem wichtigsten europäischen Handelspartner ist für uns weiterhin von hohem Stellenwert. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland wollen wir deshalb ausbauen. Dabei wollen wir vor allem kleine und mittlere Unternehmen aus Brandenburg und Polen dabei unterstützen, besser und einfacher Kontakte zu knüpfen.

Stärkung des Mittelstandes

Die Koalition sieht die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als tragende Säule der brandenburgischen Wirtschaft. Eine zentrale Aufgabe bleibt es, ihre Investitions- und Innovationskraft zu stärken sowie ihre Wettbewerbsfähigkeit am Markt zu erhöhen. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Unterstützung von KMU bei der Bewältigung von Transformation, bei öffentlichen und privaten Zukunftsinvestitionen und wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Entscheidend sind verlässliche und auf den

174 Mittelstand angepasste Rahmenbedingungen. Dazu wird die Koalition Entlastungen
175 von bürokratischem Aufwand für KMU auf Landesebene erarbeiten und die
176 bestehenden Förderverfahren vereinfachen. Auch auf Bundesebene wird sich die
177 Koalition intensiv für einen praxisgerechten Abbau bürokratischer Anforderungen, das
178 Vermeiden zusätzlicher Berichtspflichten und eine Beschleunigung von Planungs- und
179 Genehmigungsverfahren einsetzen. Die Koalitionspartner stimmen darin überein, dass
180 ein Bürokratieabbau nicht zu Lasten der Beschäftigten und ihrer Arbeitsrechte gehen
181 darf.

182 Die Koalition wird das Außenwirtschaftskonzept in Abstimmung mit den Kammern und
183 weiteren Partnern aktualisieren und damit die außenwirtschaftliche Basis im
184 brandenburgischen Mittelstand ausweiten.

185 Die Koalition legt daneben Augenmerk auf gelingende Unternehmensnachfolgen und
186 die Ausweitung von Technologietransfers von den Brandenburgischen Hochschulen in
187 die Unternehmen.

188 Messen stellen ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung für die Unternehmen
189 im Land Brandenburg dar. Das Zusammenspiel aller Akteure in der Hauptstadtregion
190 wird dabei kontinuierlich weiterentwickelt und begleitet. Die alle zwei Jahre
191 stattfindende Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA) ist die einzige
192 Industriemesse in Ostdeutschland und das Aushängeschild der Luft- und
193 Raumfahrtindustrie in Deutschland. Wir stellen die landesseitige Finanzierung der ILA
194 sicher und entwickeln die Messe weiter.

195

196 Neuansiedlungen und Umbau bestehender Wirtschaftsstandorte

197 Wir werden die Transformation unserer Wirtschaft durch den Erhalt bestehender und
198 den Aufbau bzw. die Ansiedlung neuer Industrien und Technologien befördern. So gilt
199 es, z. B. den Aufbau neuer Wertschöpfungsketten im Bereich der Zukunftstechnologien
200 (u. a. E-Mobilität, Batterietechnologie, Wasserstoff) zu unterstützen. Hierzu sollen
201 gemeinsam mit den Kommunen die Entwicklung strukturpolitisch bedeutsamer
202 Gewerbeflächen vorangebracht und kommunale, universitäre oder unternehmensnahe
203 Innovationsorte entwickelt werden. Die Koalition wird die Gemeinschaftsaufgabe
204 "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" schwerpunktmäßig auf die
205 wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur ausrichten.

206 Zugleich sollen bestehende Industrien und Standorte wie z. B. Schwedt,
207 Eisenhüttenstadt, Rüdersdorf oder Brandenburg an der Havel gestärkt bzw. in ihrer
208 Transformation begleitet werden. Dabei hat die Koalition im Blick, dass es
209 Industriezweige gibt, in deren Produktionsprozessen zwangsläufig CO₂ freigesetzt
210 wird. Wir unterstützen diese Unternehmen dabei, die europäischen Vorgaben zur CO₂-
211 Reduzierung mit technologieoffenen und wettbewerbsorientierten Lösungen zu
212 erreichen.

213 Von herausragender Bedeutung für den Wohlstand in Brandenburg und in ganz
214 Deutschland ist eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie. Stahl ist ein unverzichtbarer

Kommentiert [VP11]: „vereinfachen“, dafür „einsetzen“, „stimmen darin überein“. Alles wieder sehr allgemein. Auf die Zukunft gerichtete Versprechen. Aber wo ist das Sofortprogramm, dass dem Mittelstand jetzt hilft?

Kommentiert [VP12]: Siehe den vorstehenden Kommentar

Kommentiert [VP13]: dito

215 Grundpfeiler der industriellen Wertschöpfung. Insbesondere der „grüne Stahl“, der mit
216 deutlich reduziertem CO₂-Ausstoß produziert wird, ist ein Schlüsselmateriale für
217 Brandenburgs Mobilitäts- und Energiewende. Damit die Wettbewerbsfähigkeit der
218 Stahlindustrie wiederhergestellt und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden, muss
219 die Transformation erfolgreich gelingen.

220 Um diesen Umbau möglichst unbürokratisch zu gestalten und Abläufe zu
221 beschleunigen, wird die Koalition Genehmigungsbehörden stärken und in ihrer Arbeit
222 fördern. Zur Stärkung der Wirtschaft wird die Koalition Bürokratie abbauen und
223 Genehmigungen vereinfachen.

224 Instrumente zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes, wie CO₂-Preise, dürfen
225 nicht zu sozialen Verwerfungen im Land führen und den Unternehmensstandort
226 Deutschland gefährden. Die Koalition setzt sich daher dafür ein, Änderungen
227 herbeizuführen und sozialen Ausgleich sicherzustellen.

228

229 **Handwerk**

230 Das Handwerk ist mit fast 40.000 Betrieben und über 160.000 Beschäftigten ein
231 zentraler Pfeiler der brandenburgischen Wirtschaft. Die Koalition wird das Handwerk
232 bei wesentlichen Herausforderungen wie Digitalisierung und der Gewinnung von
233 Auszubildenden und Fachkräften unterstützen. Auch der Fortbestand und die Qualität
234 der Betriebe sollen gesichert werden. Die Koalition wird gemeinsam mit den
235 brandenburgischen Handwerkskammern und den Sozialpartnern
236 Unterstützungsangebote im Rahmen eines neu aufgelegten Aktionsprogramms
237 „Zukunft des Handwerks im Land Brandenburg“ erarbeiten und umsetzen.

238 Der Meisterabschluss spielt eine entscheidende Rolle, da er einen hohen
239 Qualitätsstandard setzt und oft Voraussetzung für die Gründung oder Übernahme
240 eines Handwerksbetriebs ist. Auf Bundesebene setzt sich die Koalition dafür ein, die
241 Kosten für die Meisterfortbildung abzuschaffen, um die Meisterausbildung der
242 kostenfreien Hochschulausbildung gleichzustellen. Das bewährte Instrument der
243 Meistergründungsprämie wird fortgeführt und die Abrechnung vereinfacht.

244

245 **Tourismus**

246 Der Tourismus in Brandenburg leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen
247 Wertschöpfung, sorgt für Lebensqualität und trägt maßgeblich zum Erhalt von
248 Infrastrukturen im ländlichen Raum bei. Unsere landschaftlichen und kulturellen
249 Schätze ziehen Gäste aus dem In- und Ausland an und stärken die lokale Wirtschaft.
250 Die Koalition möchte Brandenburg als wachsende Tourismusregion gemeinsam mit
251 dem Tourismusmarketing Brandenburg, den Verbänden und Unternehmen weiter
252 fördern und ausbauen. Dazu unterstützt sie die wachstumsstarken Sparten des
253 Tourismus im Land wie Naturerlebnisse, Wassertourismus, Städtereisen,
254 Gesundheitstourismus, Rad- und Wandertourismus sowie Kur- und Bädertourismus.

Kommentiert [VP14]: Sollte nicht eher mit den Handwerksbetrieben selbst gesprochen werden, um zu verhindern, dass bei Fertigstellung des „Aktionsprogramms“ nicht noch mehr Betriebe verschwunden sind?

Kommentiert [VP15]: Gilt das auch für Flüchtlinge oder andere Personen mit Migrationshintergrund?

255 Touristische Unternehmen unterstützen wir im Sinne der Tourismusstrategie bei ihren
256 Investitionstätigkeiten. Besonders wichtig sind hierbei digitale Angebote.

257 Wir setzen uns im Bund für steuerliche Erleichterungen ein, um unsere Betriebe in
258 wirtschaftlich herausfordernden Zeiten zu unterstützen und ihre Wettbewerbsfähigkeit
259 zu sichern.

260

261 **Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI)**

262 Digitalisierung bietet wertvolle Chancen für Innovation und Produktivität, für die
263 Ansiedlung von Unternehmen sowie für eine zukunftsfähige, resiliente Gesellschaft in
264 allen Landesteilen Brandenburgs. Die Koalition betrachtet deshalb den
265 flächendeckenden Zugang zu einem zuverlässigen, gigabitfähigen Festnetz und zur
266 Mobilfunkversorgung als Teil der Daseinsvorsorge. In Brandenburg soll es künftig
267 weder „weiße Flecken“ ohne schnelles Internet noch „graue Flecken“ ohne
268 Glasfaseranschluss geben. In Regionen, in denen dieser Ausbau aus wirtschaftlichen
269 Gründen nicht realisierbar ist, wird gezielt gefördert. Das Land plant, die vom Bund
270 bereitgestellten Mittel für den Glasfaserausbau in brandenburgischen Regionen zu
271 ergänzen.

272 Die Koalition wird die bereits bestehenden KI-Strategien fortentwickeln. Mit Blick auf
273 die wirtschaftliche Entwicklung sind besonders die Handlungsfelder digitale
274 Infrastruktur, Best Practice und Leuchtturmprojekte – etwa in der Medienwirtschaft
275 oder der Logistik – unter gleichzeitiger Nutzarmachung von Fördermitteln von
276 Bundes- und EU-Ebene, die Verfügbarkeit sicherer Daten und strategische
277 Untersuchungen zur Ansiedlung von Rechenzentren sowie der Kompetenzaufbau bei
278 KI und Sicherstellung guter Arbeitsplätze wichtig.

279

280 **Medienwirtschaft**

281 Die Koalition verfolgt das Ziel, für die Medien- und Kreativwirtschaft weiterhin attraktive
282 Förder- und Unterstützungsbedingungen zu schaffen, um das Wachstum der Branche
283 nachhaltig zu sichern.

284 Für eine zukunftsfeste Film- und Medienproduktion sollen medientechnologische
285 Entwicklungen mit hohem Wirtschaftspotential, wie Künstliche Intelligenz, aktiv
286 mitgestaltet werden. Auch Formate für die Vernetzung und Sichtbarmachung der
287 Kultur- und Kreativwirtschaft sollen fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Dies
288 betrifft insbesondere den Ausbau des MediaTech Hub Potsdam.

289 Angesichts sich wandelnder Medienmärkte und einer Neuausrichtung der
290 Förderlandschaft auf Bundesebene soll die Film- und Medienförderung in Brandenburg
291 sowohl förderpolitisch als auch strukturell weiterentwickelt werden, um insbesondere
292 den Filmstandort Babelsberg auch in den kommenden Jahren sichern zu können.
293 Dazu unterstützen wir die Novelle der Filmförderung auf der Bundesebene.

294 Die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH steht mit den durch sie geförderten

295 Filmen und neuen Medienprojekten als Aushängeschild für den Medienstandort
296 BerlinBrandenburg und erzielt dabei bedeutende regionale Effekte. Die Medienanstalt
297 Berlin-Brandenburg und ihre Projekte werden auch in Zukunft die notwendige
298 Unterstützung erhalten, um ihre wichtige Rolle weiterhin zu erfüllen.

299 **Gründen in Brandenburg**

300 Die Koalition möchte Brandenburg als Standort für Start-ups weiter etablieren. Hierzu
301 soll die Gründungsoffensive weiter umgesetzt und mit bestehenden Strategien
302 verzahnt werden. Zusätzlich sollen Hürden der Bürokratie abgebaut und die Potenziale
303 der Nähe zur Bundeshauptstadt ausgereizt werden. Hierbei möchte die Koalition die
304 enge Zusammenarbeit vor allem im Bereich Standortwerbung,
305 Unternehmensakquisition, Start-ups, Internationalisierung und regionale
306 Wirtschaftsentwicklung weiter vertiefen.

307 Die Koalition unterstützt Programme, um erfolgreiche Unternehmensnachfolgen zu
308 organisieren.

309 Gleichzeitig ist es der Koalition ein besonderes Anliegen, Unternehmensgründungen
310 durch Frauen zu unterstützen und mit geeigneten Instrumenten zu begleiten.

311 Die Koalition unterstützt die in Vorbereitung befindlichen Start-up-Zentren. Zur
312 besseren Finanzierung der dort ansässigen Start-ups plant die Koalition, den
313 Eigenkapitalfonds aufzustocken. Für effektive Beratung und Koordination der
314 Gründerzentren und Gründerinnen und Gründer in allen Regionen richten die Koalition
315 einen GründerHub Brandenburg ein. Die Erfahrungen mit der
316 Meistergründungsprämie und dem Startgeld Lausitz werden wir auswerten. Darauf
317 aufbauend prüfen wir, künftig einen landesweit verfügbaren Gründungszuschuss
318 anzubieten.

319

320 **Innovationen und Technologietransfer**

321 Innovationen und Innovationstransfers sind ein zentraler Ansatzpunkt für die Stärkung
322 und den Ausbau des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Grundlage unserer
323 Innovationsförderung ist die gemeinsame Innovationsstrategie mit Berlin, innoBB2025.
324 Die Koalition wird die innoBB2025 unter Berücksichtigung der besonderen Potentiale
325 der brandenburgischen Wirtschaft überprüfen und weiterentwickeln.

326

327

328 **2.2 Arbeit und Fachkräfte**

329 An der erfolgreichen Entwicklung von Brandenburgs Wirtschaft haben unsere großen
330 Unternehmen, vor allem aber die vielen Klein- und Mittelstandsunternehmen und das
331 Handwerk entscheidenden Anteil. Die Koalition wird weiter daran arbeiten, dass alle
332 Brandenburgerinnen und Brandenburger von dieser guten Entwicklung profitieren.

333 Nach wie vor besteht ein Abstand zwischen dem Entgelt von Männern und Frauen.
334 Diese Lohnlücke gilt es auch in Brandenburg zu schließen.

335 Eine besondere Bedeutung gewinnt dabei auch die Aus- und Weiterbildung
336 berufstätiger Menschen, um eine dauerhafte Berufstätigkeit in einer sich verändernden
337 Arbeitswelt zu erhalten. Die Koalition unterstützt Maßnahmen, um Arbeitslosigkeit
338 aufgrund von Transformationen in der Arbeitswelt zu vermeiden und um die Zahl der
339 Langzeitarbeitslosen zu reduzieren. Damit leisten wir einen Beitrag zur Bekämpfung
340 von Armut in Brandenburg. Zudem machen wir uns stark für eine inklusive
341 Ausgestaltung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes. Dazu wollen wir den Übergang
342 von Menschen mit Behinderung aus der Schule in einen Beruf auf dem ersten
343 Arbeitsmarkt weiter befördern. Öffentliche Arbeitgeber können hier mit gutem Beispiel
344 vorangehen.

345

346 **Gerechte Löhne – Verbesserung der Tarifbindung**

347 Die Koalition setzt sich aktiv für eine Steigerung der Tarifbindung und Gute Arbeit im
348 Land ein. Dazu ergreifen wir Maßnahmen zur Stärkung der Mitbestimmung und der
349 Tarifbindung.

350 Wir werden in Brandenburg eine Tariftreuerregelung für die Vergabe öffentlicher
351 Aufträge einführen. Hierzu wird das Brandenburgische Vergabegesetz angepasst und
352 die Vergabe an die Tarifbindung eines Unternehmens gekoppelt werden. Für nicht
353 tarifgebundene Unternehmen, die bei einer Vergabe zum Zuge kommen wollen, gelten
354 weitere Vergabekriterien. Dazu zählen bewährte Instrumente wie ein
355 Vergabemindestlohn, der auf 15 Euro anzuheben und entsprechend der
356 Einkommensentwicklung zu erhöhen ist.

357 Darüber hinaus wird die Koalition im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf eine
358 deutliche Anhebung des allgemeinverbindlichen Mindestlohns und auf eine schärfere
359 Kontrolle der Einhaltung hinwirken.

360 Die Förderung von Unternehmen durch das Land soll sich stärker an guten
361 Arbeitsbedingungen und Tarifbindung orientieren. Dies kann auch ein geeignetes Mittel
362 zur Fachkräftegewinnung sein. Wir wollen Entscheidungen in der Wirtschaftsförderung
363 an soziale Kriterien und die Anwendung von Tarifverträgen knüpfen.

364 Wir werden durch eine bessere Besetzung der zuständigen Behörden für die
365 Einhaltung der Arbeitszeitvorgaben und die Stärkung des Arbeitsschutzes sorgen.

366 Durch die Bündelung der Zuständigkeit bei einer Staatsanwaltschaft sollen Verstöße
367 gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die gesetzeswidrige Behinderung von
368 Betriebsratswahlen und der Arbeit von Betriebsräten schneller und erfolgreicher
369 unterbunden werden. Betriebe müssen sich an die Mitbestimmungsgesetze halten –
370 die betriebliche Mitbestimmung ist zu stärken.

371 Im Falle eines Betreiberwechsels nach öffentlichen Ausschreibungen im übrigen
372 ÖPNV soll ein Beschäftigtenübergang sichergestellt sein.

373

374 Um die Herausforderungen der Arbeitswelt strukturiert und erfolgreich zu begleiten,
375 wird die Koalition die Sozialpartnerschaft weiter stärken. Hierzu sollen Dialogformate
376 wie der „Sozialpartnerdialog“, das „Bündnis für Gute Arbeit in Brandenburg“ und die
377 Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) im
378 Rahmen des Bündnisses für gute Arbeit fortgesetzt werden.

379

380 **Fachkräftegewinnung**

381 Brandenburgische Unternehmen stehen vor der Aufgabe, vorausschauende
382 Personalstrategien zu entwickeln, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu
383 erfüllen sowie die Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte sicherzustellen. Aktuell sind fast
384 82.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger arbeitslos. Diese Menschen und ihre
385 Potentiale können wir für die Fachkräftegewinnung nutzen. Die Koalition sieht in der
386 Fachkräftegewinnung eine ganzheitliche Aufgabe, die sowohl die Stärkung der
387 eigenen Aus- und Weiterbildungsstrukturen, als auch das Werben von Fachkräften aus
388 dem In- und Ausland umfasst. Die Koalition **wird darauf achten**, dass
389 Anwerbeprogramme von ausländischen Fachkräften nicht zu einer Schwächung von
390 strukturschwachen Herkunftsländern führen. Zudem bildet die Aus- und Fortbildung
391 der erwerbslosen Brandenburgerinnen und Brandenburger einen Schwerpunkt.

392 Die Koalition wird das Erfolgsmodell der weltweit anerkannten dualen Ausbildung
393 weiter stärken und eine Ausbildungsoffensive starten. Dabei gilt es, den
394 Ausbildungsstandort Brandenburg **weiterhin attraktiv zu gestalten**. Die Koalition wird
395 individuelle Mobilitätsangebote in Regionen **erproben**, in denen die Erreichbarkeit von
396 Betrieben, Berufsschulen und Weiterbildungsstätten mittels ÖPNV nicht gewährleistet
397 ist. Die Koalition **setzt sich** zudem für den weiteren flächendeckenden Ausbau der
398 Jugendberufsagenturen **ein**.

399 Gleichzeitig bedarf es einer vereinfachten Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.
400 Hierzu sind neue Möglichkeiten in der Anerkennungsprüfung durch die
401 verantwortlichen Stellen (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern etc.)
402 **zu prüfen und zu unterstützen**.

403 In Zusammenarbeit mit Berlin sollen weitere Potentiale identifiziert und
404 Maßnahmenpakete zur Fachkräftegewinnung in der Hauptstadtregion erarbeitet
405 werden.

406 Qualifizierung ist ein zentraler Schlüssel zur nachhaltigen Fachkräftepolitik und zum
407 Erhalt von Beschäftigungsfähigkeit im Wandel. Im Bundesrat setzen wir uns daher für
408 ein Recht auf Weiterbildung ein. Die Inanspruchnahme des
409 Bildungsurlaubsanspruches aus dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz
410 (BbgWBG) **muss gestärkt werden**.

411

412

413 **2.3 Energieversorgung**

414 Brandenburg muss Energie- und Industrieland bleiben. Dafür brauchen wir eine
415 sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung. Sinkende
416 Energiepreise und Versorgungssicherheit sind für die Bevölkerung wie auch für
417 Unternehmen von grundlegender Bedeutung.

418 Wir halten am gesetzlich und gemeinsam vereinbarten Kohleausstiegsdatum bis
419 spätestens 2038 fest, gerade mit Blick auf die Versorgungssicherheit.

420 Wir setzen uns beim Bund für eine grundlegende Reform des Abgaben- und
421 Umlagesystems und einen kosteneffizienten Netzausbau im Energiebereich ein. Dies
422 beinhaltet eine umfassende Senkung der Stromsteuer für alle Verbraucher, weitere
423 Maßnahmen zur Senkung und fairen Verteilung der Netzentgelte sowie einen zeitlich
424 begrenzten Industriestrompreis.

425 Die Koalition wird die Förderungen im Bereich Energieeffizienz weiter ausbauen und
426 Unternehmen im Rahmen der beihilferechtlichen Möglichkeiten unterstützen.

427

428 **Ausbau der Erneuerbaren Energien**

429 Die Koalition bekennt sich zum Ausbauziel der Energiestrategie 2040 und setzt sich
430 für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Anlagen der Erneuerbaren
431 Energien ein. Durch den weiteren Ausbau, insbesondere von Wind-, Photovoltaik- und
432 Biogasenergie sowie den Aufbau und die Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft,
433 treiben wir die weitgehende Energieunabhängigkeit der Hauptstadtregion von fossilen
434 Energieträgern voran. Die Koalition wird dafür Sorge tragen, die Flächenbeitragswerte
435 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes durch die Ausweisung von
436 Windvorranggebieten als Steuerungsfunktion zu erreichen. Dabei unterstützen wir die
437 Planungsregionen und die regionalen Planungsstellen.

438 Die Genehmigungen für Anlagen der Erneuerbaren Energien sollen stärker daran
439 geknüpft werden, dass an den Standorten zuverlässig ein Anschluss ans Verteilernetz
440 ermöglicht werden kann. Vorhaben mit günstigen Anschlussbedingungen sollen
441 priorisiert werden. Die Koalition wirkt darauf hin, dass die zuständigen Netzbetreiber
442 die dafür nötigen Investitionen tätigen und erhöhen.

443 Die Koalition plant, die Anzahl von speziellen Solaranlagen wie Agri-PV, Parkplatz-PV
444 und Floating-PV auszubauen. Ein Großteil der zukünftigen Photovoltaikanlagen soll
445 bevorzugt auf bereits versiegelten Flächen und Dachflächen installiert werden.

446 Die Koalition bekräftigt, keine Photovoltaik oder Windkraftanlagen in
447 Naturschutzgebieten zu errichten. An dem Brandenburgischen
448 Windenergieanlagenabstandsgesetz werden wir festhalten. Grundsätzlich sollten
449 Freiflächen-PV-Anlagen vorrangig auf ökologisch weniger wertvollen Flächen und
450 landwirtschaftlichen Nutzflächen mit geringer Ertragsleistung installiert werden.

451 In der Energieregion Lausitz sollen vorzugsweise Industrie- und Tagebaufolgeflächen
452 für den Ausbau von Solar- und Windenergie genutzt werden.

453

454 Gerechte Energieversorgung

455 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine große Chance für Brandenburg. Schon
456 heute siedeln sich Unternehmen an, weil es in Brandenburg deutlich mehr Wind- und
457 Solarenergie gibt als in den meisten Bundesländern. Das ist ein Umstand, der sich
458 auch für die Brandenburgerinnen und Brandenburger auszahlen muss.

459 Die Koalition **setzt sich** für eine sichere und flächendeckende Energieversorgung zu
460 bezahlbaren Strompreisen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen **ein**. Dazu
461 sollen die Kosten für den Netzausbau auf alle Haushalte bundesweit gerecht verteilt
462 werden. Mit einer dauerhaften Regelung der Bundesnetzagentur, die ab dem 1. Januar
463 2025 gelten soll, sollen Regionen mit einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien
464 spürbar entlastet werden. Die Koalition **wird darauf hinwirken**, dass diese Regelung
465 wie geplant in Kraft tritt und sich aktiv am weiteren Evaluierungsprozess beteiligen.

466 Ziel der Koalition ist es, dass der in Brandenburg erzeugte günstige Strom auch günstig
467 vor Ort gespeichert und genutzt werden kann. Neben attraktiveren Strompreisen sollen
468 steigende Heizkosten verstärkt bei der Umsetzung der Wärmewende berücksichtigt
469 und soziale Folgen frühzeitig abgemildert werden. Die Koalition **setzt sich** gegenüber
470 dem Bund für Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise **ein**.

471 Zudem sollen finanzielle Beteiligungsmodelle für Bürgerinnen und Bürger und
472 verschiedene Teilhabemaßnahmen für Kommunen geschaffen werden, um die
473 Akzeptanz für den Ausbau der Erneuerbaren zu steigern. Das bestehende
474 Windenergieanlagenabgabengesetz wird die Koalition so verändern, dass die Höhe
475 der Abgabe künftig von der installierten Leistung der Anlage abhängig ist.

476 Für die zunehmende Zahl von elektrischen PKW braucht es eine gute
477 Ladeinfrastruktur. Wir **werden** die Kommunen dabei **unterstützen**, in Zusammenarbeit
478 mit den regionalen Energieversorgern Konzepte zum Ausbau der Ladeinfrastruktur zu
479 entwickeln.

480

481 Wasserstoffwirtschaft in Brandenburg

482 Neben dem weiteren Ausbau der Wind- und Solarenergien gewinnt die Nutzung von
483 innovativen Wasserstofftechnologien zunehmend an Bedeutung für die Transformation
484 der Brandenburger Wirtschaft. Wasserstoff kann eine Schlüsselrolle für die
485 Transformation der Industrie spielen, doch er muss zu wettbewerbsfähigen Preisen zur
486 Verfügung stehen. Die Koalition **bekannt sich** zur weiteren Umsetzung der
487 Brandenburger Wasserstoffstrategie aus dem Jahr 2021 und setzt auf den Aufbau
488 einer großflächigen Wasserstoff-Infrastruktur. Die Strategie wird **zeitnah**
489 weiterentwickelt und fortgeschrieben. Dies wird im Rahmen einer breiten
490 StakeholderBeteiligung erfolgen. Das Wasserstoffkernnetz muss die infrastrukturelle
491 Erschließung Ostbrandenburgs und der Lausitz ermöglichen und durch ein Verteilnetz
492 ergänzt werden. Erklärtes Ziel ist, das Wasserstoffkernnetz in Brandenburg an alle
493 relevanten industriellen Abnehmer anzuschließen. Die Erzeugung von Windkraft und

494 die Gewinnung von Wasserstoff sollen wenn möglich gemeinsam an einem Ort
495 **gedacht werden.**

496 Der in Brandenburg produzierte Wasserstoff sollte auch die Basis für die Produktion
497 synthetischer Kraftstoffe in der PCK Schwedt sein. Auf diese Weise **unterstützt** die
498 Koalition industriepolitisch die Schaffung neuer Wertschöpfungsketten und
499 Arbeitsplätze in Brandenburg.

500 Die Koalition wird den begonnenen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft fortsetzen und
501 **unterstützen**. Sie **wirkt** auf die Finanzierung der europäischen Leuchtturmprojekte
502 (Important Project of Common European Interest) im Bereich Wasserstoff in
503 Brandenburg **hin**.

504

505 **Kohleausstieg 2038 und Energieregion Lausitz**

506 Die Koalition **bekräftigt** den gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung.
507 Voraussetzung für die Umsetzung bis 2038 ist die Sicherstellung der
508 Energieversorgung und die weitgehende Energieunabhängigkeit Brandenburgs. Ein
509 entscheidender Faktor ist dabei der Bau neuer steuerbarer Kraftwerke. Die Koalition
510 **wird sich** in die Ausgestaltung der entsprechenden Vorhaben der Kraftwerksstrategie
511 des Bundes **einbringen**, damit Brandenburg weiterhin seinen Anteil an der
512 Versorgungssicherheit in Deutschland leisten kann und bestehende
513 Kraftwerkstandorte Ausgangspunkt industrieller Wertschöpfung bleiben.

514 Die Energieregion Lausitz bietet hierfür dank ihrer bestehenden Kraftwerksstandorte,
515 den qualifizierten Beschäftigten und der vorhandenen Infrastruktur ideale
516 Bedingungen. **Die Lausitz ist ein Garant** für eine sichere und wirtschaftliche
517 Energieversorgung und soll zu einem noch stärkeren und zukunftsweisenden
518 Energiestandort ausgebaut werden. Die Bewerbung der Region als „Net-Zero-Valley“
519 unterstützt die Koalition ausdrücklich.

520

521

522 **2.4 Bürokratieabbau**

523 Durch konsequenten Bürokratieabbau **wollen wir** Unternehmen, Verwaltungen,
524 Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten. **Wir wollen auch durch pragmatisches**
525 **Verwaltungshandeln** Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen,
526 Regelungen vereinfachen sowie Berichtspflichten reduzieren. Formulare und
527 Bescheide müssen allgemein und verständlich formuliert sein. Daten von Betrieben
528 sollen nicht doppelt erhoben werden. Neue Gesetze und Verordnungen unterziehen
529 wir einem **Bürokratiecheck**. Neue Regelungen, Standards und Verfahren sollen nur
530 eingeführt werden, wenn an anderer Stelle Regelungen, Standards und Verfahren
531 wegfallen.

532 Als wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung des Bürokratieabbaus wird die
533 Digitalisierung der Verwaltung auf allen Ebenen **vorangebracht**. Wir vereinfachen und

Kommentiert [VP16]: Kein Wort zur Notwendigkeit der Verschlinkung der Verwaltungen, beginnend bei den Ministerien, als Mittel zur Einsparung von Steuern, sowie als Weg zur Erhöhung der Effizienz von Verwaltungshandeln.

534 straffen die Arbeitsprozesse der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) und
535 anderer Landesstellen, die Förderprogramme bewirtschaften. Wir wollen kleinteilige
536 Förderungen bündeln und Förderrichtlinien, insbesondere mit Blick auf die
537 Reduzierung von Dokumentations-, Nachweis- und Meldepflichten, überprüfen. Damit
538 vereinfachen wir auch die Verfahren zur Beantragung und Bewilligung von
539 Fördermitteln für die Kommunen.

540 Brandenburger Unternehmen leiden unter bürokratischen Hürden bei der Vergabe von
541 Fördermitteln und öffentlichen Aufträgen. Wir setzen uns auch auf EU- und
542 Bundesebene für Bürokratieabbau und damit für eine Reduzierung dieser Hemmnisse
543 ein. EU- und Bundesregelungen werden wir 1:1 umsetzen und nicht zusätzliche
544 Landesregelungen „draufsatteln“. Bestehende landespolitische Regelungen werden
545 wir überprüfen und die Vorschriften zurückfahren, die über EU- und Bundesrecht
546 hinausgehen. Wir werden insbesondere das Vergaberecht vereinfachen und die
547 Wertgrenzen bei den Vergaben überprüfen. Auch die Beantragung und Auszahlung der
548 Meistergründungsprämie soll einfacher werden.

549 Um eine zügige rechtliche Umsetzung zu erreichen, werden wir im Landtag einen
550 Sonderausschuss einrichten, der auf Vorschlag von Wirtschafts-, Landwirtschafts- und
551 sonstigen Verbänden Vorschriften überprüft, vereinfacht und abschafft. Dieser Prozess
552 wird seitens der Verwaltung an zentraler Stelle flankiert, um durch eine effiziente
553 Koordinierung die Abstimmung zwischen unterschiedlichen Fachbereichen und
554 Verwaltungsebenen zu gewährleisten.

555 **3 Bildung, Jugend und Sport**

556 **3.1 Bildung**

557 Unser Ziel ist es, Brandenburg im Bildungsbereich nach vorne zu bringen und die
558 Qualität in Kitas und Schulen zu verbessern. In der Grundschule legen wir den
559 Schwerpunkt auf die Vermittlung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und
560 Rechnen. Wir führen verbindliche Lehrpläne ein und stärken die Berufsorientierung in
561 der Schule. Wir werden die Demokratie an den Schulen stärken, indem wir Eltern,
562 Schülerinnen und Schüler bei der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte unterstützen und
563 Instrumente der Demokratiebildung deutlich ausbauen.

564 Die Steuerschätzung vom Oktober 2024 hat gezeigt, dass Bund, Länder und
565 Kommunen über geringere finanzielle Mittel verfügen als ursprünglich geplant.
566 Dennoch haben wir uns dazu entschlossen, die finanzielle Entlastung von Familien,
567 die das Fundament unserer Gesellschaft bilden, **weiterhin zu priorisieren. Alle**
568 **Kindergartenjahre bleiben beitragsfrei, und die Reduzierung der Elternbeiträge in**
569 **Krippe und Hort wird dauerhaft sichergestellt.**

570 Die Koalition wird in den kommenden Schritten den Fokus **verstärkt** auf die
571 Qualitätssicherung und die Fachkräftesicherung in Kitas und Schulen **legen**. Weitere
572 beitragsfreie Jahre in Krippe und Hort bleiben unser gemeinsames Ziel bei einer
573 verbesserten finanziellen Lage. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass das
574 Kita- und Schulesen gesund ist und bezahlbar bleibt.

575

576 **Fachkräftegewinnung und -sicherung**

577 Für eine zukunftsorientierte Bildung braucht es qualifiziertes Personal in unseren Kitas,
578 Schulen und Berufsschulen. Um dem gestiegenen Bedarf gerecht zu werden, setzt die
579 Koalition auf praxisnahe Ausbildung und innovative Maßnahmen zur
580 Fachkräftegewinnung und -bindung. Unser Ziel ist es, die Bildungsqualität durch eine
581 gezielte Personalstrategie nachhaltig zu sichern und zu verbessern.

582 **Die Qualität der frühkindlichen Bildung hängt wesentlich von gut ausgebildeten**
583 **Fachkräften ab.** Daher wollen wir die Erzieherausbildung attraktiver und praxisnäher
584 gestalten. In Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern werden
585 wir die Ausbildung modernisieren und die Ausbildungsdauer von fünf auf vier Jahre
586 verkürzen. Zusätzlich haben wir das Ziel, 500 neue Plätze für die praxisintegrierte
587 Ausbildung zu schaffen.

588 Um dem Fachkräftemangel in unseren Schulen entgegenzuwirken, setzt die Koalition
589 gezielt auf eine praxisnahe Lehramtsausbildung und die Erweiterung der
590 Ausbildungskapazitäten. Die Universität Potsdam und die Brandenburgische
591 Technische Universität Cottbus-Senftenberg werden ihren Beitrag zur Stärkung der
592 Lehrkräftebildung leisten. Die Studienplätze an der Universität Potsdam wurden bereits
593 auf jährlich ca. 1.200 Plätze erhöht. Zusätzlich haben wir an der BTU
594 CottbusSenftenberg einen zweiten Standort für die Lehrkräftebildung geschaffen, an
595 dem dieses Jahr 160 angehende Lehrkräfte das Studium aufgenommen haben. Die

Kommentiert [VP17]: Sehr gut ausgebildetes Personal wird benötigt. Und zwar nicht erst in einigen Jahren.

596 Kapazität wollen wir auf 200 Plätze aufstocken. Bereits jetzt wird an beiden Standorten
597 ein Schwerpunkt auf eine praxisintegrierte Ausbildung gelegt. In Zukunft ist das duale
598 Studium im Lehramt ab dem Master an der BTU Cottbus-Senftenberg möglich. Ziel der
599 praxisnahen Ausbildung ist es, auch die Abbruchquoten zu senken. Um die dual
600 Studierenden zu unterstützen, führen wir eine angemessene Vergütung ein. Damit
601 stärken wir den Praxisbezug und erhöhen die Attraktivität des Lehramtsstudiums.

602 Die Attraktivität der neueingerichteten Berufsschullehrramtsausbildung wollen wir
603 verbessern, um so Interessierten den Weg aus der Berufstätigkeit in ein Studium zu
604 erleichtern.

605 Das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam wird gestärkt, um
606 notwendige Veränderungen umzusetzen und den Wissenstransfer zwischen Theorie
607 und Praxis zu verbessern.

608 Um dem Bedarf an Lehrkräften langfristig gerecht zu werden, setzen wir auf eine enge
609 Verzahnung der Aus- und Fortbildung und auf eine gezielte Qualifizierung von
610 Seiteneinsteigern. Das LIBRA, das neue Landesinstitut für Qualitätssicherung und
611 Qualitätsentwicklung, wird seine Angebote flächendeckend und möglichst nah an den
612 Schulen ausrichten, um Lehrkräfte in ihrer täglichen Arbeit bestmöglich zu
613 unterstützen.

614 Die weitere Qualifizierung von Seiteneinsteigern ist unabdingbar. Die Koalition wird
615 dazu die Ausbildungsqualität weiter hochhalten, während wir praktische Maßnahmen
616 umsetzen, um qualifizierten Menschen den Einstieg ins Lehramt zu erleichtern. Dabei
617 bauen wir unnötige Hürden – wie das Zweifachstudium – ab und stellen eine faire
618 Vergütung sicher. Anerkennungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für langjährig erfolgreich
619 Tätige im Seiteneinstieg werden ausgebaut. Dazu streben wir u. a. für langjährig
620 erfolgreich tätige Seiteneinsteigende bessere Möglichkeiten der Anerkennung an. Die
621 Universität Potsdam und die BTU Cottbus-Senftenberg werden sich stärker als bisher
622 der universitären Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigerinnen sowie Quer- und
623 Seiteneinsteigern widmen.

624 In der Schule sollen Kinder und Jugendliche mehr lernen als reines Fachwissen – sie
625 sollen auf das Leben als Erwachsene vorbereitet werden. Dazu gehören umfassende
626 soziale Kompetenzen und Demokratiebildung sowie Kenntnisse über das Wirtschafts-
627 und Arbeitsleben. Um Lehrkräfte bei der Vermittlung dieser Kompetenzen zu
628 unterstützen, werden wir die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte in diesen Bereichen
629 gezielt stärken.

630 Viele Lehrkräfte stehen in den kommenden Jahren vor dem Ruhestand. Ihre Expertise
631 ist für unser Bildungssystem wertvoll. Unsere Schülerinnen und Schüler sollen weiter
632 von ihnen profitieren können. Mit dem Programm 63+ wurde bereits ein wichtiger
633 Schritt gemacht, um erfahrene Lehrkräfte durch attraktive Angebote im
634 Bildungssystem zu halten. Wir werden dieses Programm ausbauen und individuelle
635 Angebote schaffen, die Zuverdienstmöglichkeiten neben der Pension ermöglichen und
636 flexible Beschäftigungsmodelle fördern.

637 Um auch in den ländlichen Regionen Brandenburgs ausreichend qualifizierte

Kommentiert [VP18]: Das gab es alles schon in den 1990er Jahren. Bis es unter von der SPD geführten Regierungen abgeschafft wurde.

Kommentiert [VP19]: „mehr lernen als reines Fachwissen“! Was wird darunter konkret verstanden?

Kommentiert [VP20]: Die Wertschätzung der Lehrkräfte war seitens des Ministeriums und der ihm untergeordneten Verwaltungen während ihres Berufslebens kaum gegeben. Wer es wagte, in Rente zu gehen, bekam dies durch Mißachtung zusätzlich zu spüren. Versuche, im Ruhestand befindliche Lehrkräfte zu reaktivieren, scheitern an dieser Erinnerung sowie an der Tatsache, dass auf ihre individuellen Wünsche kaum eingegangen wird.

638 Lehrkräfte zu gewinnen, **setzt die Koalition auf zielgerichtete Maßnahmen**. Das
639 Landlehrerstipendium zur Gewinnung von Lehrkräften für ländliche Regionen wird
640 fortgeführt. Wir **prüfen** eine Erweiterung, um den ländlichen Raum weiter zu stärken.

641

642 **Personal- und Fachkräfteentlastung**

643 Um den spezifischen Anforderungen vor Ort gerecht zu werden und
644 Multiprofessionalität zu stärken, ermöglichen wir Schulen, neben Lehrkräften auch
645 anderes qualifiziertes Personal wie Therapeutinnen und Therapeuten,
646 Gesundheitsfachkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Verwaltungs- oder
647 Alltagsassistenzen direkt oder mittelbar beschäftigen zu dürfen. Diese Maßnahme
648 gewährleistet, dass Schulen flexibel und passgenau auf die Bedürfnisse ihrer
649 Schülerinnen und Schüler reagieren können. **Dafür wird die Koalition die**
650 **Bewirtschaftungsregeln im Haushaltsgesetz anpassen.**

651 Zusätzlich zur pädagogischen Förderung wird das Schulbudget ausgeweitet. Dieses
652 Budget ermöglicht es Schulleitungen, unbürokratisch und eigenverantwortlich auf
653 spezifische Anforderungen zu reagieren. Die Mittelvergabe orientiert sich am
654 Sozialindex und richtet sich gezielt an Schulen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf. So
655 können zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen an die Schulen fließen, an
656 denen sie besonders benötigt werden.

657 Für die erfolgreiche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler braucht es
658 Schulsozialarbeit. **Wir werden die Schulsozialarbeit am Ort Schule stärken.** Unser Ziel
659 ist, dass es an jeder Schule, die entsprechenden Bedarf hat, mindestens eine Stelle
660 für Schulsozialarbeit gibt. Die Zahl der Plätze für ein Freiwilliges Soziales Jahr an
661 Schulen soll auf hohem Niveau verstetigt werden.

662 Schulaversive Kinder und Jugendliche bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit.
663 Die im Brandenburgischen Kinder- und Jugendgesetz getroffenen Regelungen werden
664 wir im Jahr 2027 evaluieren und gegebenenfalls fortentwickeln.

665 Schulen, an denen viele Schülerinnen und Schüler besonderen Förderbedarf haben,
666 benötigen zusätzliche Unterstützung. Wir werden auf Grundlage sozialer Indikatoren
667 flexibel Ressourcen zuweisen, um eine gezielte Förderung der Schülerinnen und
668 Schüler an diesen Schulen zu ermöglichen.

669

670 **Kita und Frühkindliche Bildung**

671 Die Koalition **wird** gemeinsam mit den Kommunen entsprechend der Gemeinsamen
672 Erklärung mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Landkreistag vom 25. Juli
673 2024 **die Kita-Finanzierung bis zum 1. Januar 2027 neu regeln**. Dabei streben wir eine
674 weitgehende Kostenneutralität im Gesamtsystem an. Härten im Übergang zur neuen
675 Regelung werden wir in den Blick nehmen und gerecht gestalten und bei Bedarf
676 Übergangslösungen schaffen. Diese grundsätzliche Systemmodernisierung regelt die
677 Finanzströme in der Kita-Finanzierung neu, klar und eindeutig. Mit ihr ist ausdrücklich
678 keine Standarderhöhung verbunden. Ziel ist eine Umstellung auf eine

Kommentiert [VP21]: Wie lange arbeitete die Regierung schon an diesem Projekt? Und hätte es nicht längst eingeführt werden müssen? Nun schiebt es die SPD mit Zustimmung des BSW weiter vor sich her.

679 Objektfinanzierung.

680 Wir **werden** die Betreuungsqualität von Krippe, Kindergarten und Hort weiter
681 **verbessern**. Das Förderprogramm „KIEZ-KITA“ wird fortgeführt und **es wird geprüft**,
682 inwiefern es mit den Inklusionskitas verknüpft werden kann.

683 Wir **werden** sprachliche Kompetenzen in der frühkindlichen Bildung **gezielt stärken**.
684 Sie sind zentrale Grundlagen für Teilhabe, den späteren Bildungserfolg. Daher
685 werden wir alle bisherigen Sprachprogramme fortführen, verstärkt auf die
686 Entwicklung sprachlicher Kompetenzen ausrichten und die kindlichen
687 Sprachfähigkeiten durch frühzeitige, evidenzbasierte Sprachstandserhebungen
688 gezielt erfassen und fördern. Wir werden dafür die Sprachstandserhebung
689 flächendeckend um ein Jahr vorziehen. Die kompensatorische Sprachbildung werden
690 wir in den Horten der Jahrgangsstufen 1 und 2 weiterentwickeln und dafür auch
691 zusätzliche Personalkapazitäten im Hort vorsehen.

692

693 Schule

694 Die Koalition hält an der Struktur des brandenburgischen Schulsystems fest. Die
695 Schulstandorte im ländlichen Raum werden gesichert. Wir bekennen uns zu allen
696 Schularten und zum Schulfrieden. Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten und
697 den Bildungsgängen ist Leitschnur unseres Handelns. Hierfür werden die Lehrpläne
698 stärker abgestimmt. Wir fördern die weitere Errichtung von Gesamtschulen.

699 **Den Anspruch auf Ganztagsbetreuung setzen wir um. Dieser wird vertrauensvoll**
700 **zwischen Jugendhilfe und Schule abgestimmt. Dabei steht für uns die**
701 **Bildungsbiografie des Kindes im Mittelpunkt.**

702 In der Grundschule legen wir einen Schwerpunkt auf die Vermittlung der
703 Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Dabei hat in den Jahrgangsstufen
704 1 bis 4 die Arbeit mit analogen Medien Vorrang. Um die feinmotorischen Fähigkeiten
705 auch in einer sich immer mehr digitalisierten Welt gleichermaßen zu fördern, wollen wir
706 die Schreib – und Lesepraxis für die Schülerinnen und Schüler in allen
707 Unterrichtsfächern erhöhen. Die Empfehlung für die Unterrichtsmaterialien soll sich
708 besonders in der Grundschule aber auch während der gesamten Schulzeit künftig
709 danach ausrichten. Private digitale Endgeräte der Schülerinnen und Schüler sind
710 während des Unterrichts in den Taschen oder Schließfächern zu verstauen.

711 Die Sprachentwicklung soll auch in der 1. Klasse nochmals überprüft werden und
712 innerhalb der Stundentafel weitere Möglichkeiten für Sprachförderung geschaffen
713 werden, die individuell und nach Bedarf genutzt werden können. Sprachverständnis
714 soll während der gesamten Schulzeit in allen Fächern als unverzichtbare Grundlage
715 für alle weiteren Lernprozesse dienen. Begleitend zum Leseband führen wir auch ein
716 Rechenband verbindlich an allen Grundschulen ein.

717 **Die Koalition führt verbindliche Lehrpläne ein.** Wir entlasten so unsere Lehrkräfte und
718 sichern gleichzeitig das Unterrichtsniveau. Die Lehrpläne sollen darüber hinaus eine

Kommentiert [VP22]: Bildungsbiografie

Unter dem Konstrukt „Bildungsbiografie“ werden relevante Merkmale Stationen vorschulischer Betreuungs- und Bildungsangebote sowie des Schulbesuchs zusammengefasst. Dazu zählen neben der Klassenzugehörigkeit und Klassenstufe auch Angaben zu Klassenwiederholungen, der Teilnahme an Ganztagsangeboten, Schulbesuche außerhalb Deutschlands oder der erwartete Schulabschluss der Schülerinnen und Schüler.

https://www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/zeitschriften/theorie_und_praxis_der_sozialen_arbeit/artikel/42661-was-ist-das-eine-bildungsbiografie-und-wozu-man-sie-nutzen-kann.html

Kommentiert [VP23]: Das ist nicht nur eine Aufgabe für Brandenburg, sondern muss – wenn das Wirkung haben soll – in Deutschland insgesamt erfolgen.

719 altersgerechte Kombination von analogen und digitalen Lehrmaterialien beinhalten.
720 Hierfür soll die Expertise der Wissenschaften stetig zu Rate gezogen werden.
721 Grundsätzlich halten wir an dem bestehenden System der Benotung fest. Der
722 Lernprozess muss noch mehr in den Mittelpunkt gestellt werden. Lehrkräfte und auch
723 Schülerinnen und Schüler sollen mehr Zeit bekommen, um sich darauf zu
724 konzentrieren. Deswegen werden wir alle Prüf- und Diagnostikverfahren und
725 Berichtspflichten auf ihren Arbeitsaufwand für Lehrkräfte und den weiteren
726 Bildungserfolg für Schülerinnen und Schüler überprüfen.

727 Der Einsatz digitaler Lernanwendungen und adaptiver Lernsysteme fördert den
728 individuellen Lernprozess und ist damit insbesondere für lernschwächere Schülerinnen
729 und Schüler eine echte Chance. Wir wollen, dass sie pädagogisch sinnvoll und
730 altersgerecht im und neben dem Unterricht eingesetzt werden. Das Land wird die
731 Schulen diesbezüglich unterstützen und Empfehlungen für die Auswahl der
732 einzusetzenden digitalen Lernsysteme sowie KI-Anwendungen in Verbindung mit den
733 Lehrplänen erarbeiten. Darüber hinaus werden die Lehrkräfte gezielt und fortlaufend
734 im Umgang mit den Lernanwendungen geschult. Diese Schulungen sollen vor Ort, in
735 der Fläche des Landes oder durch digitale Teilnahme ermöglicht werden.

736 Die Schul-Cloud Brandenburg wird ausgebaut. Basis dafür ist auch das gemeinsame
737 Strategiepapier „Digitale Schule“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und
738 der kommunalen Spitzenverbände. Grundsatz ist dabei ein Gleichgewicht aus
739 klassischer Vermittlung von Inhalten und der Nutzung digitaler Möglichkeiten zur
740 Wissensvermittlung. Wir werden für alle Schülerinnen und Schüler der Schulen und
741 Berufsschulen eine Landeslizenz für eine Software zum selbstständigen Erlernen einer
742 Zweitsprache beschaffen. Sie kann zur Vertiefung schulischer Anforderungen oder
743 zum eigenständigen Erlernen einer Zweitsprache genutzt werden.

744 Die Koalition wird das Gemeinsame Lernen fortsetzen. Daneben müssen wir für den
745 Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung weitere Möglichkeiten
746 schaffen, um Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden und die
747 Unterrichtssituation in den Klassen zu verbessern.

748 Ober- und Gesamtschulen und ihre Abschlüsse werden mehr Wertschätzung erfahren.
749 Diese müssen in ihrer Praxisbezogenheit gestärkt werden, so dass sie vor allem für
750 Kinder mit handwerklich-praktischen Begabungen besser als bisher eine wirkliche
751 Lebens- und Berufsvorbereitung sein können. Die Berufsorientierung werden wir
752 weiter stärken. Wir werden insbesondere in der Sekundarstufe I weitere Möglichkeiten
753 prüfen und einführen. Wir werden eine Praktikumsplattform einführen.

754 Eine Nachwuchswerbung der Bundeswehr kann in der Unterrichtszeit, aber nicht im
755 Unterricht stattfinden. Die Schulen entscheiden eigenständig und freiwillig, ob und wie
756 sie die Angebote nutzen. Neben der Bundeswehr sollten die Schulen entsprechend
757 des „Beutelsbacher Konsenses“ parallel auch Vertreter der Zivilgesellschaft einladen.

758 Sofortmaßnahmen sind bei der Lebensrettung und beim Brandschutz von besonderer
759 Bedeutung. Jede und jeder Einzelne kann dazu beitragen. Daher werden wir an
760 unseren Schulen die Vermittlung von Kompetenzen zu Erster Hilfe und Brandschutz

Kommentiert [VP24]: „Gemeinsames Lernen“? Wie soll das funktionieren, wenn schon die Koalition nicht weiß, was darunter zu verstehen ist. Jedenfalls beherrschen es auch die beiden Koalitionsparteien nicht.

Kommentiert [VP25]: https://de.wikipedia.org/wiki/Wehr_runterricht
Statt Werbung für die Bundeswehr sollte der Schwerpunkt auf Werbung für eine Tätigkeit in handwerklichen Berufen liegen oder in Dienstleistungseinrichtungen liegen. Und zwar für „alle“ Schülerinnen und Schüler und nicht nur für „Kinder mit handwerklich praktischen Begabungen“.

761 etablieren, um regelmäßig alle Schülerinnen und Schüler in diesen Themen zu
762 schulen.

763 Kulturelle Bildung stärkt das gemeinsame Aufwachsen und Lernen von Kindern und
764 Jugendlichen mit unterschiedlichem sozialen, familiären und
765 kulturellen Hintergrund. Wir unterstützen die Entwicklung von Schulen mit einer
766 stärkeren kulturellen Profilierung. Neben dem Unterricht sind zur Sicherung der
767 Unterrichtsqualität und Förderung von Schulentwicklungsprozessen entsprechende
768 fachübergreifende Fortbildungsangebote erforderlich. In allen Phasen und Formaten
769 der Ausbildung von Lehrkräften und von pädagogischen Fachkräften sollte die
770 unmittelbare Einbindung kultureller Bildung in Kooperation mit den außerschulischen
771 Partnern ein wichtiger Baustein sein. Die Musik- und Kunstschulen sichern
772 Bildungschancen für junge Menschen. Die Kooperationsprojekte „Klasse Musik“,
773 „Klasse Kunst“ und „Klangvolle Bildung“ sind beispielgebend. Die Verankerung
774 kultureller Bildung soll in der Schulentwicklungsberatung als ein anerkanntes Ziel der
775 Schul- und Unterrichtsentwicklung unterstützt werden.

776

777 **Bildungsinfrastruktur und Ausstattung**

778 Um diese Entwicklungen erfolgreich zu gestalten braucht es auch weitere Investitionen
779 in die Bildungsinfrastruktur. Wir **wollen** die Kommunen bei Neubau und Sanierung von
780 Schulen und Kitas **weiter unterstützen**. Im Bund **setzen wir uns dafür ein**, Investitionen
781 für Bildungseinrichtungen aus der Schuldenbremse auszunehmen. Für Neubauten
782 wollen wir Typenbauten ermöglichen, um Planungsaufwände zu minimieren und
783 Antragsverfahren zu entbürokratisieren. Die Schulstandorte im ländlichen Raum
784 wollen wir sichern und ein flächendeckendes, wohnortnahes Angebot an
785 Kindertagesstätten erhalten. Darüber hinaus wird die Koalition die Beschaffung der
786 digitalen Endgeräte vereinfachen und über eine einheitliche Beschaffung auch den
787 finanziellen Aufwand reduzieren. Die Geräte sollen in diesem Fall auch Fernwartung
788 und Administration ermöglichen. Eine Beteiligung der Eltern an den Kosten ist nur
789 sozial gestaffelt vorstellbar und muss dann in jedem Fall die private Nutzung
790 ermöglichen.

791

792 **Erwachsenenbildung, Lebenslanges Lernen**

793 Wir werden die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung in Brandenburg **gezielt**
794 **darin unterstützen**, bedarfsgerechte Bildungsangebote zu schaffen. Dabei nehmen die
795 Volkshochschulen eine besondere Rolle ein. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der
796 Vermittlung digitaler Kompetenzen und der Stärkung bürgerschaftlicher,
797 demokratischer Fähigkeiten. Die wichtige Arbeit der Grundbildungszentren werden wir
798 weiter ausbauen.

799

800

801 **3.2 Kinder- und Jugendpolitik**

802 Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft unseres Landes, sie sind auch unsere
803 Gegenwart. Sie verdienen **die Möglichkeit, sich frei zu entfalten** und aktiv an der
804 Gesellschaft teilzuhaben. Unser Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die
805 ihnen Freiräume bieten, um zu lernen, sich auszuprobieren und wertvolle Erfahrungen
806 zu sammeln. Wir verpflichten uns, junge Menschen auf diesem Weg zu unterstützen
807 und so gute Voraussetzungen für ihre Entwicklung und das Erlernen sozialer
808 Kompetenzen zu schaffen.

809 Die Kinder- und Jugendarbeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung junger
810 Menschen und unterstützt sie darin, eigenverantwortliche Persönlichkeiten zu werden.
811 Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Jugendarbeit
812 zu verbessern.

813 Die Koalition prüft eine Erhöhung der landesseitigen Finanzanteile der Personalkosten
814 für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, um die
815 Kostensteigerungen der vergangenen Jahre auszugleichen. Diese Maßnahme kann
816 die personelle Ausstattung der Jugendarbeit verbessern und ihre Wirksamkeit stärken.

817 Der Landesjugendplan und die politische Bildungsarbeit, sind die Basis für
818 Jugendförderung, außerschulische Jugendbildung, internationale Jugendarbeit und
819 Jugendverbandsarbeit. Die dafür bereitgestellten Landesmittel werden entsprechend
820 der Kostensteigerungen der letzten Jahre angepasst. Das stellt sicher, dass die
821 Förderungen den realen Bedingungen entsprechen und somit eine nachhaltige
822 Unterstützung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit
823 gewährleistet ist.

824 An der Schnittstelle zur Schule existiert in Brandenburg mit dem Europäischen
825 Sozialfonds Programm „Jugendhilfe-Schule“ ein wirksames Instrument, um
826 Jugendliche mit besonderem sozialen Unterstützungsbedarf durch die Schulzeit zu
827 begleiten. Dieses Programm soll in seiner jetzigen Form gemeinsam mit der
828 kommunalen Familie nach 2028/2029 weitergeführt werden.

829 Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische
830 Jahr (FÖJ) und der Bundesfreiwilligendienst (BFD) bieten jungen Menschen wertvolle
831 Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Beteiligung und zur Erkundung eigener
832 Fähigkeiten und Interessen. Sie fördern zudem das Interesse an sozialen und
833 pädagogischen Berufen und dienen so der Fachkräftegewinnung. Wir setzen uns dafür
834 ein, dass ein absolvierter Freiwilligendienst im Rahmen der folgenden Ausbildung oder
835 des folgenden Studiums positiv berücksichtigt wird. Wir werden uns für eine Erhöhung
836 des Taschengeldes für Freiwillige einsetzen, um ihre gesellschaftliche Leistung stärker
837 zu würdigen. Wir prüfen eine stärkere Unterstützung der Trägerstrukturen für die
838 Freiwilligendienste.

839 Kinderrechte sind Menschenrechte. Die Koalition bekennt sich zu einer Politik, die gute
840 Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Kinderrechte schafft, und werden uns auf
841 Bundesebene dafür einsetzen, dass Kinderrechte als eigenständiges Grundrecht im
842 Grundgesetz verankert werden.

843 Kinder und Jugendliche haben ein fundamentales Recht auf Teilhabe. Das Land
844 unterstützt die Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen und fördert ihre
845 aktive Beteiligung auf kommunaler Ebene. Aufbauend auf § 19 der brandenburgischen
846 Kommunalverfassung sowie auf dem neuen Kinder- und Jugendgesetz werden wir die
847 Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen weiter ausbauen. Ziel ist es, den
848 Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen ein Rede- und Antragsrecht in
849 Kommunalvertretungen zu ermöglichen. Die Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte
850 wird hierzu weiter Anleitung, Beratung und finanzielle Unterstützung anbieten.

851 Wir werden die Selbstvertretungen von Kindern und Jugendlichen weiter fördern.
852 Dabei haben wir neben dem Dachverband der Kinder- und Jugendgremien,
853 insbesondere die Kinder und jungen Erwachsenen in Heimen, Pflegefamilien und
854 anderen Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung im Blick.

855 Wir unterstützen Modellprojekte zur Gewährung von Hilfen aus einer Hand im Bereich
856 der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe.

857 Die im Kinder- und Jugendgesetz erstmals verankerten Netzwerke „Frühe Hilfen“ und
858 „Gesunde Kinder“ wollen wir dauerhaft sichern, konzeptionell verbinden und auf den
859 Zeitraum mindestens bis zur Grundschule ausdehnen. Dafür wird eine Neuaufstellung
860 in den Trägerstrukturen wesentliche Voraussetzung sein.

861

862

863 **3.3 Sportland Brandenburg**

864 Brandenburg bleibt ein Sportland – eine Region, in der der Sport das gesellschaftliche
865 Leben prägt und einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Gesundheit der
866 Menschen leistet. Wir wollen diese Entwicklung fortsetzen.

867 Das Ehrenamt ist das Rückgrat des Sports, denn ohne die engagierte Unterstützung
868 freiwilliger Helferinnen und Helfer wäre der Vereins- und Breitensport in seiner Vielfalt
869 und Lebendigkeit nicht möglich. Daher wird die Koalition den Breitensport und das
870 ehrenamtliche Engagement in unseren Sportvereinen fördern, die gesetzliche
871 Sportförderung entsprechend der Mitgliederstärke, der Tarifentwicklung sowie der
872 allgemeinen Kostensteigerungen anpassen. Zudem wird die Koalition den
873 Landessportbund bei der Digitalisierung der Vereinsförderung und der
874 Mitgliederverwaltung unterstützen.

875 Zur langfristigen Stärkung der Sportinfrastruktur durch Bauinvestitionen führen wir das
876 kommunale Investitionsprogramm Sport „Goldener Plan Brandenburg“ fort. Wir
877 erleichtern den Sportstättenbau durch die Vereinfachung der
878 genehmigungsrechtlichen Verfahren.

879 **Bewegungsarmut in Kindheit und Jugend führt zu langfristigen gesundheitlichen**
880 **Schäden und enormen volkswirtschaftlichen Kosten in der Zukunft. Wir werden die**
881 **Programme wie „Kinder in Bewegung“ zur Bewegungsförderung im Kindesalter**
882 **fortsetzen und eine Ausweitung prüfen.**

Kommentiert [VP26]: Und was ist mit dem Sportunterricht in der Schule? Sowie mit die Bewegung fördernden Aktivitäten in Kitas? Hier geht es nicht um irgendwelche Programme, sondern um obligatorische Maßnahmen als normale Bestandteile von Erziehung und Bildung!

883 Brandenburg genießt aufgrund seiner leistungsstarken Sportstrukturen über die
884 Landesgrenzen hinweg hohes Ansehen. Insbesondere wegen des
885 Olympiastützpunktes mit seinen drei Standorten in Potsdam, Frankfurt (Oder) und
886 Cottbus sowie der sportlichen Spezialschulen gilt Brandenburg bundesweit als Vorbild
887 im Spitzensport. Wir bekennen uns daher weiterhin zur Förderung des Spitzen- und
888 Leistungssports und zur qualitativen Weiterentwicklung der Standorte und des
889 Fördersystems des Olympiastützpunktes und der Spezialschulen Sport. Einen
890 Schwerpunkt werden wir dabei auf die Förderung der dualen Karriere der Athletinnen
891 und Athleten und auf die Einbeziehung des Paralympischen Sports legen.

892 Die beeindruckende Medaillenbilanz der Brandenburger Athletinnen und Athleten bei
893 den Olympischen und besonders den Paralympischen Spielen in Paris zeigt die Stärke
894 des Sports in unserer Region. Durch unsere Bundes- und Landesstützpunkte für den
895 Parasport in Cottbus und Potsdam fördern wir gezielt den paralympischen Sport und
896 setzen uns nachhaltig für seine Weiterentwicklung ein. Bei einer Berliner Bewerbung
897 um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele 2040 ist es uns ein
898 besonderes Anliegen, dass die international bewährte Regattastrecke Beetzsee in
899 Brandenburg an der Havel einbezogen wird.

900 **4 Wissenschaft, Forschung und Kultur**

901 **4.1 Wissenschaft und Forschung**

902 Gesellschaftlicher Fortschritt, Innovation, Verständnis und Prosperität gründen auf den
903 Erkenntnissen aus Wissenschaft und Forschung. Durch Forschung und Lehre leisten
904 die Brandenburger Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
905 maßgebliche Beiträge zur wissenschaftlichen, kulturellen, sozialen und
906 wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Als Orte von Dialog und Bildung fördern die
907 Hochschulen die Fähigkeit zum demokratischen Diskurs ebenso wie zur innovativen
908 und reflektierten Auseinandersetzung mit den Herausforderungen unserer Zeit.

909 Die Hochschulen bieten für Menschen aus der Region wie aus der ganzen Welt
910 attraktive Studienmöglichkeiten. Damit sind sie zentrale Partner bei der Gewinnung
911 qualifizierter Fachkräfte, die unsere Unternehmen und Institutionen dringend
912 benötigen. Mit ihren Forschungsaktivitäten sind sie Innovationsmotoren, die die
913 Grundlagen für eine zukunftsorientierte Wirtschaft und Arbeitswelt schaffen sowie
914 unverzichtbare Beiträge zum Gelingen der ökologischen, digitalen und ökonomischen
915 Transformation leisten. Für uns ist klar: Wissenschaft und Forschung bilden ein
916 Fundament für den Wohlstand von morgen, weshalb wir ihre Entwicklung nachhaltig
917 fördern und unterstützen.

918 Um seine Zukunft erfolgreich gestalten zu können, braucht Brandenburg starke
919 Hochschulen. Um sie zukunftssicher aufzustellen und sie gezielt bei der Verfolgung
920 strategischer Entwicklungsziele zu unterstützen, werden wir den jährlichen Aufwuchs
921 der Hochschulfinanzierung fortsetzen. Damit bleiben ihre Kernaufgaben unabhängig
922 von Drittmittelfinanzierung. Auch in Zukunft wird das Land auf Studiengebühren für
923 Studierende verzichten; der Semesterbeitrag bleibt davon unberührt.

924 Weil gute Wissenschaft verlässliche Arbeitsbedingungen und transparente
925 Karrierewege braucht, werden wir die Ergebnisse aus dem Dialogprozess „Gute Arbeit
926 in der Wissenschaft“ umsetzen. Die Koalition **bekannt sich zu dem Ziel**, landesweit
927 einen Anteil von 40 Prozent unbefristeten haushaltsfinanzierten akademischen
928 Mitarbeitenden **anzustreben** und **setzen uns** für einen Tarifvertrag für studentische
929 Beschäftigte **ein**. Für Daueraufgaben sollen Dauerstellen geschaffen werden. Die mit
930 der Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes neu verankerten
931 Karrierewege in Forschung und Lehre **werden wir stärken**. Wir wollen zudem **Anreize**
932 für die Einführung von Departmentstrukturen **setzen**.

933 Neben der Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Lausitz und der Ausbildung von
934 Ärztinnen und Ärzten für Brandenburg soll die Medizinische Universität Lausitz – Carl
935 Thiem (MUL) mit den beiden in Deutschland einzigartigen und vom Wissenschaftsrat
936 als zukunftsweisend gewürdigten Forschungsschwerpunkten
937 Gesundheitssystemforschung und Digitalisierung des Gesundheitswesens einen
938 Beitrag zur Modernisierung des Gesundheitssystems in ganz Deutschland leisten und
939 sich zu einem Spitzenstandort in Forschung, Lehre und Krankenversorgung
940 entwickeln.

941 Brandenburg ist stolz auf seine starke Forschungslandschaft. Die **außeruniversitären**
942 **Forschungseinrichtungen** werden wir weiter unterstützen und Ressourcen für ihre
943 strategische Weiterentwicklung zur Verfügung stellen. Im Bund setzen wir uns für eine
944 weiterhin auskömmliche Finanzierung damit verbundener Projekte und Einrichtungen
945 ein.

946 Nur so werden wir Lösungen für die drängendsten Zukunftsfragen und
947 gesellschaftlichen Herausforderungen finden. Gemeinsam mit Hochschulen und
948 Forschungseinrichtungen erarbeiten wir eine Forschungsstrategie, die auf den Stärken
949 der brandenburgischen Wissenschaftslandschaft wie die Klima-,
950 Klimafolgenforschung, Geowissenschaften und Bioökonomie aufbaut.

951 Wissenschaftsparks sind Inkubatoren für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung.
952 Sie bieten in der Nähe mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen kreative Plätze
953 für Gründerinnen und Gründer. Als erfolgreiche Transferinstrumente helfen sie, die
954 klügsten Köpfe zum Nutzen des Landes in Brandenburg zu halten und nach
955 Brandenburg zu holen. Wir werden daher die Science Parks wie in Potsdam und der
956 Lausitz ressortübergreifend stärken. Die Koalition **prüft**, ob die Voraussetzung für die
957 Einrichtung weiterer Standorte – allen voran in Schwedt und der Dahme-
958 SpreewaldRegion – gegeben sind. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sind
959 darauf angewiesen, unkomplizierte Zugänge zum Wissenstransfer aus Universitäten
960 und Hochschulen zu haben. Diese Vernetzung werden wir gezielt stärken.

961 Digitalisierung ist eine wesentliche Voraussetzung für zukunftsweisende Forschung
962 und Lehre. Die Koalition unterstützt die Hochschulen im Rahmen der bereitgestellten
963 Haushaltsmittel dabei, die Digitalisierung in allen Leistungsbereichen voranzutreiben.
964 Dabei gilt, dass nicht jeder alles machen muss und kann, sondern
965 hochschulübergreifend zusammengearbeitet wird. Zur Stärkung von Wissenschaft
966 und Forschung zur Anwendung von AI/KI mit internationaler Strahlkraft sind
967 strukturelle Änderungen notwendig, die wir unterstützen.

968 Wir wollen den Hochschulbau, auch innerhalb des Brandenburgischen
969 Landesbetriebes Bauen, neu aufstellen. Dazu sind landesrechtliche Vorschriften mit
970 dem Ziel zu vereinfachen und zu entbürokratisieren, das Bauen zu erleichtern und
971 schneller zu realisieren.

972 Wohnraum für Studierende und Auszubildende muss bezahlbar bleiben. Wir **wollen**
973 mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen in der Nähe ihrer Studien- und
974 Ausbildungsorte **schaffen**. Deshalb werden wir das Bundesprogramm „Junges
975 Wohnen“ zielgerichteter nutzen, um weitere Wohnheimplätze zu schaffen. Mit einer
976 eigenen Richtlinie zur Förderung des Wohnheimbaus erhöhen wir die Verlässlichkeit
977 und Planbarkeit für die Studierendenwerke. Die Koalition hält an dem Ziel einer
978 Versorgungsquote von 20% fest. Dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, werden wir
979 die Förderung gemeinsamer Wohnheime für Studierende und Auszubildende prüfen
980 und –soweit notwendig – die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen. Außerdem
981 werden wir externe Partner und denkbare Kooperationsmodelle beim Wohnheimbau
982 einbeziehen. Hierbei **wird gesichert**, dass die Mietbedingungen dauerhaft denen der

Kommentiert [VP27]: Vermisse konkrete Aussagen zur Grundlagenforschung als Voraussetzung für Hochleistungsforschung. Jeder Hochleistungsforscher benötigt eine exzellente Grundlagenforschung und hochqualifizierte Grundlagenforscher. Aber vermutlich soll die Grundlagenforschung außerhalb Brandenburgs erfolgen und Brandenburg saugt dann die sich daraus hervortuenden Hochleistungsforscher ab. Ihre Erfolge werden dann als die Erfolge der brandenburgischen Bildungs- und Hochschulpolitik öffentlich verkauft.

983 Studierendenwerke entsprechen und diese die Bewirtschaftung der Wohnheimplätze
984 übernehmen.

985 Die Wirtschaft ist auf internationale Fachkräfte angewiesen. Daher erweitern wir das
986 Angebot für internationale Studierende und fördern ihre Integration z. B. durch
987 studienbegleitende Sprachkurse. Mit den Arbeitgebern der zukünftigen Absolventinnen
988 und Absolventen werden wir über eine gezielte Integration in den Arbeitsmarkt beraten.

989 Die Koalition wird die Brückenfunktion der Stadt Frankfurt (Oder) und der
990 EuropaUniversität Viadrina mit ihren Kompetenzen für polnische Studien sowie den
991 „Kompetenzverbund Interdisziplinäre Ukrainestudien Frankfurt (Oder) – Berlin (KIU)“
992 durch den Aufbau von Ukraine-Zentrum und Dialogforum Osteuropa stärken.

993

994

995 **4.2 Kultur**

996 Brandenburg ist geprägt von einer reichen und vielfältigen Kulturlandschaft, die unsere
997 Identität stärkt und die Brandenburgerinnen und Brandenburger verbindet. Die Pflege
998 und Förderung dieser Kulturlandschaft sind eine wichtige Aufgabe unserer Politik. Wir
999 erkennen Kultur als ein öffentliches Gut an, das unabhängig von sozialen,
1000 wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Hürden allen Menschen offenstehen muss. Die
1001 Kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg definiert den Kulturbegriff
1002 umfassend. Die Koalition wird alle kulturpolitischen Entscheidungen an diesem
1003 Kulturbegriff ausrichten und will die reichhaltige Kulturlandschaft in Brandenburg
1004 erhalten.

1005 Die Koalition wird die **kulturellen Ankerpunkte im ländlichen Raum** weiter stärken, um
1006 zivilgesellschaftliche Strukturen, ressortübergreifende Kooperationen und Synergien
1007 zu befördern, breite kulturelle Teilhabe zu ermöglichen sowie die Potenziale und die
1008 Attraktivität der ländlichen Räume zu nutzen, weiterzuentwickeln und nach innen und
1009 außen zu kommunizieren.

1010 Die **freien darstellenden Künste** bereichern die kulturelle Teilhabe von allen
1011 Altersgruppen im gesamten Land. Wir werden sie daher weiter gezielt unterstützen.
1012 Zur Förderung freischaffender Künstler setzen wir ein Stipendienprogramm fort.
1013 Soziokultur und Festivals sind wichtige Bestandteile der Kulturlandschaft
1014 Brandenburgs und werden von uns gefördert.

1015 Brandenburgs Kulturlandschaft profitiert vom Austausch und der Zusammenarbeit von
1016 Kunst, Bildung und **ehrenamtlichem Engagement**. Kulturverbände spielen hierbei eine
1017 zentrale Rolle, die wir unterstützen und fördern.

1018 Kultur benötigt Fairness und Planungssicherheit. Daher prüfen wir die Übernahme der
1019 Finanzierung von Tarifsteigerungen für alle geförderten Einrichtungen und Initiativen
1020 analog zum öffentlichen Dienst.

1021 Die Theater und Orchester sind die **kulturellen Leuchttürme des Landes Brandenburg**,
1022 die für hohe künstlerische Qualität und überregionale Ausstrahlung des Landes stehen.

1023 Sie schaffen Identität und über den Gastspielaustausch ermöglichen sie die kulturelle
1024 Teilhabe in der Fläche des Landes. Diese Einrichtungen, getragen von dem Gedanken
1025 der Vernetzung, Kooperation und Synergie, gilt es verantwortungsvoll zu befördern und
1026 zukunftsfähig zu gestalten.

1027 Wir stärken unsere Musik- und Kunstschulen und binden qualifizierte und motivierte
1028 Musikpädagoginnen und -pädagogen als Fachkräfte zukunftsorientiert, um den
1029 Zugang zur kulturellen Bildung und zur kulturellen Teilhabe ohne Hürden in allen
1030 Regionen zu ermöglichen. Dazu erhöhen wir die finanzielle Förderung der Musik- und
1031 Kunstschulen.

1032 Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) und die
1033 Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz sind für Brandenburg
1034 bedeutsame Stiftungen. Die Koalition tritt beim Bund für eine weiterhin gute
1035 Kofinanzierung ein. Wir werden mit den jeweiligen Stiftungsmitgliedern über die
1036 zukünftige Finanzierung beraten, insbesondere hinsichtlich von Mehrbedarfen bei
1037 Bausanierung und -unterhalt.

1038 Um für die Klimaanpassung nötige Maßnahmen zu finanzieren, werden wir gezielte
1039 Fördermaßnahmen für die SPSG und die Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und
1040 Schloss Branitz bereitstellen. Im Zuge dieser Maßnahmen wird eine
1041 Organisationsuntersuchung bei der SPSG durchgeführt, um sicherzustellen, dass die
1042 Mittel insgesamt effizient und zielgerichtet eingesetzt werden.

1043 Um dem Rang des einzigartigen kulturellen Erbes des Klosters Chorin gerecht zu
1044 werden und insbesondere auch seine Betreibung zukunftsorientiert aufzustellen und
1045 die überregionale Ausstrahlung zu steigern, bedarf es einer umfassenden
1046 strategischen und strukturellen Neuaufstellung. Hierfür streben wir die Errichtung einer
1047 Landesstiftung an.

1048

1049 **Gedenken und Erinnern**

1050 Unsere **Gedenkstätten** bewahren die Erinnerung an die Verbrechen zweier Diktaturen
1051 und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Demokratiebildung. Sie sind Orte der
1052 Reflexion, des Lernens und der Mahnung, die für die heutige und zukünftige
1053 Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Insbesondere die sieben historischen Orte
1054 der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten leisten einen entscheidenden Beitrag
1055 zur **Erinnerungskultur des Landes** und sind von nationaler und internationaler
1056 Bedeutung. Die Koalition unterstützt die Gedenkstätten beim Erhalt der Bausubstanz
1057 der Gedenkorte und der Ausweitung der Kapazitäten für Besuche von Schülergruppen.

1058 Wir unterstützen die Arbeit des Netzwerks Zeitgeschichte und verstetigen dessen
1059 Förderung. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Förderung der zahlreichen
1060 ehrenamtlich getragenen Gedenkorte, deren Engagement wesentlich zur
1061 Erinnerungskultur in unserem Land beiträgt.

1062 Wir prüfen, ob Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende künftig
1063 kostenfreien Eintritt in landeseigene Museen und Gedenkstätten erhalten können.

1064 Zudem stärken wir eine Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendarbeit und
1065 Museen sowie Gedenkstätten.

1066 **Sorben und Wenden**

1067 Zur lebendigen Kultur Brandenburgs gehört auch das Volk der Sorben und Wenden.
1068 Sie sind hier heimisch. Die Koalition fördert ihre Kultur und arbeitet intensiv am Erhalt
1069 der niedersorbischen Sprache. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stiftung für das
1070 sorbische Volk durch ein Finanzierungsabkommen des Landes Brandenburg mit dem
1071 Bund und dem Freistaat Sachsen eine auskömmliche Finanzierung erhält. Wir wollen
1072 die Sorabistik an der BTU Cottbus-Senftenberg stärken.

1073

1074 **Zusammenleben, Glaube und Weltanschauung**

1075 Niederdeutsch gehört zu unserer Heimat Brandenburg. Die Koalitionsparteien führen
1076 die Pflege der niederdeutschen Sprache fort.

1077 Wir werden auf der Grundlage des Evangelischen Kirchenvertrages Brandenburg und
1078 des Vertrages des Landes Brandenburg mit dem Heiligen Stuhl weiterhin gut und
1079 vertrauensvoll mit den Kirchen zum Wohl der Menschen im Land Brandenburg
1080 zusammenarbeiten. Wir erkennen die große Bedeutung der Kirchen als Akteure der
1081 Zivilgesellschaft an. Dorfkirchen sind wichtiger baukultureller und gesellschaftlicher
1082 Mittelpunkt. Den Erhalt ihrer Bausubstanz werden wir weiterhin unterstützen.

1083 Jüdisches Leben und jüdische Kultur sind ein wichtiger Bestandteil der
1084 Brandenburgischen Identität und Gesellschaft. Ihr Schutz und ihre Förderung sind in
1085 der Landesverfassung verankert und wir wollen diese Verpflichtung mit Leben füllen.
1086 Um dem auch in Zukunft gerecht zu werden, erhöhen wir die finanzielle Ausstattung
1087 der jüdischen Verbände und Gemeinden in Brandenburg. Hierzu werden wir den
1088 jüdischen Staatsvertrag Brandenburg ändern.

1089 **5 Inneres, Kommunales, öffentlicher Dienst** 1090 **und Digitalisierung**

1091 **5.1 Inneres**

1092 Die Stellenzielzahl der Polizei Brandenburg wird auf 9.000 erhöht und schrittweise
1093 realisiert. Die Koalition wird die Besetzung von Stellen beschleunigen, indem wir die
1094 Ausbildung im Polizeidienst intensivieren und diesen auch für Seiteneinsteigerinnen
1095 und Seiteneinsteiger attraktiv machen. Ein Baustein hierfür wird ebenfalls eine
1096 moderne Personalentwicklung sein. Die Hochschule der Polizei wird personell und
1097 hinsichtlich der Sachmittel bedarfsgerecht ausgebaut. Wir setzen uns für die zeitnahe
1098 Fertigstellung des Anwärterwohnheims in Oranienburg ein. Das Ziel ist, die Zahl der
1099 Polizeianwärter zu erhöhen. Die Liegenschaften der Polizei, insbesondere die
1100 Polizeiwachen, werden im notwendigen Umfang beschleunigt ertüchtigt.

1101 Die Koalition wird die Ausstattung aller Bereiche innerhalb der Polizei nach aktuellem
1102 Standard und mit der erforderlichen modernen Technik bereitstellen, dabei u. a. auch
1103 den Einsatz von Künstlicher Intelligenz verstärken und moderne
1104 Ermittlungskompetenzen für Kriminalität im Internet und der digitalen Welt aufbauen.
1105 Wir werden die Einsatzkräfte flächendeckend mit Bodycams und Tasern ausstatten
1106 und damit Deeskalationsmöglichkeiten und den Schutz der Polizisten und Polizistinnen
1107 verbessern. Eine zeitgemäße und qualitative Ausstattung aller Einsatzkräfte hat für uns
1108 höchste Priorität.

1109 Die Koalition wird die Einrichtung von lokalen Sicherheitskonferenzen von Polizei,
1110 Staatsanwaltschaft, Ordnungs- und Jugendämtern sowie Sicherheitspartnern
1111 unterstützen, die Sicherheitspartnerschaften fortsetzen und die kommunale
1112 Kriminalprävention stärken.

1113 Um die öffentliche Sicherheit zu stärken, ist eine Zusammenarbeit zwischen Polizei
1114 und Ordnungsämtern entscheidend. Wir werden prüfen, wie wir die Einsatzkräfte mit
1115 den notwendigen Befugnissen ausstatten und dafür insbesondere ein allgemeines
1116 Sicherheits- und Ordnungsgesetz in den Blick nehmen. Auch bundesgesetzliche
1117 Regelungen werden wir vor diesem Hintergrund kritisch begleiten.

1118 Die Koalition wird Möglichkeiten prüfen, wie Präsenz und Ansprechbarkeit der Polizei
1119 gesteigert werden können. Hierzu werden wir offen und kritisch betrachten, von
1120 welchen sachfremden Tätigkeiten, insbesondere die Revierpolizei, entlastet werden
1121 kann. Die Arbeit der Revierpolizei als Ansprechpartner im jeweiligen Polizeirevier soll
1122 somit gestärkt werden. Zur Sichtbarkeit in der Fläche gehört für uns der Erhalt aller
1123 Polizeireviere und Polizeiinspektionen.

1124 Den Aufbau einer weiteren Einsatzhundertschaft werden wir prüfen.

1125 Wir wollen die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich weiterführen.
1126 Das deutsch-polnische Zentrum und die Einrichtung deutsch-polnischer
1127 Ermittlungsteams werden insbesondere zur Eindämmung der grenzüberschreitenden
1128 Kriminalität weiterhin unterstützt. Die lageabhängige „Schleierfahndung“ im
1129 grenznahen Raum wird fortgeführt. Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit der
1130 Bundespolizei von besonderer Bedeutung.

Kommentiert [VP28]: Bis wann?

1131 Der Schutz unserer Einsatzkräfte ist ein wichtiges Anliegen. Übergriffe auf oder
1132 Behinderungen von Einsatz- und Rettungskräften werden noch konsequenter verfolgt
1133 und bestraft.

1134 Wir sind uns einig, dass in Brandenburg nur Beamten und Beamter werden darf, wer
1135 uneingeschränkt auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung
1136 steht. Es bedarf daher geeigneter, aber auch verhältnismäßiger Mittel, um Personen
1137 mit Bezügen aus dem Bereich des politischen und religiösen Extremismus mit
1138 verfassungsfeindlichen Bestrebungen vom Staatsdienst fernzuhalten. Vor diesem
1139 Hintergrund wird der Verfassungstreuecheck hinsichtlich seiner Geeignetheit,
1140 Verhältnismäßigkeit sowie bezüglich der mit ihm verbundenen Grundrechtseingriffe
1141 und disziplinarrechtlichen Auswirkungen bereits im Jahr 2025 überprüft und
1142 entsprechend angepasst.

1143 Der Verfassungsschutz verteidigt unabhängig und durch das Parlament kontrolliert die
1144 freiheitliche demokratische Grundordnung. Die verfassungsgemäßen Kernaufgaben
1145 des Verfassungsschutzes sind ausschließlich die Beobachtung und Bekämpfung
1146 verfassungsfeindlicher Bestrebungen, die Spionageabwehr, der Wirtschaftsschutz, die
1147 Prävention, die Begleitung von Extremisten bei ihrem Szeneausstieg und die
1148 Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie zuständiger Stellen über seine Erkenntnisse im
1149 Bereich des politischen oder religiösen Extremismus. Er wird sich auf seine
1150 Kernaufgaben konzentrieren. Dazu stellen wir ihn unter Berücksichtigung der
1151 jeweiligen Sicherheitslage personell und sachlich angemessen aus.

1152

1153 **Brand-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz**

1154 Die Anforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz in Brandenburg sind in den
1155 vergangenen Jahren stetig gewachsen. Insoweit kommt es darauf an, seine Strukturen
1156 zu stärken und weiterzuentwickeln. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung bei
1157 der Digitalisierung der Gefahrenabwehr.

1158 Daher soll die Errichtung eines zweiten Standorts der Landesschule und Technische
1159 Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz des Landes Brandenburg (LSTE)
1160 mitsamt eines leistungsfähigen Katastrophenschutzwarmlagers und einem
1161 Waldbrandkompetenzzentrum am Standort Wünsdorf forciert werden.

1162 Das bestehende Angebot der zentralen Beschaffung durch den Zentraldienst der
1163 Polizei (ZDPol) für die kommunalen Träger des Brand- und Katastrophenschutzes soll
1164 erweitert werden.

1165 Der beim ZDPol organisierte Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) zählt zu den
1166 leistungsfähigsten Räumdiensten in Deutschland.

1167 Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich der Bund an der
1168 Kostentragung für die Beseitigung von Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg
1169 endlich angemessen beteiligt. Die Koalition wird die „Modellregion Oranienburg“ in eine
1170 „Kompetenzregion für Kampfmittelbeseitigung“ überführen.

1171 Es sollen bessere rechtliche Rahmenbedingungen für den Einsatz gut ausgestatteter
1172 Werkfeuerwehren im örtlichen Brandschutz geprüft werden.

1173 Wir wollen die öffentlichen Feuerwehren und die im Bevölkerungs- und
1174 Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen gut ausstatten und eine solide
1175 Qualifizierung sicherstellen. Dazu zählt auch die Überprüfung entsprechender
1176 Rechtsgrundlagen. Das Engagement der Einsatzkräfte, die ganz überwiegend
1177 ehrenamtlich tätig sind, würdigen wir mit den bewährten Instrumenten und Formen der
1178 Anerkennung. Die Koalition wird auch zukünftig das ehrenamtliche Engagement durch
1179 Anerkennungsformate unterstützen. Wir arbeiten an der Gleichstellung der vielfach
1180 ehrenamtlich agierenden Hilfsorganisationen.

1181 Die seit 1990 eingetretenen Katastrophen- und Großschadenslagen im Land
1182 Brandenburg, insbesondere Hochwasser sowie Wald- und Flächenbrände, zeigten,
1183 dass sich die Bundeswehr, die Bundespolizei und die Bundesanstalt Technisches
1184 Hilfswerk stets als verlässliche Partner erwiesen haben. Dies bezieht sich auf
1185 Kapazitäten der Luftunterstützung und auf die Gestellung von Personal im Spektrum
1186 von geschlossenen Einheiten bis hin zum spezialisierten Fachberater. Diese bewährte
1187 Kooperation mit den Behörden des Bundes bleibt auf die Gewährleistung des zivilen
1188 Brand- und Katastrophenschutzes für die Brandenburgerinnen und Brandenburger
1189 ausgerichtet.

1190 Auch die Nachwuchsgewinnung insbesondere bei den Jugendfeuerwehren ist ein
1191 entscheidender Erfolgsfaktor. Die Koalition unterstützt daher unsere Feuerwehren
1192 weiterhin bei der Gewinnung von Nachwuchs und stärkt den Feuerwehrunterricht an
1193 Schulen über die Ausweitung des Projekts „Feuerwehr macht Schule“.

1194

1195 **Bundeswehrstandorte**

1196 Wir stimmen darin überein, dass für Frieden und Sicherheit die Verteidigungsfähigkeit
1197 unseres Landes von großer Bedeutung ist und die Fähigkeit der Bundeswehr zur
1198 Verteidigung gestärkt werden muss. Deswegen stehen wir zur Bundeswehr und ihren
1199 Standorten in Brandenburg. Wir unterstützen die Entwicklung dieser Standorte, den
1200 Ausbau der zivilen Infrastruktur sowie die Ansiedlung entsprechender
1201 Wirtschaftsunternehmen.

1202

1203

1204 **5.2 Kommunales**

1205 Die Kommunale Selbstverwaltung ist die Basis unserer Demokratie und des toleranten
1206 Zusammenlebens. Wir bekennen uns zu starken Landkreisen, Städten und
1207 Gemeinden als Fundament für das Land und Ausdruck des politischen
1208 Gestaltungswillens seiner Menschen.

1209 Die Brandenburgische Kommunalverfassung, das Gesetz zur Kommunalen
1210 Gemeinschaftsarbeit, sowie das Kommunalabgabengesetz sind die rechtlichen

1211 Leitplanken der Kommunen in unserem Land. Moderne Gesetze, die sich an den
1212 Bedürfnissen unserer kommunalen Wirklichkeit sowie der bestehenden Praxis
1213 orientieren, sind dafür die Grundlage. Die Koalition wird diese Gesetze in den Blick
1214 nehmen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vornehmen.

1215 Um einen Anreiz für die Kommunen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zu
1216 schaffen, werden wir die Möglichkeit der Einrichtung eines Zinsstützungsprogramms
1217 über die Investitionsbank des Landes Brandenburg prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung
1218 sollen als Grundlage für weitere Entscheidungen dienen.

1219 Die Koalition wird die interkommunale Zusammenarbeit stärken, indem wir die
1220 Rahmenbedingungen für ein freiwilliges Zusammenwirken und eine Bündelung der
1221 Kräfte von Kommunen verbessern. Dazu sollen mit Modellvorhaben positive Beispiele
1222 gezielt gefördert, die Beratungstätigkeit durch das Ministerium des Innern und für
1223 Kommunales (MIK) durch einen Beratungsdienst intensiviert und eine steuerlich
1224 günstigere Gestaltung geprüft werden.

1225 Zur Weiterentwicklung der direkten Demokratie im Rahmen der kommunalen
1226 Selbstverwaltung werden wir die vorhandenen Möglichkeiten hinsichtlich ihrer
1227 Wirksamkeit und des Bedarfs einer Erweiterung prüfen.

1228 Wir werden die Kommunen bei der Durchführung von Vergabeverfahren entlasten.
1229 Hierzu werden wir die Befristung bei Direktvergaben (§ 30 Kommunale Haushalts- und
1230 Kassenverordnung) bis zu einer Wertgrenze bis 3.000 EUR netto aufheben.

1231 Die Koalition begrüßt jedes ehrenamtliche Engagement in unserem Land. Die Koalition
1232 wird sich dafür einsetzen, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger kommunal
1233 engagieren und ihre Mandate ausüben. Um besondere Verdienste um die kommunale
1234 Selbstverwaltung angemessen zu würdigen, begrüßen wir, dass die Ehrungen des
1235 Ministerpräsidenten auch kommunalpolitisches Ehrenamt umfassen. Darüber hinaus
1236 unterstützen wir die Bemühungen der Kommunen selbst das Ehrenamt zu würdigen.
1237 Um besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung angemessen
1238 würdigen zu können, soll eine spezifische Auszeichnung durch Einführung einer
1239 Medaille geprüft werden.

1240

1241 **5.3 Öffentlicher Dienst**

1242 Die Beschäftigten des Landes sind das Rückgrat der Verwaltung und der Garant für
1243 einen demokratischen und funktionierenden Staat. Jedoch haben sich die
1244 Anforderungen an das Land Brandenburg als Arbeitgeber und Dienstherrn erheblich
1245 verändert. Damit auch zukünftig möglichst qualifiziertes Personal gewonnen und
1246 langfristig gebunden werden kann, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen
1247 geschaffen werden.

1248 Um dem fortschreitenden Fachkräftemangel der Landesverwaltung entgegen zu
1249 wirken, bündeln wir die Kräfte zur Personalgewinnung aller Landesbehörden unter
1250 einer Dachmarke „Land Brandenburg – Arbeitgeber der vielen Möglichkeiten“. Durch
1251 eine weitreichende Zentralisierung der Personalbeschaffungsmaßnahmen
1252 harmonisieren wir den Auftritt des Landes auf dem Arbeitsmarkt, heben

1253 Synergiepotenziale in der Zusammenarbeit der Landesbehörden und erhöhen die
1254 Sichtbarkeit der beruflichen Chancenvielfalt in der Landesverwaltung.

1255 Die Attraktivitätsgespräche seitens der Landesregierung und den Gewerkschaften
1256 werden fortgesetzt.

1257 Um IT-Kompetenzen unter jungen Fachkräften in der Verwaltung auszubauen, werden
1258 wir entsprechende Lerninhalte in den gemeinsamen Studiengängen „Öffentliche
1259 Verwaltung Brandenburg“ und „Verwaltungsinformatik Brandenburg“ sowie in der
1260 Laufbahnausbildung für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst für die Landes-
1261 und Kommunalverwaltung als Teil der Maßnahmen zur Stärkung der
1262 Digitalkompetenzen in der Landesregierung integrieren.

1263 Sachgrundlose Befristungen für Daueraufgaben der Ressorts im
1264 Verantwortungsbereich des Landes sind zu vermeiden. Sachgrundbezogene
1265 Befristungen sind auf das notwendige Maß zu reduzieren.

1266 Weiterhin hält die Koalition an das Ausbringen entsprechender Nachwuchsstellen in
1267 der Personalbedarfsplanung fest, um u. a. den Wissenstransfer ausscheidender
1268 Beschäftigter zu fördern und abzusichern.

1269 Die Koalition setzt sich bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für eine
1270 vollständige Angleichung der tarifrechtlichen Standards des Tarifgebietes Ost an das
1271 Tarifgebiet West ein.

1272 Tarifverhandlungsergebnisse werden systemgerecht auf die Beamtenbesoldung und
1273 Versorgung übertragen. Das Zulagenwesen im Land werden wir umfassend
1274 evaluieren. Die Koalition prüft, ob die Laufbahnverordnung angepasst werden soll,
1275 insbesondere die der Polizei. Zudem werden wir mehr Beförderungssämter schaffen
1276 und damit ebenfalls die Aufstiegsmöglichkeiten erhöhen. Die Koalition wird dafür
1277 sorgen, dass sich das Land für tarifliche Bezahlungen in den Betrieben mit
1278 Landesbeteiligung einsetzt.

1279 Leistungsfähige und bürgernahe Verwaltungen von Land und Kommunen brauchen
1280 stabile personelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Um auch in Zukunft das nötige
1281 Verwaltungspersonal zu gewinnen, werden wir das Land und die Kommunen noch
1282 stärker als attraktive Arbeitgeber aufstellen.

1283 Das Betriebliche Gesundheitsmanagement wird auch in Zukunft bestehen bleiben.

1284

1285

1286 **5.4 Digitalisierung**

1287 **Digitalisierung entschlossen gestalten**

1288 Wir wollen, dass Digitalisierung das Leben der Menschen einfacher und besser macht.
1289 Gerade für ein Flächenland wie Brandenburg bietet die Digitalisierung enorme
1290 Chancen bei der Überwindung von Distanzen. Stadt und Land rücken so enger
1291 zusammen.

1292 Die Koalition wird zeitgemäße Infrastrukturen, Schnittstellen und Plattformen sowie
1293 eine effiziente, zentrale Digitalkoordination mit einem Digitalbudget schaffen.

1294 Wir werden die Digitalisierung der Verwaltung prioritär vorantreiben, um Abläufe für die
1295 Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern. Digitalisierung darf jedoch nicht dazu führen,
1296 dass Menschen abgehängt werden oder Behörden nicht mehr erreichbar sind. Dies
1297 werden wir durch entsprechende Beratung und Unterstützung sicherstellen. Sie bietet
1298 aber solche Chancen für das Land, seine Kommunen, die Bürgerinnen und Bürger
1299 sowie die Wirtschaft, dass wir die Bereiche digitale Gesellschaft,
1300 Verwaltungsdigitalisierung sowie KI- und Datenpolitik administrativ zusammenführen
1301 werden. Diese Themen gebündelt und prioritär zu bearbeiten, ist für das Gelingen von
1302 Digitalisierung entscheidend.

1303 Die Koalition entwickelt die strategischen Leitplanken der Digitalisierung in
1304 Brandenburg weiter und gestaltet damit eine Digitalpolitik, die an dem Nutzen der
1305 Gesellschaft orientiert ist. Zu diesem Zweck evaluieren wir in regelmäßigen Abständen
1306 die Wirkung der Strategien und entwickeln darauf basierend eine zukunftsorientierte
1307 Vision der Digitalpolitik im Land.

1308

1309 **Digitale Verwaltung – leistungsfähig, schnell und resilient**

1310 Für die Funktions- und Handlungsfähigkeit unseres Staates ist dabei die gute
1311 Digitalisierung der Verwaltung von besonderer Bedeutung. Das Land sowie die
1312 Landkreise und Kommunen brauchen leistungsfähige IT-Dienstleister, die
1313 unternehmerisch mit einer „Kultur des Ermöglichens“ arbeiten und „Cybersicherheit“
1314 für kritische Infrastrukturen gewährleisten.

1315 Wir werden mehr digitale Verwaltungsleistungen zur Verfügung stellen und die 16
1316 Fokusleistungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sowie die wichtigsten Leistungen
1317 für Unternehmen allen Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg zur Verfügung stellen.
1318 Durch die digitale Ummeldung bei Umzug, den digitalen Führerschein oder das digitale
1319 Bürger- und Elterngeld entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung.

1320 Mit dem „Kommunalkompakt Brandenburg“ bieten wir ab sofort Unterstützung bei der
1321 Nachnutzung von Leistungen. Wir werden diese Kooperation weiterentwickeln und
1322 gemeinsam mit den Kommunen eine Roadmap für eine effektive und effiziente
1323 Zusammenarbeit zwischen Landes- und Kommunalebene vereinbaren. Die Roadmap
1324 soll Schwerpunkte für die flächendeckende und nutzerfreundliche Verfügbarmachung
1325 von Verwaltungsleistungen, die Registermodernisierung und die interne
1326 Verwaltungsdigitalisierung der Kommunen benennen.

1327 Wir werden unsere Strukturen und Prozesse für die Verwaltungsdigitalisierung im Land
1328 effizienter und wirksamer aufstellen, damit digitale Leistungen den Bürgerinnen und
1329 Bürgern schneller und qualitativ hochwertig zur Verfügung stehen. Dafür wird die
1330 Koalition zeitnah prüfen, wie die bestehenden Einrichtungen und IT-Dienstleister für
1331 die Digitalisierung auf kommunaler und Landesebene weiterentwickelt und gestärkt
1332 werden müssen, um unsere Ziele für die Digitalisierung des Landes bestmöglich und

1333 kosteneffizient zu erreichen. Damit verbunden ist die Stärkung der Cyber- und
1334 Informationssicherheit des Landes und unserer Kommunen.

1335 Die IT-Beschaffung wollen wir vereinfachen, indem alle dafür notwendigen
1336 Informationen und Dokumente zusammengeführt, die Möglichkeiten von
1337 Rahmenverträgen genutzt und die gemeinsame Entwicklung von innovativen
1338 Lösungen vergaberechtlich zugelassen werden. Für die IT-Architektur innovativer
1339 Bereiche setzt das Land klare Rahmenbedingungen und Standards.

1340 Wir entwickeln die bestehenden Infrastrukturen und Prozesse für die Nutzung von
1341 Daten – insbesondere offener Daten – für die Landes- und Kommunalverwaltungen,
1342 aber auch für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger weiter. Dafür werden wir eine
1343 „Datenstrategie des Landes Brandenburg“ entwickeln. Zudem soll die Datenstrategie
1344 Wege aufzeigen, wie Künstliche Intelligenz und datenbasierte Lösungen, etwa
1345 sogenannte „Digitale Zwillinge“, im Land und in Kommunen mehrwertstiftend
1346 eingesetzt werden können.

1347 Die Digitalisierung der Verwaltung muss dabei immer die Interessen der Bürgerinnen
1348 und Bürger und den verantwortungsvollen Umgang mit ihren Daten in den Mittelpunkt
1349 stellen. Deswegen setzen wir uns für Schritte hin zu einer digitalen Souveränität der
1350 Landesverwaltung ein.

1351 Wir unterstützen auf Bundesebene die Etablierung des Once-Only-Prinzips und
1352 verfolgen damit das Ziel, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen
1353 notwendige Angaben nur noch ein einziges Mal an die Verwaltung übermitteln müssen.
1354 Mit Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger tauschen Behörden die Daten
1355 untereinander aus und dürfen diese für andere Anliegen später wiederverwenden.

1356 **6 Justiz und Europa**

1357 **6.1 Justiz**

1358 Ein funktionierender, zügig und wirksam handelnder Rechtsstaat verschafft den
1359 Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und stärkt das Vertrauen in staatliche
1360 Entscheidungen. Den aufgabenbezogenen Stellenaufwuchs zur
1361 Verfahrensbeschleunigung setzen wir fort. So wollen wir die Altbestände zügig weiter
1362 abbauen und die Verfahren insgesamt beschleunigen. Die
1363 GerichtsvollzieherAusbildung werden wir modernisieren sowie Fort- und
1364 Weiterbildungsangebote, auch für ehrenamtliche Richterinnen und Richter,
1365 weiterentwickeln.

1366 Die Koalition wird in der Justiz die flächendeckende Digitalisierung fortsetzen und sich
1367 gegenüber dem Bund für eine Verstetigung des Pakts für den digitalen Rechtsstaat
1368 einsetzen. Wir werden die E-Akte flächendeckend ausrollen, wollen das elektronische
1369 Staatsexamen auch in der ersten juristischen Prüfung verfügbar machen und uns an
1370 der geplanten KI-Plattform von Bund und Ländern beteiligen. Den Einsatz von
1371 künstlicher Intelligenz in gerichtlichen Massenverfahren, insbesondere bezüglich
1372 Fluggastrechten, werden wir prüfen. Wir werden den schnellen, einfachen und
1373 unkomplizierten Zugang zu Gerichten erhalten, etwa durch elektronische
1374 Terminbuchungssysteme, den Abbau von Schriftformerfordernissen und die
1375 Ausweitung von Gerichtstagen.

1376 Die Koalition wird die Zentralstelle Hasskriminalität weiterentwickeln und den
1377 Opferschutz stärken. Informationsangebote über das Funktionieren unseres
1378 Rechtsstaates entwickeln wir weiter und bauen sie aus. Wir werden die
1379 Arbeitsgerichtsreform und die Zuständigkeit für personalvertretungsrechtliche
1380 Streitigkeiten zeitnah evaluieren und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen
1381 rasch umsetzen. Das Brandenburgische Richtergesetz werden wir im Lichte der
1382 Zukunftskonferenz Justiz überprüfen und anpassen. Die Unabhängigkeit der Justiz
1383 werden wir unterstreichen, indem wir sicherstellen, dass Ministerweisungen
1384 gegenüber der Staatsanwaltschaft zukünftig schriftlich zu erfolgen haben und
1385 aktenkundig zu machen sind.

1386

1387

1388 **6.2 Europa**

1389 Wir bekennen uns zu der Idee eines im Frieden vereinten Europas. Europa ist
1390 Querschnittsaufgabe in allen Ministerien. Auf EU-Ebene bringen wir unsere
1391 brandenburgischen Positionen auf den verschiedenen Ebenen, insbesondere beim
1392 Bund und in Brüssel, ein. Über die Landesvertretung in Brüssel und über die
1393 EUInstitutionen nehmen wir Einfluss auf die europäische Politikgestaltung, treten in
1394 Netzwerken für die Durchsetzung brandenburgischer Interessen und europapolitischer
1395 Positionen ein und nutzen dabei auch die Chancen der gemeinsamen
1396 Hauptstadtregion mit Berlin.

1397 Das Europa der Menschen lebt von einer vielfältigen Zivilgesellschaft und freiwilligem
1398 Einsatz. Wir unterstützen ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement, um
1399 Verständigung und Austausch europaweit auf breiter Ebene zu stärken.

1400 Die Landesregierung wird die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen
1401 der EU und die Vorbereitung der EU-Förderung für die Zeit ab 2028 intensiv begleiten
1402 sowie entsprechende landespolitische Prioritäten formulieren.

1403 Wir werden uns – mit unseren Schwerpunkten (Innovation, Nachhaltigkeit, Klima,
1404 Digitalisierung, Kultur, Regionalentwicklung) – aktiv in die Debatte zur Ausgestaltung
1405 der Struktur- und Agrarförderung nach 2027 einbringen. Wir werden uns für eine
1406 angemessene Mittelausstattung der Kohäsionspolitik als langfristige, auf die
1407 Bedürfnisse vor Ort ausgerichtete und daher regional geplante und verwaltete
1408 EUInvestitionspolitik einsetzen. Die Koalition tritt weiter für den Abbau bürokratischer
1409 Hürden auf EU-, Bundes- und Landesebene ein.

1410 Die Nutzung direkt verwalteter EU-Fonds soll gestärkt werden. Wir setzen uns dafür
1411 ein, dass brandenburgische Städte und Gemeinden stärker entsprechende
1412 europäische Förderprogramme nutzen. Gleiches gilt für wissenschaftliche
1413 Einrichtungen, Unternehmen und andere Partnerinnen und Partner.

1414 Die Kooperation von Brandenburg mit Polen ist in der brandenburgischen
1415 Landesverfassung fest verankert. Der Zusammenarbeit mit unseren polnischen
1416 Nachbarwoiwodschaften kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Koalition
1417 wird die Funktion eines oder einer Beauftragten für Brandenburgisch-Polnische
1418 Beziehungen beibehalten. Die brandenburgisch-polnischen Beziehungen werden wir
1419 als Querschnittsthema in allen Ministerien weiter ausbauen.

1420 Die brandenburgisch-polnische Nachbarschaftsstrategie wird im Sinne des
1421 Zukunftskonzepts für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum fortgeschrieben. Die
1422 wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Polen bauen wir aus und
1423 unterstützen vor allem kleine und mittlere Unternehmen aus Brandenburg und Polen,
1424 um besser und einfacher Kontakte zu knüpfen. Zugleich wird die Zusammenarbeit
1425 insbesondere mit Fokus auf Forschung und Innovation fortgesetzt und ausgebaut.

1426 Die Koalition wird das Weimarer Dreieck wiederbeleben, z. B. auf Ebene der
1427 Hauptstadtregionen (Île de France, Brandenburg, Masowien).

1428 Wir wollen der wichtigen Rolle der deutsch-polnischen Doppelstädte Frankfurt (Oder)
1429 – Słubice und Guben – Gubin gesondert Rechnung tragen. Wir möchten daher in den
1430 letzten Jahren entstandene Strukturen (wie beispielsweise das Gemeinsame
1431 Polizeiteam Guben-Gubin) stärken und Entwicklungen in der deutsch-polnischen
1432 Zusammenarbeit im Gesundheitswesen unterstützend flankieren.

1433 Einer funktionierenden grenzüberschreitenden Infrastruktur kommt beim Ausbau des
1434 gemeinsamen Verflechtungsraums eine große Bedeutung zu. Wir treten daher für
1435 einen beschleunigten Ausbau der Schieneninfrastruktur zwischen Deutschland und
1436 Polen ein.

1437 Das Kooperationsprogramm Interreg fördert Vorhaben, die im
1438 brandenburgischpolnischen Grenzraum umgesetzt werden und leistet einen wichtigen

1439 Beitrag zur Überwindung grenzübergreifender Probleme und zum Abbau von
1440 Barrieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderung der grenzüberschreitenden
1441 Zusammenarbeit durch die Interreg-Programme der EU weiter fortgeführt wird.

1442 Die Internationalisierungsstrategie werden wir weiterentwickeln und umsetzen, um
1443 Brandenburgs internationale Handlungsfähigkeit zu stärken. Strategische
1444 Partnerschaften (Regionalentwicklung) im Ostseeraum, insbesondere in Skandinavien
1445 (z. B. Hauptstadtregion Uusima/Helsinki) und im Baltikum sollen ausgebaut werden.

1446 **7 Soziales, Gesundheit, Migration, Integration**
1447 **und Verbraucherschutz**
1448 **7.1 Soziales**
1449 Die Koalition steht für ein soziales, gerechtes und inklusives Brandenburg. Sie setzt
1450 sich für ausgeglichene Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein und möchte sozialen
1451 Schieflagen begegnen. Dabei ist es das Ziel, den sozialen Ausgleich zu wahren und
1452 Verbesserungen anzustoßen. Dafür braucht es eine Sozialpolitik, die sich für
1453 Perspektiven, Gerechtigkeit und Teilhabe für alle einsetzt. Diese Politik respektiert alle
1454 Menschen gleichermaßen und begegnet ihnen auf Augenhöhe. Dazu zählt auch das
1455 Entstehen für ein gleichberechtigtes Leben aller Brandenburgerinnen und
1456 Brandenburger, unabhängig von Herkunft, wirtschaftlichem Status, sexueller
1457 Orientierung oder Identität. Die freie Wohlfahrtspflege leistet als tragende Säule
1458 sozialstaatlichen Handelns einen unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und das
1459 gesellschaftliche Zusammenleben. Die Koalition setzt eine angemessene Förderung
1460 der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege verlässlich fort. Die Koalition wird
1461 den regelmäßigen Austausch mit den Sozialverbänden fortsetzen
1462
1463 **Prävention von (Kinder-)Armut**
1464 Die Koalition räumt dem Abbau von sozialen Benachteiligungen und der Schaffung von
1465 Chancengerechtigkeit einen hohen Stellenwert ein. Gerade bei der Bekämpfung von
1466 Kinderarmut weist Brandenburg nach Bayern und Baden-Württemberg die geringste
1467 Armutsgefährdungsquote von Kindern in Deutschland auf. Daran wird die Koalition
1468 anknüpfen. Die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit spielt auch in der Prävention
1469 von Armut und der Bekämpfung von lebenslangen Armutsfolgen eine zentrale Rolle.
1470 Armut hat viele Facetten. Im Kindesalter verringert sie die Aussichten auf eine
1471 erfolgreiche Bildungslaufbahn und ein Aufwachsen in Gesundheit. Die Koalition wird
1472 dazu die verschiedenen Maßnahmen zur Armutsprävention in einem Konzept
1473 zusammenfassen. Dieses wird mit den Leistungen nach dem
1474 Präventionsgesetz des Bundes sinnvoll verknüpft.
1475
1476 **Familienpolitik**
1477 Brandenburg ist ein familienfreundliches Land. Die Politik für Familien in Brandenburg
1478 muss Rahmenbedingungen schaffen, in denen alle Familien ihre individuellen
1479 Entscheidungen bestmöglich verwirklichen können. Dafür sollen Familien die
1480 Unterstützung erhalten, die sie für ihren Alltag benötigen.
1481 Neben finanzieller Entlastung brauchen Familien Betreuungs- und
1482 Beratungsangebote. Hier spielen die Familienzentren eine wichtige Rolle. Der seit
1483 2019 erfolgte Auf- und Ausbau über das Landesprogramm Familienzentren ist weiter
1484 fortzuschreiben. Dazu wird die Koalition die Förderung der Familienzentren verstetigen
1485 und weiter stärken.
1486

1487 **Frauen- und Gleichstellungspolitik**

1488 Die Koalition will die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf,
1489 Politik und Gesellschaft erreichen. Sie setzt sich daher für eine gerechte Entlohnung,
1490 Beteiligung und Partnerschaftlichkeit in Beruf sowie eine Gesellschaft des
1491 gegenseitigen Respekts und Zusammenhalts ein. Dazu gilt es, die Lohnlücke zwischen
1492 Männern und Frauen weiter zu schließen. Die Koalition unterstützt die Arbeit der
1493 Landesgleichstellungsbeauftragten und wird das Landesgleichstellungsgesetz als
1494 strategisches Instrument zur Durchsetzung des Verfassungsauftrages
1495 weiterentwickeln.

1496 Die Koalition steht für den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Sie bekennt sich zu
1497 den Inhalten der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt
1498 gegen Frauen und häuslicher Gewalt und wirkt auf deren Umsetzung hin. Wir werden
1499 weiter gemeinsam mit dem Bund die bedarfsgerechte Versorgung mit Frauenhäusern,
1500 Fachberatungsstellen und Präventionsangeboten im Land Brandenburg ausbauen.
1501 Dazu gehört auch, dass der Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt in die
1502 Ausbildung von Ermittlungsbehörden, pädagogischem und medizinischem Personal
1503 aufgenommen wird.

1504

1505 **Politik für und mit Seniorinnen und Senioren**

1506 Die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes, eigenständiges und vielfältiges
1507 Leben im Alter im städtischen und ländlichen Raum Brandenburgs werden weiter
1508 verbessert. Leitbild des Handels des Landes ist ein aktives Älterwerden, das die
1509 gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen ermöglicht. Angebote zur Umsetzung
1510 dieses Anspruches sind durch das Land zu unterstützen.

1511 Daher wird die Koalition die Arbeit des Landesseniorenbeauftragten unterstützen und
1512 die seniorenpolitischen Leitlinien fortschreiben.

1513 Die Koalition sieht in der gesetzlichen Rente einen zentralen Baustein der sozialen
1514 Gerechtigkeit in Deutschland. Daher setzt sie sich im Bundesrat dafür ein, dass
1515 zukünftig gesetzliche Renten mit einer Höhe von unter 2000 Euro im Monat steuerfrei
1516 sind. Zudem sollten alle Erwerbstätigen (auch Abgeordnete und Beamte) in die
1517 Rentenversicherung einzahlen.

1518

1519 **Belange der Menschen mit Behinderungen**

1520 Für die Koalition ist wichtig, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen
1521 teilhaben können. Dazu gilt es, die Politik für Menschen mit Behinderung und Inklusion
1522 in allen Bereichen zu fördern. Dafür bleibt die Umsetzung der
1523 UNBehindertenrechtskonvention unsere Richtschnur. Die Koalition setzt sich für die
1524 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ein. Dabei wird vor allem der
1525 Paradigmenwechsel zu einem personenzentrierten Leistungssystem vorangetrieben,
1526 um Menschen mit Beeinträchtigung eine ihren Bedürfnissen entsprechende Teilhabe

1527 zu ermöglichen. Zudem werden wir Barrierefreiheit, insbesondere im öffentlichen und
1528 digitalen Raum und im ÖPNV fördern und unterstützen.

1529 **7.2 Gesundheit**

1530 Die Brandenburgerinnen und Brandenburger müssen sich überall im Land auf die
1531 medizinische und pflegerische Versorgung verlassen können. Das oberste Ziel ist eine
1532 vollwertige medizinische Versorgung vor Ort, sowohl im stationären wie ambulanten
1533 Bereich.

1534 Die Krankenhausplanung ist und bleibt Sache des Landes. Wir wollen alle
1535 Krankenhausstandorte als Orte der regionalen Gesundheitsversorgung erhalten und
1536 damit die wohnortnahe Gesundheitsversorgung insgesamt stärken. Dazu setzen wir
1537 auf stärkere Kooperation und Arbeitsteilung. Wir sichern insbesondere die
1538 Notfallversorgung vor Ort. Wir werden die gemeinsame Krankenhausplanung mit
1539 Berlin weiterentwickeln. Wir werden die Investitionspauschale erhöhen und die
1540 notwendige Kofinanzierung des Transformationsfonds sicherstellen. Darüber hinaus
1541 prüft die Koalition Möglichkeiten zur Hilfe von in Not geratenen Kliniken.

1542 Die Koalition setzt sich angesichts der besonderen finanziellen Herausforderungen
1543 insbesondere für den Erhalt eines breiten Netzes von Kinderkliniken, Geburtskliniken
1544 und haus- und fachärztlicher Versorgung sowie ausreichend Hebammen ein. Der
1545 Hebammenplan wird fortgeschrieben. Diese Grundversorgung darf nicht aus
1546 wirtschaftlichen Gründen beschnitten werden.

1547 Für die Koalition stehen bei der Begleitung der Krankenhausreform die Interessen
1548 Brandenburgs im Mittelpunkt. Die Koalition wird dafür sorgen, dass die gesundheitliche
1549 Versorgung vor Ort gesichert bleibt.

1550 Damit die Krankenhäuser wirtschaften können, ist es wichtig, dass sich Brandenburg
1551 auch künftig gegenüber dem Bund für eine auskömmliche Finanzierung der
1552 Betriebskosten einsetzt und die weitere Umsetzung der
1553 Krankenhausfinanzierungsreform eng begleitet.

1554 Die Koalition ist der Ansicht, dass bei der Trägerschaft von Krankenhäusern,
1555 Medizinischen Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen den Kommunen und den
1556 Trägern der Freien Wohlfahrtspflege eine besondere Bedeutung zukommen sollte. Die
1557 Koalition wird sich für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung einsetzen, die
1558 sektoren-übergreifende Zusammenarbeit stärken und hierbei die Erfahrungen der
1559 digitalen Gesundheitsregion Lausitz nutzen, um eine leistungsfähige
1560 Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Die Koalition fordert vom Bund, dass für
1561 Leuchtturmprojekte, wie das Krankenhaus in Templin, der bundesgesetzliche Rahmen
1562 geschaffen wird, welcher eine regelhafte Finanzierung erlaubt. Die Koalition wird sich
1563 auf Landes- und Bundesebene für konkrete Schritte zu einer regionalen
1564 sektorübergreifenden Bedarfsplanung einsetzen.

1565 Die Koalition wird noch stärker Möglichkeiten für den Einsatz von innovativen, digitalen
1566 Lösungen im Gesundheitswesen (z. B. Telemedizin, KI-gesteuerte Diagnose) eröffnen.

1567 Die Koalition wird den Rettungsdienst auf einem qualitativ hohen Niveau unter Nutzung
1568 eines landesweit einheitlichen Telenotarztsystems ausbauen und schafft gesetzliche
1569 Möglichkeiten für regionale Lösungsvorschläge.

1570 Die Koalition wird die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg noch stärker
1571 zusammenbringen und an der Spitze der Gesundheitsregionen in der Bundesrepublik
1572 etablieren. Dies betrifft die Krankenhauslandschaft, die Rehakliniken, die Forschung
1573 und die Gesundheitswirtschaft.

1574 Die Koalition verstärkt die Ausbildung junger Medizinerinnen und Mediziner durch den
1575 zügigen Aufbau der Universitätsmedizin in Cottbus und die Unterstützung der
1576 Medizinischen Hochschule Brandenburg.

1577 Die Koalition wird das Landärzteprogramm aufstocken und auf Zahnärztinnen und
1578 Zahnärzte ausweiten.

1579 Die Koalition unterstützt die Einrichtung von kommunalen medizinischen
1580 Versorgungszentren. Die vernetzte Versorgung in Gesundheitszentren oder
1581 Polikliniken bietet große Chancen insbesondere für den ländlichen Raum. Die Koalition
1582 wird die rechtlichen Rahmenbedingungen für kommunale Bürgschaften für die
1583 Errichtungen von kommunalen medizinischen Versorgungszentren erleichtern. Es
1584 bleibt das Ziel, dass alle Arztpraxen barrierefrei erreichbar sein müssen. Die Koalition
1585 setzt sich für den Ausbau des Agnes-Programmes für Gemeindeschwestern ein.

1586 Die Koalition wird die Anerkennung ausländischer medizinischer Fachkräfte
1587 beschleunigen und die Anwerbung und Integration ausländischer Fachkräfte aktiv
1588 begleiten.

1589 Die Koalition setzt sich für bessere Rahmenbedingungen bei der Aus- und
1590 Weiterbildung von medizinischem und pflegerischem Personal ein. Dabei spielt auch
1591 die Stärkung der geschlechterspezifischen Gesundheitsversorgung eine Rolle.

1592 Die Koalition wird den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken und dabei die
1593 Gesundheitsförderung und Prävention zu einem wichtigen Aufgabenfeld machen.
1594 Dabei soll ein Fokus auf sozial benachteiligten Gruppen liegen. Dazu braucht es auch
1595 eine wohnortnahe sozialpsychiatrische Versorgung.

1596 Apotheken sind wichtig für die Gesundheitsversorgung im ganzen Land. Es sollen
1597 Anreize geschaffen werden, um Apothekerinnen und Apotheker für ländliche Regionen
1598 zu gewinnen. Die Koalition prüft die Einführung eines Pharmaziestudienganges in
1599 Brandenburg gemeinsam mit dem Bundesland Sachsen. Zusätzlich sollen die
1600 Ausbildungskapazitäten für pharmazeutisch-technische Assistenten und für
1601 pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte im Land Brandenburg ausgebaut werden.

1602 Um aus den Maßnahmen zur Abwehr der Corona-Pandemie für die Zukunft die
1603 richtigen Schlüsse zu ziehen, setzen wir eine Enquetekommission ein. Sie soll
1604 herausarbeiten, wie staatliche Eingriffe in die Freiheitsrechte unter dem Grundsatz der
1605 Verhältnismäßigkeit so gering wie möglich gehalten werden können, wie unser
1606 Gesundheitssystem für die Bewältigung von Pandemien aufgestellt ist und welche
1607 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zum Schutz der Menschen erfolgreich waren.
1608 Dazu gehören auch Beratungen über ein Corona-Amnestiegesetz.

1609 Wir werden sicherstellen, dass Betroffene von langfristigen, gesundheitlichen
1610 Beeinträchtigungen im Anschluss an eine SARS-CoV-2-Infektion (Long-
1611 COVIDSyndrom) sowie von Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe (Post-Vac-
1612 Syndrom) eine angemessene Beachtung und medizinische Betreuung erfahren. Die
1613 psychologische und psychotherapeutische Betreuung insbesondere von durch
1614 Schulschließungen betroffenen Kindern und Jugendlichen wollen wir ausbauen.

1615

1616 **Pflege**

1617 Die Koalition sieht in der Stärkung der Pflege eine wichtige Aufgabe ihrer
1618 Regierungsarbeit. Dazu wird sie den Pakt für Pflege verstetigen, weiterentwickeln und
1619 insbesondere die Pflegeversorgung vor Ort sichern und die häusliche Pflege stärken.
1620 Das Ziel ist es, Pflegebedürftige in ihrer gewohnten Umgebung bestmöglich zu
1621 versorgen und Angehörige gut zu informieren und zu entlasten.

1622 Die Kosten für einen Pflegeplatz werden für viele Menschen zu einer großen
1623 Belastung. Sie dürfen nicht zu einem Armutsrisiko der Menschen werden. Dafür
1624 braucht es auf Bundesebene eine Reform der Pflegeversicherung mit einer Deckelung
1625 des Eigenanteils. Die Koalition wird aber auch selbst aktiv. Hierzu werden wir die
1626 Eigenbeteiligung der Gepflegten senken, indem wir einen höheren Anteil an den
1627 Investitionskosten als Land übernehmen.

1628 Grundsätzlich setzt sich die Koalition für eine solidarische Pflegeversicherung als
1629 einem Teil einer Bürgerversicherung ein, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen.
1630 Mit unserem Einsatz für einen bedarfsgerechten Personalschlüssel als Beispiel für
1631 gute Arbeitsbedingungen streben wir eine Entlastung der Beschäftigten an. Zudem
1632 braucht es eine Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege.

1633 Die Koalition wird eine Ausbildungsoffensive in der Pflege und den weiteren
1634 Gesundheitsberufen starten, die Gründung und Förderung neuer Berufsfachschulen
1635 prüfen und unterstützen sowie die Investitionspauschalen für Pflegeschulen und
1636 Schulen für Gesundheitsfachberufe erhöhen. Wir unterstützen mehrstufige
1637 Pflegeausbildungen, die Ausbildungsqualifikation sowie die weitere Akademisierung
1638 der Pflege. Wir unterstützen die Weiterbildung und Qualifizierung von
1639 Pflegehilfskräften. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die Abbrecherquote an den
1640 Pflege- und Gesundheitsfachschulen zu senken, wie z. B. eine sozialpädagogische
1641 Begleitung.

1642 Die Einführung einer Pflegekammer gegen den Willen der Betroffenen lehnt die
1643 Koalition ab.

1644

1645

1646 **7.3 Migration und Integration**

1647 Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl und bieten asylberechtigten Personen Schutz.

1648 Gleichzeitig erkennen wir den Handlungsbedarf zur Begrenzung und besseren
1649 Steuerung von Migration. Deswegen unterstützt Brandenburg alle geeigneten und
1650 rechtssicheren Maßnahmen zur Eindämmung, Verhinderung und Zurückweisung von
1651 illegaler und irregulärer Migration. Wir bekräftigen die „Gemeinsame Erklärung der
1652 Landrätekonzferenz zum Thema Migration und Sicherheit“ vom 6. September 2024 und
1653 werden diese konsequent umsetzen.

1654 Wir setzen uns für die erforderliche Verbesserung der entsprechenden bundes- und
1655 europarechtlichen Rahmenbedingungen ein. Die bereits vorhandenen Möglichkeiten
1656 der Rückführung Ausreisepflichtiger, insbesondere auch nach den Regelungen der
1657 Dublin-III-Verordnung (EU), werden wir ausschöpfen.

1658 Wir unterstützen die lageangepasste Fortsetzung der Kontrollen an der Grenze zu
1659 Polen und die stetige Fortschreibung der Liste sicherer Herkunftsstaaten. Wir treten
1660 für die Ausweitung von Rückführungsabkommen ein. Wer kein Bleiberecht besitzt,
1661 muss Deutschland verlassen.

1662 Die Koalition wird die landesweite Bündelung von Aufgaben im Bereich der
1663 Erstaufnahme und Rückführung bei der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH)
1664 beibehalten und Landesstrukturen (Landesübergangseinrichtung, Ausreisezentren,
1665 Behördenzentrum am BER mit Gewahrsamseinrichtung) für eine effektive und
1666 effiziente Aufnahme oder Rückführung von Geflüchteten weiter ausbauen. Dabei
1667 folgen wir dem Leitbild einer dezentral auf kommunaler Ebene organisierten
1668 Unterbringung, Betreuung und Integration von Ausländern mit Bleiberecht und einer
1669 zentral auf Landesebene organisierten Unterbringung, Betreuung und Rückführung
1670 von Ausländern ohne Bleiberecht.

1671 Wir werden eine Asyl dokumentationsstelle zur Vereinfachung von Gerichtsverfahren
1672 einrichten. Gerichtsverfahren sollen nach Möglichkeit in den betreffenden
1673 Einrichtungen der ZABH durchgeführt werden.

1674 Die Koalition wird die Landkreise und kreisfreien Städte weiterhin wie vereinbart dabei
1675 unterstützen, die Bezahlkarte nach landesweit einheitlichen Bedingungen einzuführen.

1676 Wir setzen uns für eine zentrale Abwicklung der Rückführung durch den Bund über das
1677 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder das Ministerium des Inneren und für
1678 Kommunales des Landes Brandenburg ein. Hierzu soll eine Aufgabenbündelung beim
1679 neu entstehenden Behördenzentrum in Schönefeld erfolgen und somit die
1680 kommunalen Ausländerbehörden entlastet werden.

1681

1682 **Integration**

1683 Brandenburg ist ein Land, das für Humanität und Solidarität steht. In Brandenburg
1684 leben und arbeiten Menschen aus der ganzen Welt. Es braucht die Zuwanderung von
1685 Fach- und Arbeitskräften. Asylberechtigten Personen bietet es Schutz.

1686 Die Koalition wird auf Grundlage der Evaluation des Landesaufnahmegesetzes ein
1687 Landesintegrationsgesetz verabschieden, das die Ziele des Landes und der

1688 kommunalen Familie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im
1689 Sinne eines Systems des „Förderns und Forderns“ definiert und die finanziellen
1690 Integrationsleistungen sinnvoll zusammenführt, insbesondere um

- 1691 • die Aufnahmebereitschaft von Gesellschaft und Unternehmen zu stärken,
- 1692 • die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit von Zugewanderten zu stärken,
- 1693 • den Aufbau bzw. Ausbau landesweiter kommunaler Integrationsstrukturen zu
- 1694 unterstützen,
- 1695 • den Zugang zu Vereinen und Ehrenamt für Migrantinnen und Migranten zu
- 1696 erleichtern,
- 1697 • die Integration in den Arbeitsmarkt und das soziale Umfeld zusammenzudenken
- 1698 und
- 1699 • die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Behörden zu verbessern.

1700 Bestehende Förderansätze zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Flucht- und
1701 Migrationsgeschichte werden verstetigt. Die Bereitstellung des Dolmetschertools wird
1702 auch künftig sichergestellt.

1703 Die Koalition wird landesseitig alle Ermessensspielräume nutzen, um Zuwanderer,
1704 Asylbewerber und Geflüchtete mit Bleibeperspektive schnellstmöglich in den
1705 Arbeitsmarkt zu integrieren, ausländische Qualifikationen anzuerkennen und
1706 Fehlanreize zu reduzieren. Dazu wollen wir bereits im Asylverfahren
1707 Arbeitsgelegenheiten und Praktika anbieten. Ermessensspielräume der Behörden für
1708 langfristige Arbeitsmöglichkeiten sind zu nutzen. Dabei lassen wir nicht außer Acht,
1709 dass bei sprachintensiven Berufen die Erlangung der deutschen Sprache im Vorfeld
1710 wichtig ist. Um Sprachbarrieren abzubauen, wird sich die Koalition für zusätzliche
1711 Integrationsmaßnahmen stark machen. Die Integration in Arbeit sieht die Koalition als
1712 ressortübergreifende Aufgabe der Landesregierung und der kommunalen Familie an.
1713 Die Integrationsbeauftragte muss eine klare Aufgabenstellung bekommen, die bei ihr
1714 angesiedelte Beratungsstelle wird weitergeführt.

1715

1716

1717 **7.4 Verbraucherschutz**

1718 Die Verbraucherinnen und Verbraucher sehen sich großen Herausforderungen
1719 gegenüber. Umso wichtiger ist es, notwendige Beratungs- und
1720 Unterstützungsangebote bereitzustellen. Daher wird die Koalition die
1721 Verbraucherzentrale weiterhin auskömmlich fördern. Die Anschaffung eines dritten
1722 „Digi-Mobils“ unterstützen wir. Die Verbraucherpolitische Strategie wird zeitnah
1723 aktualisiert und umgesetzt.

1724 Der Zugang zu Bankdienstleistungen, insbesondere der wohnortnahe Bargeldbezug
1725 im ländlichen Raum ist für uns wichtig. Die Koalition wird sich für den Erhalt der
1726 Bargeld-Infrastruktur und der Möglichkeiten, bar zu bezahlen, einsetzen.

1727 Die Koalition wird das Veterinärwesen stärken, um dem Anliegen des Tier- und
1728 Verbraucherschutzes gerecht zu werden. Tierkrankheiten wie Afrikanische

1729 Schweinepest oder Vogelgrippe sind in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten.
1730 Deshalb werden wir die Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen verstärken.
1731 Wir werden die Möglichkeit schaffen, Tierheime mit einer Basisförderung kontinuierlich
1732 zu fördern.

1733 **8 Infrastruktur und Landesplanung**

1734 **8.1 Landesplanung und Regionalentwicklung**

1735 Die strategische Landesentwicklung der Koalition verfolgt das Ziel, nachhaltiges
1736 Wachstum und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Brandenburgs zu
1737 fördern. Im Fokus stehen die Vernetzung von Mobilität, Wohnen und Infrastruktur sowie
1738 eine strategische Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Land Berlin. Diese
1739 Ansätze sollen nicht nur bestehende Stärken unterstützen, sondern auch gezielt
1740 Impulse in strukturschwächeren Gebieten setzen, um eine dynamische und
1741 zukunftsgerichtete Entwicklung zu ermöglichen. Brandenburg und Berlin sind ein
1742 Lebens- und Wirtschaftsraum. Daher denken beide Länder die landesplanerischen
1743 Aufgaben in der Hauptstadtregion zusammen und gehen diese gemeinsam an. Die
1744 Koalition führt die gemeinsame Landesplanung fort und nutzt die Evaluierung des
1745 Landesentwicklungsplans, um die Potenziale der gesamten Region weiter zu
1746 entwickeln, Wachstum zu befördern und in das gesamte Land zu tragen.

1747 Die Koalition wird den Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion auf die
1748 Schwerpunktthemen Wirtschaft- und Energie, Wasser, Schienenverkehr, Wissenschaft
1749 und Forschung, Gesundheit, Arbeits- und Fachkräftesicherung, Achsenentwicklung
1750 und Wohnen sowie Digitalisierung ausrichten. Das Kommunale Nachbarschaftsforum
1751 bleibt dabei für uns ein wichtiger Akteur bei der Zusammenarbeit zwischen Kommunen
1752 im Berliner Umland und den Außenbezirken Berlins.

1753 Gemeinsam mit Berlin wird die Koalition die Zusammenarbeit mit den benachbarten
1754 Metropolen Hamburg, Leipzig, Dresden und Stettin intensivieren. Darüber hinaus
1755 bekennt sich die Koalition auf Grundlage des Modellvorhabens der Raumordnung zur
1756 integrierten Planung im deutsch-polnischen Verflechtungsraum sowie zur Abstimmung
1757 der Raumordnung mit Polen.

1758 Brandenburgs Erfolg beruht auf den Stärken und der Zusammenarbeit seiner
1759 unterschiedlichen Regionen. Wir fördern und unterstützen diese Kooperation. Vor
1760 diesem Hintergrund wird die Koalition die Regionalentwicklungsstrategie
1761 weiterentwickeln und bestehende sowie neue Schlüsselvorbaben durch
1762 Prioritätensetzung und Bündelung von Fördermöglichkeiten umsetzen. Für die
1763 Koordinierung und Abstimmung von Maßnahmen auf den Entwicklungsachsen prüft
1764 die Koalition die Etablierung eines Regionalbudgets. Weiterhin unterstützen wir das
1765 Dialogforum Airport Berlin-Brandenburg bei der Umsetzung des gemeinsamen
1766 Strukturkonzeptes für die Flughafenregion.

1767 Die Lausitz bleibt Industrie- und Energieregion. Die Koalition unterstützt den mit dem
1768 Braunkohleausstieg verbundenen Strukturwandel und setzt das Lausitzprogramm
1769 2038 weiter um. Die Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) und das
1770 Werkstattverfahren sind dafür geeignete Strukturen, die wir fortführen. In diesem
1771 Zusammenhang setzen wir uns beim Bund auch weiterhin für verlässliche

1772 Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Strukturstärkungsmaßnahmen ein. Für
1773 mehr Planungssicherheit bei der Entwicklung von Naherholungs- und
1774 Tourismusprojekten soll die Nachnutzung von weiteren Gewässern im Lausitzer
1775 Seenland spätestens ab 2026 möglich sein.

1776 Die Koalition wird dafür sorgen, dass die Bergbauunternehmen ihre berg- und
1777 wasserrechtlichen Verpflichtungen erfüllen. Rechtzeitig vor 2027 wird die Koalition mit
1778 dem Bund in Verhandlungen für ein Folgeabkommen zum Verwaltungsabkommen für
1779 die Braunkohlesanierung eintreten.

1780 Die Koalition betrachtet und stärkt den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit und setzt
1781 dabei unter anderem auf den Ausbau der Schienenanbindung, Breitband- und
1782 Straßenbau, Regional- und Wirtschaftsentwicklung sowie eine gute
1783 Gesundheitsversorgung, um das Leben und Arbeiten im gesamten Land, in unseren
1784 Städten und Dörfern attraktiv zu gestalten.

1785 Dorfgemeinschaften spielen eine entscheidende Rolle für den sozialen Zusammenhalt
1786 und die Lebensqualität in ländlichen Regionen. Orte der Begegnung, wie
1787 Gemeindehäuser, Dorfläden und ehrenamtlich organisierte Treffpunkte fördern den
1788 Austausch und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Solche Einrichtungen bieten
1789 gleichwohl nicht nur soziale Unterstützung, sondern leisten zugleich einen Beitrag zur
1790 lokalen Wirtschaft, indem sie wichtige Dienstleistungen und Produkte aus der Region
1791 für die Region bereitstellen. Die Koalition wird entsprechende wirtschaftliche und
1792 soziale Initiativen unterstützen. Das Förderprogramm "Zusammenhalt" setzen wir fort.

1793 Die Koalition wird in den operationellen Programmen der europäischen Strukturfonds
1794 für die nächste EU-Förderperiode die Regionalentwicklung als einen Schwerpunkt
1795 verankern.

1796 Die Koalition unterstützt die Regionalplanung bei der Aufstellung integrierter
1797 Regionalpläne. Von besonderer Bedeutung ist die Steuerung des
1798 Windenergieanlagenbaus. Die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten muss
1799 zügig erfolgen.

1800

1801

1802 **8.2 Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen**

1803 Wohnraum ist eine wesentliche Grundlage für ein menschenwürdiges Leben und trägt
1804 maßgeblich zur sozialen Stabilität einer Gesellschaft bei. Die Schaffung von
1805 ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum gehört zu den großen
1806 Herausforderungen der kommenden Jahre. Hierzu brauchen wir die gemeinsamen
1807 Anstrengungen von Bund, Land und Kommunen.

1808 Die Koalition setzt das "Bündnis für Wohnen" mit dem Ziel fort, es zu der zentralen
1809 Plattform für Wohnungsbau und bezahlbare Mieten im Land Brandenburg zu machen.
1810 Mit interessierten Kommunen schließen wir eine Allianz für Wohnungsbau.

1811 Die Koalition hat das Ziel, den sozialen Wohnungsbau zu stärken und dem Rückgang
1812 der Belegungsbindung zu begegnen. Wir sichern die soziale Wohnraumförderung auf

1813 hohem Niveau und fördern insbesondere das kommunale und genossenschaftliche
1814 Bauen sowie die Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende.
1815 Gebietskulissen der Wohnraumförderung sollen flexibler ausgeweitet werden können.
1816 Die Koalition bekennt sich zur Kofinanzierung der Bundesmittel. Die
1817 Wohngemeinnützigkeit kann ein wichtiger Baustein zur Schaffung sozialen
1818 Wohnraums werden. Wir wollen dieses Instrument in Brandenburg nutzen und setzen
1819 uns gegenüber dem Bund für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ein.

1820 Die Koalition wird die Bauordnung novellieren, um das Planen und Bauen zu
1821 beschleunigen, Ausbaustandards zu prüfen, serielles und modulares Bauen sowie die
1822 Umnutzung oder Umwandlung von Bestandsgebäuden in Wohnraum zu erleichtern.
1823 Insbesondere für Kindertagesstätten und Schulen ist eine Beschleunigung und
1824 Vereinfachung erforderlich. Die Koalition wird die flächendeckende Umsetzung der
1825 digitalen Baugenehmigung vorantreiben. Die Kompetenzstelle Nachhaltiges Bauen
1826 setzen wir fort und erleichtern das Bauen mit Holz und anderen nachhaltigen
1827 Rohstoffen. Die Koalition unterstützt gute baukulturelle Standards im städtischen und
1828 ländlichen Raum. Sie setzt sich für eine aktive baukulturelle Netzwerkarbeit ein.

1829 Wohnen muss bezahlbar bleiben. Dies will die Koalition mit der Förderung des
1830 Mietwohnungsbaus, der Unterstützung der Schaffung von Wohneigentum und der
1831 angemessenen Regulierung der Mietpreise erreichen. Wir wollen den Mieterschutz
1832 stärken und die Instrumente des Mietrechts dafür nutzen. Dazu werden wir die
1833 Verordnungen zur Mietpreisbegrenzung und zur sogenannten Kappungsgrenze
1834 überprüfen und dahingehend anpassen, dass übermäßige Mietsteigerungen bei
1835 Neuvermietungen und der Erhöhung bestehender Mieten verhindert werden. Die
1836 vorhandenen Möglichkeiten, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu
1837 unterbinden, werden wir nutzen.

1838 Die Koalition sichert die landesseitige Ko-Finanzierung für das Bund-LänderProgramm
1839 "Sozialer Zusammenhalt", "Lebendige Zentren" und die anderen Programme aus der
1840 Verwaltungsvereinbarung Städtebau. Hierbei hält sie an dem Instrument der
1841 Integrierten Stadtentwicklungskonzepte als grundsätzliche Voraussetzung für einen
1842 Einsatz von Mitteln aus der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung fest. Die
1843 Landesinitiative "Meine Stadt der Zukunft" setzen wir über 2025 hinaus fort. Die
1844 Koalition unterstützt die Entwicklung lebendiger Innenstädte.

1845 Die Koalition unterstützt die Zusammenarbeit der Städte mit ihrem Umland. Ziel ist, die
1846 Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Im Rahmen der
1847 Städtebauförderung setzt sich die Koalition weiterhin für eine praktikable Regelung zu
1848 den Zweckbindungsfristen bei der Rückbau-Förderung ein. Ziel ist, auf geeigneten
1849 Rückbauflächen standortpolitisch sinnvollen Städte- und Wohnungsbau zu
1850 ermöglichen.

1851 Die Koalition unterstützt die Kommunen bei Aufgaben wie kommunaler
1852 Wärmeplanung, Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten und Einführung von
1853 Energiemanagementkonzepten.

1854

1855

1856 **8.3 Mobilität**

1857 Mobilität ist entscheidend für den Zugang zu Arbeit, Bildung und sozialen Kontakten.
1858 Dazu braucht es ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, das Individual- und öffentlichen
1859 Verkehr gleichermaßen umfasst. Die Koalition will, dass gute Mobilität und
1860 Erreichbarkeit in allen Teilen Brandenburgs gewährleistet sind. Dazu verfolgt sie die
1861 Ziele des Mobilitätsgesetzes weiter und unterstützt alle Verkehrsmittel. Das
1862 Mobilitätsgesetz wird regelmäßig evaluiert.

1863 Landesplanung, Siedlungsentwicklung und Mobilität gehören zusammen. Der
1864 Siedlungsstern und die durch die Landesplanung definierten Entwicklungskorridore
1865 werden räumlich und konzeptionell entlang der leistungsfähigen Schienen- und
1866 Straßenanbindungen entwickelt. Die strategische Flächenentwicklung erfolgt entlang
1867 dieser leistungsfähigen Verkehrsachsen. Pendlerinnen und Pendler sollen wesentlich
1868 stärker als heute mit Bahnen und Bussen unterwegs sein können.

1869

1870 **Öffentlicher Personennahverkehr und Schienenverkehr**

1871 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Schienenverkehr sind
1872 wesentliche Bestandteile eines nachhaltigen und effizienten Verkehrssystems. Die
1873 Koalition wird im Rahmen des Infrastrukturvorhabens i2030 gemeinsam mit Berlin und
1874 der Deutschen Bahn AG den Ausbau von Schienenstrecken voranbringen. Als
1875 Erweiterung von i2030 wird sie in Abstimmung mit Berlin und den anderen
1876 angrenzenden Bundesländern einen Schienen-Masterplan für Brandenburg erstellen.
1877 Die Koalition bekennt sich zum Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg.

1878 Wir wollen die Attraktivität von Bahnhöfen erhöhen, den Ausbau barrierefreier
1879 Zugänge zu Bahnhöfen und Haltestellen voranbringen und erreichen, dass an allen
1880 Bahnhöfen im Land mindestens einmal pro Stunde ein Zug abfährt. Die Koalition wird
1881 mit der Deutschen Bahn eine Anschlussvereinbarung zu der 2028 auslaufenden
1882 Rahmenvereinbarung zur Sanierung von Bahn-Stationen schließen. Wir setzen eine
1883 abgestimmte Taktung im gesamten ÖPNV um. Zur besseren Verknüpfung der
1884 Verkehrsträger werden wir den Ausbau von Park & Ride-Anlagen voranbringen.

1885 Das bestehende Angebot an Plus-Bus-Linien werden wir sichern und die Einführung
1886 weiterer Linien dort unterstützen, wo es verkehrlich sinnvoll ist.

1887 Die Koalition setzt sich beim Bund für die bedarfsgerechte Bereitstellung von
1888 Regionalisierungsmitteln und Mitteln aus dem GVFG-Bundesprogramm ein. Sie wird
1889 sich ebenso für die Umsetzung des Deutschlandtaktes und die dafür erforderlichen
1890 Investitionen in die Infrastruktur einsetzen. Die Anforderungen des
1891 Schienengüterverkehrs sind bei den Ausbauvorhaben zu berücksichtigen.

1892 Die Koalition steht zum Deutschlandticket und wird sich zur erfolgreichen
1893 Weiterführung dafür einsetzen, dass neben den Ländern auch der Bund seinen Beitrag
1894 frühzeitig und für alle kalkulierbar leistet. Die Koalition setzt sich für eine erhebliche
1895 Vereinfachung der Tarifstruktur im VBB ein. In diesem Zusammenhang wird sie
1896 Vergünstigungen beim Deutschlandticket für weitere Personengruppen prüfen.

1897 Die Koalition treibt die Planungen für die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken dort
1898 voran, wo es klare verkehrliche und wirtschaftliche Vorteile gibt. Sie setzt sich dafür
1899 ein, dass Eisenbahnverkehrsflächen nicht entwidmet und die Trassen freigehalten
1900 werden.

1901
1902 Gegenüber dem Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass die Elektrifizierung und
1903 der zweigleisige Ausbau der Ostbahn in den vordringlichen Bedarf des
1904 Bundesschienenwegeausbaugesetzes aufgenommen werden und Cottbus mit
1905 Fertigstellung des zweiten Gleises zwischen Lübbenau und Cottbus an das ICE-Netz
1906 angebunden wird.

1907 Zur Verbesserung des Individualverkehrs, insbesondere auf der "letzten Meile",
1908 unterstützt die Koalition die Umsetzung innovativer Mobilitätskonzepte wie
1909 Mitfahrgelegenheitsplattformen, Rufbusse und weiterer Mobility-on-demandAngebote.

1910

1911 **Straßen- und Radverkehr**

1912 Als Flächenland ist Brandenburg auf ein gut ausgebautes Straßennetz angewiesen.
1913 Dies ist insbesondere für die zahlreichen Pendlerinnen und Pendler aus ländlichen
1914 Gebieten, die auf dem Weg zur Arbeit auf ihr Auto angewiesen sind, von großer
1915 Bedeutung, um die Mobilität in allen Landesteilen zu sichern.

1916 Der Erhalt und die Modernisierung von Straßen haben Vorrang vor Neubauprojekten
1917 (Prinzip Erhalt vor Neubau). Wir gewährleisten die Sicherheit und Funktionsfähigkeit
1918 von Brücken. Die Koalition wird Planungs- und Genehmigungsprozesse und
1919 Ausbaustandards überprüfen, um Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen
1920 erheblich zu beschleunigen und Bürokratie abzubauen. Die erforderliche Abstufung
1921 von Landesstraßen werden wir in enger Abstimmung mit den Landkreisen und
1922 Gemeinden fortführen und dafür Pauschalen zur Sanierung der Straßen anbieten.

1923 Die Koalition unterstützt den Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur, sowohl innerorts als
1924 auch entlang von Autobahnen. Sie wird dazu geeignete landeseigene Flächen für den
1925 Bau von Ladesäulen zur Verfügung stellen.

1926 Alleen sind für Brandenburg landschaftsprägend und leisten einen Beitrag zum
1927 Klimaschutz. Daher wird sich die Koalition für den Erhalt und eine stärkere Nach- und
1928 Neupflanzung von Alleen einsetzen.

1929 Die Koalition wird in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Berlin einen
1930 landesweiten Radverkehrsplan erstellen. Dabei sollen auch Korridore für
1931 Radschnellverbindungen berücksichtigt werden. Touristische, Freizeit- und
1932 Alltagsradverkehr sollen effizient verknüpft werden.

1933 An Bahnhöfen und Bushaltestellen sollen sichere Fahrradabstellplätze und
1934 Fahrradparkhäuser errichtet werden, um eine bessere Verknüpfung von
1935 verschiedenen Verkehrsträgern wie Bus, Bahn und Fahrrad zu erreichen. Die Koalition
1936 unterstützt das "Netzwerk Verkehrssicherheit Brandenburg" und fördert Maßnahmen
1937 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von Schulwegen.

- 1938
- 1939 **Güterverkehr und Luftverkehr**
- 1940 Der Schienenverkehr ist koordiniert mit den Planungen für den Personenverkehr zu
 1941 entwickeln, um ein insgesamt funktionierendes und leistungsfähiges
 1942 Schienenverkehrsnetz als Standortfaktor anbieten zu können. Um den Güterverkehr
 1943 nachhaltig zu gestalten und die Straßen zu entlasten, will die Koalition die
 1944 LKWVerkehre verstärkt auf die Schiene und die Wasserstraßen verlagern. Industrie-
 1945 und Gewerbegebiete sollen so weit möglich an das Bahnnetz angeschlossen werden.
 1946 Dazu soll der Neubau bzw. die Reaktivierung von Gleisanschlüssen und den
 1947 kombinierten Verkehr durch den Aus- oder Neubau von Umschlaganlagen unterstützt
 1948 werden.
- 1949 Die Wasserstraßeninfrastruktur im Land Brandenburg ist ein bedeutender touristischer
 1950 Wirtschaftsfaktor. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass der Bund seiner
 1951 Verantwortung gerecht wird und die überwiegend touristisch genutzten
 1952 Bundeswasserstraßen als Teil der nationalen Infrastruktur weiterhin unterhalten und
 1953 pflegen wird. Die Unterstützung der Modellprojekte zur Digitalisierung der Elbe und
 1954 zum autonomen Fahren auf der Oder-Spree-Wasserstraße werden fortgeführt. Die
 1955 Verknüpfung dieser Projekte mit den Wasserwegen, Häfen und Ladestellen in Berlin
 1956 und Brandenburg wird ausgebaut.
- 1957 Die Koalition unterstützt die Entwicklung des Flughafens Berlin-Brandenburg und wird
 1958 gemeinsam mit Berlin gegenüber dem Bund weiterhin darauf drängen, dass der
 1959 Flughafen sein Angebot an Langstreckenflügen ausbauen kann.
- 1960 Die Koalition setzt sich weiterhin für ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr und
 1961 für die konsequente Umsetzung der Schallschutzprogramme ein. Wir unterstützen die
 1962 Arbeit der Fluglärmkommission insbesondere die Festlegung lärmarmen An- und
 1963 Abflugverfahren.
- 1964 Eine dritte Start- und Landebahn lehnen wir ebenso wie eine Privatisierung der
 1965 Flughafengesellschaft ab.
- 1966 **9 Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz**
- 1967 **9.1 Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft**
- 1968 Brandenburg ist geprägt von weiten ländlichen Gebieten, in denen Land- und
 1969 Ernährungs- sowie Forstwirtschaft eine zentrale Rolle spielen. Sie sind Teil der
 1970 Ernährungssicherung sowie der Rohstoff- und Energieversorgung. Sie sind tragende
 1971 Säulen regionaler Wirtschaftskreisläufe und prägen unsere ländlichen Regionen
 1972 maßgeblich. Vor diesem Hintergrund will die Koalition die unternehmerischen Kräfte
 1973 stärken und den Selbstversorgungsgrad in der Region erhöhen. Dazu zählen
 1974 insbesondere die Unterstützung der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte vor Ort
 1975 und der Vermarktung in der Region Berlin und Brandenburg. In der Gemeinschafts-
 1976 und Außer-Haus-Verpflegung sehen wir ein großes Potenzial zur Stärkung der
 1977 regionalen Landwirtschaft.
- 1978 Die Koalition unterstützt die Landwirtinnen und Landwirte im Land Brandenburg. Ihre
 1979 Arbeit ist nicht nur Grundlage für die Versorgung der Menschen mit guten und

1980 gesunden Lebensmitteln, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Pflege unserer
 1981 Kulturlandschaft und zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Wir stehen für
 1982 eine verlässliche Agrarpolitik, die den Herausforderungen des Klimawandels
 1983 begegnet, die regionale Wertschöpfung stärkt und für die land- und
 1984 ernährungswirtschaftlichen Betriebe – konventionell wie ökologisch – die
 1985 erforderlichen Rahmenbedingungen schafft. Vor diesem Hintergrund stehen wir zu
 1986 unserer vielfältigen Agrarstruktur, wollen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ihre
 1987 Innovationsfähigkeit stärken. Die Koalition will dafür Investitionen fördern und
 1988 gesellschaftliche Leistungen honorieren.

1989 Der Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen ist entscheidend für eine nachhaltige
 1990 Sicherung der Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe. Landwirtschaftliche Flächen
 1991 dürfen nicht als Spekulationsobjekte insbesondere überregionaler Investoren dienen.
 1992 Den Vollzug des Grundstücksverkehrsgesetzes im Land Brandenburg werden wir
 1993 entbürokratisieren und vereinheitlichen. Dabei prüfen wir die Möglichkeiten einer
 1994 effektiven Preisbegrenzung. Wir setzen uns für die Begrenzung der steuerlichen
 1995 Vorteile für Investoren bei sogenannten "Share Deals" sowie eine Anzeigepflicht und
 1996 einen Genehmigungsvorbehalt von Anteilskäufen ein, um mehr Transparenz und
 1997 Gerechtigkeit auf dem Bodenmarkt zu schaffen. Bei Anteilskäufen juristischer
 1998 Personen setzen wir uns für die Absenkung der Grenze zur Erhebung der
 1999 Grunderwerbsteuer für landwirtschaftliche Unternehmen auf 75 % und die Abschaffung
 2000 der doppelt anfallenden Zahlungspflicht der Grunderwerbsteuer bei der Ausübung des
 2001 siedlungsrechtlichen Vorkaufsrechts ein. Wir werden die Flurneuordnungsverfahren
 2002 beschleunigen, um agrarstrukturelle Verbesserungen schneller herbeizuführen. Die
 2003 Privatisierung von Grund und Boden, der sich in öffentlicher Hand befindet, soll auf ein
 2004 Minimum reduziert werden. Wir befürworten eine rechtssichere Festschreibung des
 2005 Endes des Privatisierungsauftrags der BVVG und die Überführung der Flächen in
 2006 Landeshoheit.

2007 Wir wollen Regelungen schaffen, um die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher
 2008 Nutzfläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen so gering wie möglich zu halten.

2009 Wir bringen die Brandenburger Interessen in die Reform der Gemeinsamen
 2010 Europäischen Agrarpolitik (GAP) ein und setzen uns für die Beibehaltung der
 2011 Förderstruktur aus 1. und 2. Säule ein. Die Ausgleichszulage und das
 2012 Blühstreifenprogramm behalten wir bei. Der ökologische Landbau ist in Brandenburg
 2013 gut aufgestellt.

2014 Ein wesentliches Anliegen der Koalition ist es, bürokratische Aufwendungen sowohl für
 2015 die Land- und Ernährungswirtschaftsbetriebe als auch für die Verwaltungen spürbar zu
 2016 reduzieren. Wir vertrauen auf die gute fachliche Praxis der Fachleute in den grünen
 2017 Berufen. Die Koalition wird den begonnenen Bürokratieabbau beschleunigen,
 2018 Prozesse vereinfachen und digitalisieren. Mit diesem Ziel begleiten wir auch die
 2019 Verfahren auf den Ebenen der Europäischen Union und des Bundes. Vorgaben der
 2020 Europäischen Union und des Bundes setzen wir um, ohne mit zusätzlichen
 2021 landesrechtlichen Vorschriften den Bürokratieaufwand zu erhöhen. So braucht es z. B.
 2022 für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im konventionellen und ökologischen

2023 Landbau einen einheitlichen Rahmen in Europa statt national abweichender
2024 Regelungen.

2025 Der ländliche Raum, der Land- und Naturtourismus benötigen weiterhin vielfältige
2026 Unterstützung. Wir würdigen die besondere Leistung der Landfrauen für den
2027 Zusammenhalt im ländlichen Raum. Die Koalition wird das LEADER-Programm
2028 fortsetzen und die ländliche Entwicklung mit der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur
2029 und Küstenschutz (GAK) unterstützen.

2030 Wir werden den Ackerbau weiterentwickeln, weil die klimatischen Veränderungen
2031 vielschichtige Anpassungsprozesse erfordern. Im Fokus stehen dabei Düngung,
2032 Pflanzenschutz, Pflanzenzüchtung und Bodenbearbeitung. Wir wollen die
2033 Straßenverkehrsvorschriften prüfen, um die Benutzungsmöglichkeiten für moderne
2034 Agrartechnik zu verbessern.

2035 Tierhaltung ist für die Wertschöpfung im ländlichen Raum elementar. Wir wollen
2036 viehhaltende Betriebe stärken, die Tierbestände wieder stabilisieren und möglichst
2037 erhöhen. Dazu wird die Koalition die Nutztierstrategie überarbeiten und zukunftsfähig
2038 ausgestalten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Weidetierhaltung. Wir unterstützen die
2039 Betriebe bei der Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen. Den Tierschutz bei
2040 Haltung, Transport und Schlachtung gewährleisten wir durch die Unterstützung des
2041 amtlichen Veterinärwesens, eine Stärkung des Vollzugs und die Förderung der mobilen
2042 Schlachtung. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für eine bessere Regulierung von
2043 Lebendtiertransporten in Drittländer ein.

2044 Die Koalition wird Möglichkeiten prüfen, wie die Marktmacht entlang der
2045 Wertschöpfungsketten zugunsten von Produzentinnen und Produzenten regionaler
2046 Agrarerzeugnisse ausgewogen verteilt werden kann und eine diesbezügliche
2047 Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, wovon im Ergebnis auch Verbraucherinnen
2048 und Verbraucher profitieren.

2049 Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zu Land- und Ernährungswirtschaft,
2050 Gartenbau und Forstwirtschaft sowie Fisch- und Gewässerwirtschaft sind im Land
2051 Brandenburg breit aufgestellt. Dazu gehören Lehr- und Versuchsanstalten,
2052 LeibnizInstitute, die Hochschule in Eberswalde und eine Reihe weiterer Institute. Diese
2053 Vielfalt wollen wir erhalten und weiterentwickeln.

2054 Wie in vielen anderen Bereichen ist die Sicherung von Arbeits-, Fach- und
2055 Führungskräften auch in den grünen Berufen eine wachsende Herausforderung.
2056 Gleiches gilt für den Nachwuchs, der bereit ist, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu
2057 übernehmen. Daher fördert die Koalition die Junglandwirtinnen und Junglandwirte
2058 sowie das Kompetenzzentrum Landwirtschaft und ländlicher Raum AGRARaktiv, um
2059 die Fachkräftesituation im Land Brandenburg zu verbessern. Wir unterstützen die
2060 berufliche Weiterbildung in der Land- und Ernährungs- sowie Forstwirtschaft, u. a. in
2061 der Heimvolkshochschule am Seddiner See, führen das Projekt "Waldbauernschule"
2062 und das Projekt LANDaktiv, zur ländlichen Bildung von Schulkindern in den Klassen 1
2063 bis 6, fort.

2064 Viele brandenburgische Gartenbau- sowie Land- und Ernährungswirtschaftsbetriebe
2065 sind zudem ganz wesentlich auf die Unterstützung durch ausländische

2066 Saisonarbeitskräfte angewiesen. Mit dem Ziel, gute Arbeitsbedingungen für
 2067 Saisonarbeitskräfte zu schaffen, führt die Koalition die Runden Tische "Gute
 2068 Saisonarbeit" und "Ernährungswirtschaft" fort.

2069 Die Koalition bekennt sich zum Gartenbau mit seinen vielfältigen Ausrichtungen. Wir
 2070 unterstützen den Gartenbau bei der Erarbeitung innovativer Konzepte. Wir wollen
 2071 berufsständisch getragene Mehrgefahrenversicherungen für Gartenbaubetriebe
 2072 fördern, um deren betriebliche Risikoversorge zu unterstützen. Wir setzen die Arbeit
 2073 des Kleingartenbeirates fort und verstetigen die finanzielle Unterstützung. Die
 2074 Landesgartenschau 2027 in Wittenberge soll modellhaft Vorschläge für die Zukunft von
 2075 Kleingärten im ländlichen Raum entwickeln. Landesgartenschauen sollen auch
 2076 zukünftig langfristig vergeben und durchgeführt werden.

2077 Die Brandenburg-Halle auf der Grünen Woche in Berlin, die
 2078 Landwirtschaftsausstellung BraLa in Paaren im Glien, die Landpartie und das
 2079 landesweite Dorf- und Erntefest sind für uns weiterhin wichtige Schaufenster der
 2080 regionalen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft und des ländlichen Raums, die wir
 2081 weiterentwickeln werden. Die Marketingkampagne für regionale Vermarktung führen
 2082 wir fort.

2083 Der Landesbetrieb Forst Brandenburg ist ein Garant für eine nachhaltige
 2084 Bewirtschaftung des Landeswaldes mit Vorbildwirkung für alle Waldbesitzerinnen und
 2085 -besitzer. Die Koalition wird die Struktur des Landesforstbetriebes beibehalten. Wir
 2086 unterstützen private und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und stärken
 2087 Forstbetriebsgemeinschaften. Wir führen den Waldumbau weiter, um stabile und
 2088 gesunde Waldbestände zu erreichen. Dazu zählt auch die gezielte Reduzierung von
 2089 Wildtierbeständen. Ziel ist eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die die Nutzung
 2090 des Rohstoffes Holz genauso einschließt, wie die Aufrechterhaltung
 2091 des Klimaschutzfunktion des Waldes. Dazu überprüfen wir auch die Flächenkulisse
 2092 "Naturwaldentwicklung" im Landeswald. Die Koalition unterstützt die Arbeit der
 2093 Brandenburgischen Pilzsachverständigen. Kampfmittelberäumung auf Waldflächen
 2094 und die Förderung von Löschwasserbrunnen führen wir fort. Mit diesen Maßnahmen
 2095 wird zugleich ein Beitrag zur Waldbrandprävention geleistet. Wir prüfen die
 2096 Einrichtung einer weiteren Waldarbeitsschule im Süden von Brandenburg.

2097 Das Jagdwesen in Brandenburg stützt sich auf das ehrenamtliche Engagement der
 2098 Jägerinnen und Jäger. Dabei kommt den Jagdgenossenschaften eine besondere
 2099 Bedeutung zu. Wir werden das Jagdrecht novellieren und die Jagdverordnung
 2100 überarbeiten. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um ein Bestandsmanagement für
 2101 den Wolf und den Biber einzuführen. Im Bund setzen wir uns für die notwendigen
 2102 rechtlichen Änderungen ein.

2103 Wir unterstützen die Erwerbsfischerei und die organisierte Anglerschaft und
 2104 anerkennen die Bedeutung der Teichwirtschaften für die Erhaltung der Artenvielfalt.
 2105 Die traditionelle Fluss- und Seenfischerei und die Karpfenteichwirtschaft haben in
 2106 Brandenburg eine lange Tradition und sind damit Teil der Landesgeschichte. Anträge
 2107 zur Aufnahme in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes werden wir
 2108 unterstützen.

2109 Die Koalition unterstützt die wertvolle Arbeit der Imker, die maßgeblich zum Erhalt der
2110 Biodiversität beiträgt.

2111 Pferdesport und Pferdezucht erfreuen sich im Land Brandenburg großer Beliebtheit.
2112 Die Koalition bekennt sich zur Rennbahn Hoppegarten und zum Brandenburgischen
2113 Haupt- und Landgestüt in Neustadt (Dosse) sowie dessen erfolgreicher Arbeit. Sie wird
2114 die Stiftung Brandenburgisches Haupt- und Landgestüt auch zukünftig fördern und mit
2115 Landesmitteln unterstützen.

2116

2117

2118 **9.2 Klimawandel und -anpassung, Umwelt, Naturschutz und**

2119 **Wasser**

2120 Die Koalition betrachtet Natur und Umwelt als wichtige Entwicklungsgrundlage des
2121 Landes. Wir nehmen die Auswirkungen des Klimawandels ernst und werden
2122 notwendige Gegen- und Anpassungsstrategien umsetzen und weiterentwickeln. Wir
2123 wollen bis 2045 klimaneutral wirtschaften. Die Klimaneutralität erfordert, dass in allen
2124 Lebens- und Wirtschaftsbereichen insgesamt keine klimaschädlichen Treibhausgase
2125 mehr ausgestoßen oder nicht vermeidbare ausgeglichen werden.

2126 Wir stehen für einen Klimaschutz mit den Menschen. Klimaschutzmaßnahmen müssen
2127 sozialverträglich gestaltet werden und dürfen das Leben der Menschen nicht durch
2128 überbordende Bürokratie verkomplizieren. Das schmälert die Akzeptanz für
2129 notwendige Klimaschutzmaßnahmen.

2130 Die Koalition wird den Klimaplan des Landes Brandenburg gemeinsam mit
2131 Landnutzern, Landeigentümern, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern und
2132 Kommunen umsetzen und weiterentwickeln. Wir bekennen uns zu den Prinzipien der
2133 nachhaltigen Entwicklung und werden die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes
2134 Brandenburg im Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem umsetzen. Wir
2135 führen die Koordinierungsstelle Nachhaltigkeit und die Koordinierung der Umsetzung
2136 des Klimaplanes administrativ zusammen. Der Klimabeirat berät die Landesregierung
2137 gleichzeitig bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie.

2138

2139

2140 **Umwelt und Naturschutz**

2141 Unsere Naturreichtümer sind der größte Schatz unserer Heimat. Die Koalition will die
2142 natürlichen Ressourcen und Lebensräume bewahren, um die Lebensgrundlagen für
2143 heutige und zukünftige Generationen zu sichern. Unsere Großschutzgebiete sind
2144 Bestandteil der Nationalen Naturlandschaften Brandenburgs. Wir wollen diese weiter
2145 sichern und Natur- und Artenschutz noch stärker mit nachhaltiger Regionalentwicklung
2146 verbinden.

2147 Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Grünanlagen, Gärten und Parks in
2148 Siedlungsräumen stärker als bisher zur Förderung der biologischen Vielfalt

2149 herangezogen werden. Das Instrument des Vertragsnaturschutzes setzen wir zur
2150 Sicherung der biologischen Vielfalt auch weiterhin ein.

2151 Im Interesse von Gesundheit und Lebensqualität unterstützen wir die Kommunen bei
2152 der Planung und Umsetzung von notwendigen Lärmschutz- und
2153 Luftreinhaltungsmaßnahmen in Siedlungsgebieten.

2154 Wir überprüfen die Verordnungen zu den Landschaftsschutzgebieten. Zielstellung ist
2155 es, die Bewahrung von Natur und Landschaft mit einer nachhaltigen kommunalen und
2156 regionalen Entwicklung in Einklang zu bringen und Bürokratie abzubauen. So sollen
2157 die Errichtung von landschaftsintegrierten Agri-Photovoltaik-Anlagen und kommunale
2158 sowie gewerbliche Investitionen in Ortsrandlagen ermöglicht werden.
2159 Siedlungsbereiche sollen aus den Landschaftsschutzgebieten ausgegliedert werden.
2160 Die Verfahren dazu wollen wir beschleunigen.

2161

2162 **Wasser**

2163 Wasser ist die Grundlage allen Lebens und unverzichtbar. Der verantwortungsvolle
2164 und schonende Umgang mit Wasserressourcen ist daher entscheidend, um die
2165 nachhaltige Nutzung und den Schutz dieses lebenswichtigen Elements zu
2166 gewährleisten. Die Koalition bekräftigt den Grundsatz, dass die öffentliche
2167 Wasserversorgung Vorrang vor anderen Benutzungen haben muss.

2168 Die Koalition wird die Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes intensiv
2169 bearbeiten. Die erforderlichen Maßnahmen bei der mengen- und qualitätsbezogenen
2170 Bewirtschaftung des Grund- und Oberflächenwassers, der bezahlbaren öffentlichen
2171 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Wasserrückhaltung, der
2172 Wasserwiederverwendung, der Umsetzung des Landesniedrigwasserkonzepts sowie
2173 zur Bewältigung der Folgen des Braunkohlenbergbaus setzen wir schrittweise um. Wir
2174 werden Strategien weiterentwickeln und zentral zusammenführen, um Wasser in der
2175 gesamten Fläche des Landes besser zu halten und die regionalen Potenziale besser
2176 zu nutzen.

2177 Wir werden das Brandenburgische Wassergesetz mit dem Ziel einer nachhaltigen und
2178 klimaangepassten Wasserver- und -entsorgung sowie Wasserwiederverwendung
2179 weiterentwickeln. Wir werden die wasserbaulichen Anlagen ertüchtigen, die Verfahren
2180 zur Errichtung wasserbaulicher Anlagen beschleunigen und kleinräumige
2181 Steuerungsmöglichkeiten zum Wohle des Wasserhaushaltes besser nutzen. Wir
2182 werden die Einführung einer Gewässerkategorie dritter Ordnung prüfen, um kleine
2183 Gewässer besser zu schützen.

2184 Die Koalition wird ein aktives Wassermanagement voranbringen. Dazu gehören
2185 insbesondere die Erarbeitung der gemeinsamen Wasserstrategie mit Berlin und die
2186 gemeinsame Wasserbewirtschaftung mit Sachsen für die Lausitz, um insbesondere
2187 den Wasserhaushalt von Spree, Neiße und Schwarzer Elster zu stabilisieren. Wir
2188 werden den "Strategischen Gesamtplan Spree zur Senkung der bergbaubedingten
2189 Stoffeinträge in die Spree und deren Zuflüsse in der Lausitz" weiterhin umsetzen und
2190 fortentwickeln. Zudem werden wir die Entwicklung von Anlagen der 4. Reinigungsstufe

2191 voranbringen, um noch mehr Wasser in regionalen Kreisläufen zu halten. Wir werden
2192 die zusätzliche Ausweisung von Wasserschutzgebieten überprüfen.

2193 Starkregenereignisse haben im Jahr 2024 in vielen europäischen Ländern zu
2194 verheerenden Zerstörungen geführt und einmal mehr verdeutlicht, dass Maßnahmen
2195 zum Hochwasserschutz essenziell sind, um Schäden an Leben, Eigentum und Umwelt
2196 zu verhindern. Die Koalition wird deshalb Hochwasserschutzmaßnahmen für das Land
2197 weiter konsequent vorantreiben.

2198 **10 Toleranz, Demokratie, Ehrenamt und Medienpolitik**

2199 **10.1 Toleranz, Demokratie und Ehrenamt**

2200 Unsere Heimat Brandenburg steht seit Jahrhunderten für eine Kultur der Toleranz und
2201 Weltoffenheit. Der Erhalt demokratischer Strukturen, die demokratische
2202 Aushandlungsprozesse gewährleisten, ist kein Selbstlauf. Demokratie braucht
2203 Meinungsfreiheit. Es gilt immer wieder Kompromisse zwischen allen gesellschaftlichen
2204 Gruppen des Landes zu finden. Politik muss sich dabei an den Bedürfnissen und
2205 Interessen der Bevölkerung orientieren.

2206 Rechtsextremismus und Rassismus gefährden die Demokratie und das friedliche
2207 Zusammenleben in Brandenburg. Deshalb ist es wichtiger denn je, den
2208 zivilgesellschaftlichen Kräften, die für Demokratie und Toleranz stehen, den Rücken zu
2209 stärken. Dazu stärken wir das zivilgesellschaftliche Beratungssystem.

2210 Die Koalition wird das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg mit dem Bündnis für
2211 Brandenburg sowie die Programme und Projekte zur Demokratiestärkung und des
2212 Kampfes gegen Extremismus evaluieren, weiterentwickeln und umsetzen. Konzepte
2213 gegen Rassismus, Islamismus und Antisemitismus werden wir fortschreiben und
2214 Schritt für Schritt umsetzen. Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit des
2215 Antisemitismus-Beauftragten des Landtages Brandenburg und der Brandenburger
2216 Fachstelle Antisemitismus. Eine starke Demokratie braucht eine gute politische
2217 Bildung. Wir werden die Demokratie an den Schulen stärken, indem wir die
2218 Instrumente der Demokratiebildung an unseren Schulen ausbauen. Die
2219 Landeszentrale für politische Bildung soll stärker vor Ort in den Regionen wirken und
2220 ihr digitales Angebot ausbauen.

2221 Akzeptanz von Demokratie hat auch mit Gerechtigkeitsempfinden, Identifikation und
2222 Verständnis zu tun. Noch immer gibt es große Unterschiede zwischen Ost- und
2223 Westdeutschland bei Löhnen, Renten und Vermögen. Wir setzen uns dafür ein,
2224 ostdeutsche Perspektiven einzubringen und die große Repräsentationslücke zu
2225 verkleinern. Ostdeutsche sind in Führungspositionen von Verwaltung und Justiz,
2226 Wirtschaft und Medien, Wissenschaft und Kultur unterrepräsentiert. Wir sind uns einig,
2227 dass mehr Ostdeutsche in leitenden Positionen arbeiten sollen und begreifen das als
2228 Auftrag. Gerade Menschen mit ostdeutscher Herkunft sollen über
2229 Rückkehrprogramme und Beratungsangebote gezielt Anreize erhalten, in die frühere
2230 Heimatregion zurückzukehren. In diesem Sinne unterstützen wir die Rückkehr- und
2231 Zuzugsinitiativen in Brandenburg.

2232 Lebendige Demokratie und bürgerschaftliches Engagement gehören zusammen. Mehr
2233 als 800.000 Menschen in Brandenburg engagieren sich freiwillig und stärken so das
2234 demokratische Miteinander. Die Kommunen sind hier wichtiger Partner. Hier findet
2235 bürgerschaftliches Engagement konkret statt. Wir unterstützen die regionalen
2236 Partnerschaften für Demokratie sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der
2237 Freiwilligenagenturen, die bürgerschaftliches Engagement vor Ort mit Beratungs- und
2238 Vernetzungsstrukturen befördern.

2239 Der Staat ist auf die Mitwirkung seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Er muss
2240 dafür gute Voraussetzungen schaffen, Engagierten zur Seite stehen und Lust machen

2241 auf Beteiligung. Bürgerschaftliches Engagement lebt von Dialog, Austausch und
2242 Vernetzung. Dafür soll das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE)
2243 weiter gestärkt werden. Zusammen mit der Zivilgesellschaft, der kommunalen Ebene
2244 und dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wollen wir eine Strategie
2245 für bürgerschaftliches Engagement erarbeiten. Die Koordinierungsstelle Ehrenamt und
2246 bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei bleibt Informations- und
2247 Servicestelle sowie Ansprechpartnerin für Vereine, Verbände, Stiftungen, Initiativen,
2248 Kommunen sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die Unterstützung des
2249 ehrenamtlichen Engagements erfolgt auf breiter Basis durch alle Fachressorts. Die
2250 Koalition wird die Kultur der Anerkennung, Sichtbarmachung und Würdigung fortführen
2251 und weiterentwickeln. Die Ehrenamtskarte wird als gemeinsames Projekt mit Berlin
2252 attraktiver gestaltet und als App angeboten.

2253 Wir prüfen die Unterstützung unserer gemeinnützigen Vereine durch eine
2254 Vereinbarung mit der Gema. Ziel soll sein, dass das Land die Gebühren für einige
2255 Veranstaltungen übernimmt.

2256

2257

2258 **10.2 Medienpolitik und Lokaljournalismus**

2259 Meinungs- und Pressefreiheit gehören zu den Grundfesten der Demokratie. Die
2260 Koalition wird die Freiheit der Medien und ihre Unabhängigkeit sichern. Sie sieht den
2261 öffentlich-rechtlichen Rundfunk als eine tragende Säule der unabhängigen
2262 Berichterstattung in der Bundesrepublik an. Gleichwohl bedarf es auch im
2263 öffentlich-rechtlichen Rundfunk tiefgreifender Reformen, um alle Teile der Gesellschaft
2264 anzusprechen und seine Akzeptanz zu sichern.

2265 Brandenburg und Berlin haben mit dem neuen rbb-Staatsvertrag bereits eine
2266 umfassende Reform des rbb auf den Weg gebracht. Damit haben die Länder auch die
2267 Konsequenzen aus der Krise beim rbb gezogen.

2268 Die Koalition setzt sich auch in der Rundfunkkommission der Länder für eine Reform
2269 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein. Ziel ist es, auch bundesweit schlankere,
2270 effizientere Strukturen und einen stabilen Rundfunkbeitrag für die nächsten Jahre zu
2271 erreichen. Darüber hinaus müssen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk journalistische
2272 Standards weiter gestärkt, die Beschäftigungssituation der Mitarbeitenden verbessert
2273 und zu hohe Gehälter gesenkt werden.

2274 Die lokalen und regionalen privaten Medien sind für Information, Miteinander und den
2275 Austausch in der gesamten Fläche des Landes wichtig. Die Koalition wird die
2276 staatsferne Förderung lokaljournalistischer Angebote durch die Landesmedienanstalt
2277 Berlin-Brandenburg fortsetzen und weiterentwickeln.

2278 Wir wollen, dass es auch in der Fläche unseres Landes digitalen Radioempfang und
2279 lokale Nachrichtenangebote gibt. Deshalb werden wir durch die Landesmedienanstalt
2280 Berlin-Brandenburg die digitale Hörfunkverbreitung und lokale Informationsangebote
2281 staatsfern fördern.

2282 Um die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg in die Lage zu versetzen, die
2283 Förderungen durchzuführen und ihre Aufgaben bei der Medienaufsicht (etwa
2284 Bekämpfung von Kinderpornographie) bei gleichzeitiger Wahrung der Presse- und
2285 Meinungsfreiheit angemessen wahrzunehmen, werden wir gemeinsam mit Berlin den
2286 Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg novellieren und den Vorwegabzug
2287 reduzieren.

2288 Wir werden das digitale Lernangebot „Zeitung in der Schule“ finanziell fördern und in
2289 den Schulen regelhaft etablieren. Das Zeitungsprojekt stärkt die Medienbildung und
2290 insbesondere die digitalen Medienkompetenzen.

2291 **11 Haushalt und Finanzen**

2292 Der Brandenburger Haushalt steht nach mehreren Krisenjahren vor enormen
2293 Herausforderungen. Für die politische Handlungsfähigkeit ist eine realitätsorientierte,
2294 dauerhaft tragfähige Gestaltung von Einnahmen und Ausgaben unabdingbare
2295 Voraussetzung. In der nun beginnenden Legislaturperiode müssen zunächst
2296 bestehende Verpflichtungen finanziell abgesichert und sodann durch das Land
2297 gesetzte Standards mit neuen Herausforderungen abgewogen werden. Alle
2298 Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen ebenso unter dem Vorbehalt der
2299 Finanzierbarkeit (Haushaltsvorbehalt).

2300

2301 **Schuldenbremse**

2302 Die Schuldenbremse hat im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld den Realitätscheck nicht
2303 bestanden. Wir werden uns daher für ihre Abschaffung einsetzen. Es ist unser Ziel, die
2304 Spielräume für öffentliche Investitionen zu erweitern. Wir unterstützen entsprechende
2305 Reformen. Wir prüfen rechtlich bestehende Möglichkeiten zur Finanzierung (finanzielle
2306 Transaktion) insbesondere im Bereich von Investitionsvorhaben.

2307

2308 **Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)**

2309 Öffentliche Förderungen sind elementar für die wirtschaftliche Entwicklung in
2310 Brandenburg. Die Investitionsbank des Landes Brandenburg als zentrales
2311 Förderinstitut des Landes verfügt bereits über viel Erfahrung und Expertise. Diese
2312 Expertise soll noch mehr genutzt werden. Ziel ist es, noch mehr Förderprogramme bei
2313 der ILB zu konzentrieren. Zudem soll zur effizienteren Umsetzung die ILB mit mehr
2314 Eigenverantwortung ausgestattet werden.

2315

2316 **Finanzverwaltung**

2317 Die Koalition wird die Voraussetzung für die digitale Transformation der
2318 brandenburgischen Steuerverwaltung schaffen. Hier gehört insbesondere der
2319 vollständige Ausbau der elektronischen Eingangs- und Ausgangskommunikation, die
2320 Teil- und Vollautomatisierung der Bearbeitungsprozesse sowie die Einführung einer
2321 zentralen Hotline als primäre Anlaufstelle für alle steuerlichen Belange.

2322 Wesentlich für den Erfolg sind verbesserte Kommunikationsstrukturen und eine
2323 entsprechende Steuerung der Finanzämter. Dazu kann die Errichtung eines
2324 Landesamtes für Steuern geprüft werden.

2325 Wir werden Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen.

2326 **12 Zusammenarbeit und Organisatorisches**

2327 **Grundsätze der Zusammenarbeit**

2328 Die Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 8. Legislaturperiode des Landtags
2329 Brandenburg. SPD und BSW werden diese Vereinbarung zum Wohle des Landes und
2330 seiner Bürgerinnen und Bürger umsetzen. Die Koalitionspartner tragen für die gesamte
2331 Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Sie stehen für einen respektvollen
2332 Umgang und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ein. Sie achten die
2333 unterschiedlichen Positionen und Grundüberzeugungen.

2334 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass Entscheidungen in Fragen von
2335 grundsätzlicher Bedeutung, die nicht ausdrücklich Gegenstand der
2336 Koalitionsvereinbarung sind, nicht gegen den Willen des anderen Partners getroffen
2337 werden.

2338 Um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung in Umsetzung der Koalitionsvereinbarung
2339 zu erörtern, wird ein Koalitionsausschuss gebildet, der regelmäßig, mindestens einmal
2340 im Vierteljahr tagt. Er tritt auch zusammen, wenn einer der Partner dies für notwendig
2341 erachtet.

2342 Der Koalitionsausschuss besteht aus zehn Personen. Ihm gehören der
2343 Ministerpräsident, der stellvertretende Ministerpräsident, die Fraktions- und die
2344 Landesvorsitzenden sowie die Generalsekretäre der Koalitionsparteien bzw. ein
2345 weiteres Mitglied an. Ständiger Gast ist die Chefin oder der Chef der Staatskanzlei.
2346 Bei Personalunion entscheidet der jeweilige Koalitionspartner über die Besetzung der
2347 freien Stelle. Bei Bedarf können zu den Beratungen von Einzelfragen weitere
2348 Vertreterinnen oder Vertreter zugezogen werden. Die Ergebnisse der Beratungen des
2349 Koalitionsausschusses werden schriftlich festgehalten.

2350

2351 **Zusammenarbeit im Landtag**

2352 Zur Abstimmung über die parlamentarische Zusammenarbeit findet zwischen den
2353 Regierungsfractionen ein enger und regelmäßiger Austausch statt. Dazu treffen sich
2354 die Fraktionsvorsitzenden und die parlamentarischen Geschäftsführer regelmäßig.

2355 Die Koalitionspartner werden Anträge (Gesetzentwürfe, sonstige Anträge, Große
2356 Anfragen) nur gemeinsam in den Landtag einbringen. Anträge und Initiativen anderer
2357 Fraktionen, Gruppen oder Abgeordneter werden grundsätzlich abgelehnt. Davon kann
2358 abgewichen werden, wenn im gegenseitigen Einvernehmen eine andere
2359 Vorgehensweise vereinbart wurde. Über Anträge zu Aktuellen Stunden informieren die
2360 Koalitionspartner sich rechtzeitig gegenseitig.

2361 Die Koalitionspartner verpflichten sich, im Landtag Brandenburg, in seinen
2362 Ausschüssen und weiteren Gremien gemeinsam aufzutreten und nicht mit
2363 wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Die Koalitionspartner bereiten
2364 Ausschusssitzungen gemeinsam vor. Die betreffenden Mitglieder der Landesregierung
2365 bzw. ihre Staatssekretärinnen und Staatssekretäre können an diesen Sitzungen
2366 teilnehmen.

2367 **Zusammenarbeit in der Landesregierung**

2368 Mitglieder der Landesregierung sind der Ministerpräsident sowie die Ministerinnen und
2369 Minister. Der Ministerpräsident bestellt auf Vorschlag des BSW ein Mitglied der
2370 Landesregierung zur stellvertretenden Ministerpräsidentin oder zum stellvertretenden
2371 Ministerpräsidenten. Die/der Regierungssprecher/in wird auf Vorschlag der SPD,
2372 die/der stellvertretende Regierungssprecher/in auf Vorschlag des BSW bestellt.

2373 An den Kabinettsitzungen nehmen die Ministerinnen und Minister, die Chefin/der Chef
2374 der Staatskanzlei, im Fall der Verhinderung der Ministerin/des Ministers die/der
2375 jeweilige Staatssekretärin/Staatssekretär, die/der Bevollmächtigte des Landes beim
2376 Bund, die/der Regierungssprecherin/ Regierungssprecher und die/der stellvertretende
2377 Regierungssprecherin/Regierungssprecher teil. Die Staatskanzlei stellt die
2378 Protokollführung. Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen können – ohne Stimmrecht
2379 – teilnehmen.

2380 Die Koalitionspartner verpflichten sich bei Abstimmungen im Kabinett zu gegenseitiger
2381 Rücksichtnahme. Bei Grundsatzfragen wird keine der beiden Seiten überstimmt.
2382 Davon unberührt bleibt die Möglichkeit abweichender Voten einzelner Ministerinnen
2383 und Minister in Sachfragen.

2384 Die Koalitionspartner und die Ressortchefinnen/Ressortchefs verpflichten sich, die
2385 Diskussion vor Verabschiedung des Entwurfs des jeweiligen Haushaltes
2386 kabinettsintern zu führen.

2387 Die Finanzministerin / der Finanzminister unterrichtet den Ministerpräsidenten und den
2388 stellvertretenden Ministerpräsidenten, bevor er haushaltswirtschaftliche Maßnahmen
2389 (z. B. nach § 41 LHO) ergreift oder andere grundsätzliche Entscheidungen im
2390 Haushaltsvollzug trifft. Wenn eine Einigung über die jeweilige Maßnahme nicht erzielt
2391 werden kann, ist vor deren Umsetzung der Koalitionsausschuss zu befassen.

2392 Alle Kabinettsvorlagen und Vorlagen an den Landtag sind unbeschadet der
2393 Zuständigkeitsregelungen im Übrigen rechtzeitig mit dem Ressort des
2394 stellvertretenden Ministerpräsidenten abzustimmen (Mitzeichnung).

2395 Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten sind im Kabinett mindestens eine
2396 Woche vor ihrer Abgabe einvernehmlich zu beraten.

2397 Die Staatskanzlei und die Ministerien tauschen die Einladungen und Protokolle für die
2398 Ministerpräsidenten- und die Fachministerkonferenzen zum frühestmöglichen
2399 Zeitpunkt aus.

2400 Die Fachminister unterrichten rechtzeitig über strittige Punkte von politischer
2401 Bedeutung in Fachministerkonferenzen.

2402 Der Ministerpräsident unterrichtet den stellvertretenden Ministerpräsidenten im Sinne
2403 einer vertrauensvollen Zusammenarbeit über alle staatsleitenden Entscheidungen und
2404 wichtigen Termine.

2405 Vertreter beider Koalitionspartner sind in den von der Landesregierung zu besetzenden
2406 Gremien angemessen vertreten. Die Besetzung von Kommissionen, Beiräten usw.
2407 erfolgt im Benehmen.

2408 Die Geschäftsordnung der Landesregierung wird entsprechend den Regelungen im
2409 Koalitionsvertrag überarbeitet.

2410

2411 **Struktur der Landesregierung**

2412 Die SPD hat das Vorschlagsrecht für folgende Ressorts:

- 2413 • Staatskanzlei
- 2414 • Ministerium des Innern und für Kommunales
- 2415 • Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und
- 2416 Verbraucherschutz
- 2417 • Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- 2418 • Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- 2419 • Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
- 2420 • Ministerium der Justiz

2421

2422 Das BSW hat das Vorschlagsrecht für folgende Ressorts:

- 2423 • Ministerium der Finanzen und für Europa
- 2424 • Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
- 2425 • Ministerium für Gesundheit und Soziales

2426

2427 **Abstimmungsverhalten im Bundesrat**

2428 Das Land Brandenburg wird seine grundgesetzlichen Aufgaben im Bundesrat im Sinne
2429 einer konstruktiven Mitgestaltung gegenüber dem Bund und anderen Bundesländern
2430 wahrnehmen. Die Koalitionspartner einigen sich im Einzelfall über das
2431 Abstimmungsverhalten im Bundesrat. Dabei werden folgende Prämissen zu Grunde
2432 gelegt:

- 2433 • Die Interessen des Landes haben absoluten Vorrang.
- 2434 • Wortlaut und Geist dieser Koalitionsvereinbarung sind zu berücksichtigen. Sie
2435 sind Grundlage der vereinbarten Politik.
- 2436 • Es werden nur solche Fragen als strittig gestellt, die nach Auffassung eines
2437 Koalitionspartners von grundsätzlicher Bedeutung sind.
- 2438 • Kommt eine Einigung nicht zustande, enthält sich das Land der Stimme. Diese
2439 Vereinbarung gilt auch für alle schon bislang in den Bundesrat eingebrachten
2440 Initiativen, die noch nicht abgeschlossen sind.

2441 Beide Koalitionspartner verständigen sich für besondere Einzelfälle, in denen über die
2442 Einhaltung der vorgenannten Prinzipien keine Einigung hergestellt werden kann, im
2443 Koalitionsausschuss im konsensualen Verfahren auf eine für beide Partner akzeptable
2444 Lösung. Dabei sind auch die Chancen der Konsensfindung durch Anrufung des
2445 Vermittlungsausschusses auszuloten.

2446

2447 **Beiräte**

2448 Die Mitglieder der Landesregierung können zu ihrer Beratung in ihrem
2449 Geschäftsbereich Gremien oder Beiräte bestellen. Die Einrichtung oder Fortführung
2450 von Beiräten und institutionalisierten Beratungsgremien ist dem Kabinett zur
2451 Entscheidung vorzulegen.

2452 Gremien und Beiräte sind zu verpflichten, auf die Beratungstätigkeit gegenüber der
2453 jeweiligen Fachministerin bzw. dem jeweiligen Fachminister hinzuweisen.
2454 Beratungstätigkeit gegenüber der Landesregierung ist ausgeschlossen, es sei denn,
2455 sie wird ausdrücklich gewünscht. Die Bestellung erfolgt maximal bis zum Ende der
2456 Legislaturperiode; die Mitgliederzahl ist grundsätzlich auf maximal 10 zu begrenzen.
2457 Um eine Verknüpfung von Ressort- und Beiratsinteressen zu vermeiden, dürfen
2458 Ressortvertreter nicht Mitglieder dieser Beiräte sein oder ihnen inhaltlich unmittelbar
2459 zuarbeiten. Organisatorische Unterstützung ist möglich.